

# Von der „Universitas Iudeorum in Confluentia“ zu Körperschaften des öffentlichen Rechts – Geschichte der Juden in Koblenz - Teil 2

Von Joachim Hennig



## Inhalt Teil 2

<b>VIII.</b>	<b>Im Kaiserreich (1871-1918)</b>	3
	1. Die ersten Jahre	3
	2. Der Antisemitismus im Allgemeinen	5
	3. Der Antisemitismus in Koblenz	10
	4. Die jüdische Gemeinde in Koblenz	14
	5. Die Gemeindemitglieder	27
	6. Exkurs: Die jüdische Familie Schloß	29
	7. Engagement bei der Wohltätigkeit	31
	8. Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben	35
	9. Patriotismus und Kaisertreue	40
	10. Westjuden und Ostjuden	43
	11. Gegen-Antisemitismus	47
	12. Erster Weltkrieg	50
<b>IX.</b>	<b>In der Weimarer Republik (1918-1933)</b>	62
	1. Kriegsende	62
	2. Politiker jüdischer Herkunft	63
	3. Zwei schlimme Lügen	65
	4. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	67
	5. Exkurs: Das Krisen- und Schicksalsjahr 1923	68
	6. Die Koblenzer Ortsgruppe des Reichsbunds	71
	7. Der Abwehrkampf gegen den Antisemitismus	72
	8. Hoffnungsvolle Ansätze und Tendenzen	76
	9. Blüte des Gemeinde- und Religionslebens	78
	10. Die Jahrtausendfeier der Rheinlande	82
	11. Der aufkommende Nationalsozialismus in Koblenz	85
	12. Kampagnen der Nationalsozialisten und Gegenkampagnen	87
	13. Der „Schwarze Sonntag von Nastätten“	88
	14. Strafprozesse wegen Beleidigungen	90
	15. Querelen und erste Erfolge der Koblenzer Nationalsozialisten	92
	16. Weitere Erfolge an Mosel und Rhein	94
	17. Die Befreiung der Rheinlande	96
	18. Die Weimarer Republik vor ihrem Ende	98
<b>Anhang A:</b>	<b>Benutzte Literatur</b>	102
<b>Anhang B:</b>	<b>Bildnachweise</b>	105

## VIII. Im Kaiserreich (1871-1918)

### 1. Die ersten Jahre

Das Gesetz des Norddeutschen Bundes über die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung vom 3. Juli 1869 wurde nach der Gründung des Deutschen Reiches als Reichsgesetz übernommen. Damit kam es zur Emanzipation der Juden nach fast einhundert Jahren - nach der deutschen Aufklärung, nach Moses Mendelssohn und Gotthold Ephraim Lessing („Nathan der Weise“), nach Christian Konrad Wilhelm Dohm („Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“) - und nach 80 Jahren - nach der Französischen Revolution mit ihren Idealen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ - und nach 70 Jahren - seit der Geltung der französischen Gesetze auf dem linken Rheinufer. Allerdings war es „nur“ die Gleichberechtigung auf der rechtlich-normativen Ebene. Dies war eine Voraussetzung für die vollständige Gleichberechtigung, aber auch nicht mehr, deren Umsetzung auf der praktisch-politischen Ebene stand noch aus. In der Folgezeit ging es darum, ob und wie die Gleichberechtigung der Juden tatsächlich gelebt wurde, insbesondere wie sie Eingang in die staatliche Personalpolitik fand. Ungeklärt geblieben war auch die Frage nach der Emanzipation der Juden als religiöse Gemeinschaft. Auch insoweit gab es keine eindeutig festgestellte Gleichberechtigung, besaß die jüdische Gemeinschaft doch auch weiterhin nicht den formal gleichen öffentlich-rechtlichen Status wie die christlichen Konfessionen.

Trotzdem war die Zeit des Kaiserreichs für die Juden ein „goldenes Zeitalter“, und das auf kulturellem, gesellschaftlichem und vor allem wirtschaftlichem Gebiet. Den meisten Juden war der soziale Aufstieg in das Klein-, Mittel- und auch Großbürgertum gelungen. Es gab kaum noch jüdische Arme und nicht mehr viele, die am Rande des Existenzminimums lebten, in der Industrialisierung hatte sich kein jüdisches Proletariat herausgebildet. Dafür gehörten in den Städten – verglichen mit den Christen – recht viele Juden zur bürgerlichen Mittelschicht und überproportional viele zur Oberschicht. Diese Juden wurden Teil der (Wirtschafts-)Gesellschaft und nahmen an deren Wohl und Wehe teil. Das sollte schon sehr bald Folgen haben.

Mit den drei Kriegen und der Reichsgründung durch die Proklamation des preußischen Königs zum Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 hatte der „**Eiserne Kanzler**“ **Otto von Bismarck** sein Ziel erreicht: *„Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden (...), sondern durch Eisen und Blut“*.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Rede vom 30. September 1862, vgl. dazu: [https://de.wikipedia.org/wiki/Blut\\_und\\_Eisen](https://de.wikipedia.org/wiki/Blut_und_Eisen) (Zugriff: 25. April 2023).



Kaiserproklamation am 18 Januar 1871 (3. Fassung des Gemäldes von 1885).

Der Sieg über Frankreich und die Einheit des Reiches wie auch wirtschaftliche Entwicklungen weltweit brachten einen Aufschwung und eine Hochjunktur. Im Deutschen Reich wuchsen die einzelnen Bundesstaaten weiter zusammen und bildeten bald eine Währungs- und auch Wirtschaftsunion. Zudem brachten die geforderten Reparationen (Kriegsschädigungen) eine erhebliche Konjunkturspritze. Die besiegten Franzosen mussten nicht nur Elsass-Lothringen an Deutschland abtreten, sondern auch fünf Milliarden Goldfranc Entschädigungen zahlen – und das, obwohl Deutschland überhaupt nicht zerstört worden war. Diese günstigen nationalen Umstände trafen auf einen durch Freihandel und Liberalisierung des Wirtschaftsrechts wachsenden internationalen Warenaustausch. Deutschland, und gerade auch ein guter Teil der deutschen Juden, profitierte von dieser Entwicklung. Neue Unternehmen entstanden, alte weiteten ihre Produktion aus. Aktiengesellschaften schossen über Nacht wie Pilze aus dem Boden, Spekulationsfieber erfasste die Menschen. Ein Wirtschaftsführer hatte den Eindruck, dass sich die ganze Nation „in eine riesenhafte Aktiengesellschaft verwandeln“ würde.<sup>2</sup>

Dem Gründerboom, dem „Tanz um das goldene Kalb“, folgte schon 1873 die herbe Ernüchterung, die Gründerkrise, der Gründerkrach. Ein Börsensturz im Oktober 1873 löste eine Kette von Pleiten und Konkursen bei Banken und Unternehmen aus. „*Krach! Krach!*“, schilderte ein Beobachter die Erschütterung, „und durch ganz Deutschland hallte es, dieses kleine zermalmende Wort.“<sup>3</sup> Die Börsenkrise war das erste deutliche Anzeichen eines tiefgreifenden Abschwungs, der bis 1879 andauerte. Dabei handelte es sich nicht um eine durch den anhaltenden Rückgang der Wirtschaft gekennzeichnete Depression, sondern um eine Deflation. Die wesentliche Ursache war eine übergroße Industrieproduktion, die einen starken Preisverfall bewirkte. Dann kam seit 1876 auch noch eine schwere Agrarkrise hinzu, die durch den wachsenden Export von billigem Getreide nach Europa ausgelöst wurde.

<sup>2</sup> Zit. nach: Peter Zolling: Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart. Wie Deutschland wurde, wie es ist. 2005, S. 33f.

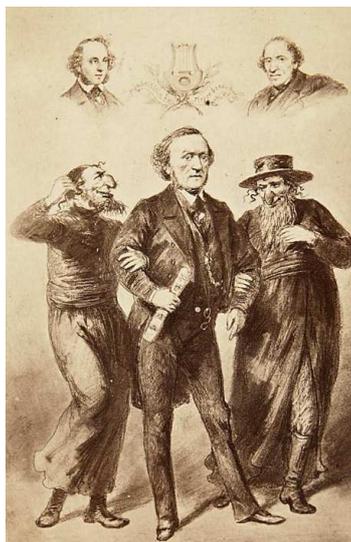
<sup>3</sup> Wie vor, S. 34.

## 2. Der Antisemitismus im Allgemeinen

Die Ursachen der wirtschaftlichen Krise wurden vielfach nicht erkannt. Dadurch konnte sie nicht bekämpft werden. Stattdessen suchte man nach Schuldigen. Da wurde man schnell fündig – es waren wieder einmal „die“ Juden. Wie im Mittelalter baute man mit ihnen ein Feindbild für die Missstände auf und fand - wieder einmal - eine so einfache, falsche und menschenverachtende Erklärung. Das Feindbild blieb, es änderte sich „nur“ die Herleitung dafür. Es waren nicht mehr die Brunnen vergiftenden und pestkranken Juden, die man für nicht durchschaute oder nicht durchschauen wollende Probleme verantwortlich machte. Jetzt waren – wie bei den antijüdischen Unruhen in der napoleonischen Zeit und den sich anschließenden „Hep-Hep-Krawallen“ – die erfolgreichen und emanzipierten Juden für die neuen Missstände und Fehlentwicklungen Schuld. Viele machten sie verantwortlich für den so dargestellten „Börsen- und Gründerschwindel“. Überhaupt wurden „die“ Juden als Profiteure der Moderne betrachtet. Antimodernes Denken und Judenfeindschaft verschmolzen in vielem zu einer unsäglichen Einheit.<sup>4</sup>

Als Ende der 1870er Jahre die Wirtschaftskrise weitgehend zu Ende ging, war eine neue Judenfeindschaft entstanden und diese entwickelte sich rasch weiter. Möglich war das auch deshalb, weil die Judenfeindschaft in den Jahren zuvor nicht verschwunden war. Der soziale Aufstieg der Juden seit der 1848er Revolution hatte nämlich eine Propaganda gegen eine angebliche jüdische Dominanz veranlasst.

Ausdruck fand sie etwa bei **Richard Wagner (1813-1883)**, der in seinem 1850 unter Pseudonym erschienenen Aufsatz „Das Judenthum in der Musik“ den angeblich schädlichen Einfluss der Juden im Musikleben kritisierte, oder bei **Gustav Freytag (1816-1895)** mit seinem 1855 erschienenen Roman „Soll und Haben“ oder bei **Hermann Wagener (1815-1889)**, dem Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, mit seinem Buch „Das Judenthum und der Staat“.<sup>5</sup>



Karikatur: Richard Wagner mit zwei Juden.

<sup>4</sup> Vgl.: Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, 2006, S. 226ff.; Peter Pulzer: Die Wiederkehr des alten Hasses, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 193-248 (193ff).

<sup>5</sup> Zur Judenfeindschaft in Kultur und Publizistik: Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012, S 78-82.

Neu an der Judenfeindschaft der 1870er Jahre war, dass sie sich als eine eigenständige politische Bewegung formierte, die Vereins- und Parteistrukturen herausbildete. So gründete Anfang 1879 der protestantische Hofprediger **Adolf Stoecker (1835-1909)** die „Christlich-soziale Arbeiterpartei“, mit der er schon bald die „Judenfrage“ aufgriff und antijüdische Stimmungen schürte.



Karikatur: Adolf Stoecker reitet das orientalische Wüstenross, 1884.

In einer typischen Rede prangerte Stoecker „*das moderne Judentum als eine große Gefahr für unser Volksleben*“ an und meinte: „*Die Juden bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staat, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse.*“<sup>6</sup> In einer anderen griff er die existenziellen Sorgen der Kleinbürger auf und bot mit Schuldzuweisungen an „die“ Juden Lösungen an:<sup>7</sup>

*„Kein Volk kann die Übermacht eines fremden Geistes dulden, ohne zu entarten und zugrunde zu gehen; die Ereignisse des letzten Jahrzehntes sind darin unsere Lehrer gewesen. Durch die Schwindelperiode, den Krach, die Verarmung und Entsittlichung unseres Volkes sind über uns Momente der Erkenntnis, des Ärgers, der Kränkung, der Buße gekommen, daher stammt der nationale und sittlich-religiöse Aufschwung – das ist unsere Bewegung. Wir wollen die Judenfrage nicht radikal, nicht gewaltsam, sondern nach und nach in ruhiger, friedlicher Weise lösen.“*

Zur selben Zeit schuf der Journalist **Wilhelm Marr (1819-1904)** den neuen Begriff für Judenfeindschaft: Antisemitismus. Dies geschah im Zusammenhang mit der von ihm im Jahr 1879 ins Leben gerufenen „Antisemiten-Liga“, der ersten genuin antijüdischen Organisation, eine Art Verein zur gegenseitigen Unterstützung gegen die angebliche jüdische Dominanz. Kurz zuvor, im Februar 1879, hatte **Marr** seine Schrift „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum – Vom nichtconfessionellen Standpunkt aus betrachtet“ veröffentlicht.<sup>8</sup> Noch im selben Jahr vollzog er eine vollkommene Kehrtwende von dieser pessimistischen Schrift zu dem antisemitischen Pamphlet „Der Weg zum Siege des Germanenthums über das Judenthum“.

<sup>6</sup> Zit. nach wie vor, S. 93.

<sup>7</sup> Zit. nach Wolfgang Benz: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. 2015, S. 49.

<sup>8</sup> Vgl. Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012, S. 93-95.



Wilhelm Marr: Der Weg zum Siege des Germanenthums über das Judenthum (Buchtitel)

Die organisierten Antisemiten waren eine diffuse Protestbewegung, eine Reaktion auf den siegreichen Liberalismus, der die Judenemanzipation durchgesetzt hatte. Diese Bewegung war eingebettet in einen größeren Zusammenhang von Anti-Haltungen: Der Antisemitismus war antiliberal, antisozialistisch, antikapitalistisch, antiemanzipatorisch und antimodern. Er richtete sich gegen das emanzipierte Judentum, das die Antisemiten mit einem Zerrbild der Moderne gleichsetzten. Bezeichnend war auch die von einem Mitarbeiter der „Gartenlaube“ geprägte Formel: „Die soziale Frage ist die Judenfrage.“<sup>9</sup>

Neu war an dem Antisemitismus der 1870er Jahre, dass er gegen das emanzipierte und assimilierte Judentum Front machte - während sich die ältere Judenfeindschaft gegen nicht-integrierte und nicht-assimilierte Juden wandte. Hatten die älteren antijüdischen Stereotype den Juden ihren Mangel an Anpassung an die christliche Umwelt vorgeworfen, so machte der (moderne) Antisemitismus den Juden ihre Anpassungsfähigkeit, Assimilation und erfolgreiche Integration in die Gesellschaft zum Vorwurf. Neu war auch, dass die ethnische Zugehörigkeit, die „Abstammung“, jetzt wichtiger als die Religionszugehörigkeit erschien. Die „Judenfrage“ wurde als „Rassenfrage“ definiert. Der einzelne Jude konnte diese Probleme für sich nicht mehr mit der Taufe zu lösen oder zu umgehen versuchen.<sup>10</sup>

Der (moderne) Antisemitismus basierte auf den pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen der Rassentheorie.<sup>11</sup> Sie „erklärte“ zunächst die Ungleichheit der Menschen mit ihrer unterschiedlichen Herkunft, Abstammung und „Rasse“. Dann legte sie „Rasseneigenschaften“ fest - und beurteilte sie für „die“ Juden negativ. Die Theorien über Rassenunterschiede waren

<sup>9</sup> Zit. nach: Yvonne Rieker/Michael Zimmermann: Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid, in: Michael Zimmermann (Hg.): Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen, 1998, S. 183.

<sup>10</sup> Vgl. Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012, S. 99-101.

<sup>11</sup> Dazu und zum Folgenden: Wolfgang Benz: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. 2015, S. 42ff., Peter Longerich, wie vor, S. 132ff.; Peter Pulzer: Die Wiederkehr des alten Hasses, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S.242ff.

in England, Frankreich und den USA weit verbreitet, aber politische Bedeutung erlangten sie allein in Deutschland (und in Österreich).

Ein Vorreiter des Antisemitismus war der französische Diplomat und Schriftsteller **Arthur de Gobineau (1816-1882)** mit seinem voluminösen Essay „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“, erschienen in vier Bänden 1853 bis 1855. Dessen Rassentheorie griff gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Engländer und **Schwiegersonn Richard Wagners Houston Stuart Chamberlain (1855-1927)** auf und führte sie in Bezug auf die Juden fort. In seinem 1899 erschienenen zweibändigen trivialphilosophischen Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ erklärte er die germanische Rasse, die er auch als „arisch“ bezeichnete, als zur Führung der Welt bestimmt. Die Germanen, die durch Unternehmungsgeist und Fleiß gekennzeichnet seien, stünden an der Spitze der „arischen“ Rasse und damit aller Rassen. Die Deutschen wiederum stünden an der Spitze der germanischen Rasse. Ihnen sei eine durch das Blut bestimmte, gemeinsame „Rassenseele“ eigen. Die Juden gehörten zu einer minderen Rasse, seien den anderen unterlegen und zur Organisation eines Staates unfähig. „Die Grundlagen“ fanden begeisterte Leser im Bildungsbürgertum, aber auch in **Kaiser Wilhelm II. (1859-1941)**, dem NS-Chefideologen **Alfred Rosenberg (1892-1946)** und in **Adolf Hitler (1889-1945)**. Bis 1944 gab es 30 Auflagen.



Houston Stewart Chamberlain:  
Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts (Buchtitel).

Hier eine Leseprobe aus dem „Werk“:<sup>12</sup>

*„Zwar bieten uns die Pferde, namentlich aber die Hunde jede Gelegenheit zu der Beobachtung, dass die geistigen Gaben Hand in Hand mit den physischen gehen; im Besonderen gilt dies von den moralischen Anlagen: ein Bastardhund ist nicht selten sehr klug, jedoch niemals zuverlässig, sittlich ist er ein Lump. Andauernde Promiskuität unter zwei hervorragenden Tierrassen führt ausnahmslos zur Vernichtung der hervorragenden Merkmale von beiden! Warum sollte die Menschheit eine Ausnahme bilden? (...) In Wahrheit sind die Menschenrassen, trotz des breiten gemeinsamen Untergrundes, von einander in Bezug auf Charakter, auf Anlagen, und vor allem in Bezug auf den Grad der einzelnen Befähigungen so verschieden wie Windhund, Bulldogge, Pudel und Neufundländer.“*

<sup>12</sup> Zit. nach: Wolfgang Benz: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. 2015, S. 51f.

Der Antisemitismus erreichte als „Judenfrage“ in den Jahren 1879/80 auch die Akademiker im „Berliner Antisemitismusstreit“.<sup>13</sup> Ausgelöst wurde er von dem angesehenen preußischen Historiker **Heinrich von Treitschke (1834-1896)**, der das Schlagwort prägte „*Die Juden sind unser Unglück*“, das später von dem NS-Judenhasser und Demagogen **Julius Streicher (1885-1946)** in allen seinen Hetzblättern „Der Stürmer“ zitiert wurde. Gegen **Treitschke** engagierten sich in erster Linie deutsch-jüdische Gelehrte und der berühmte Althistoriker **Theodor Mommsen (1817-1903)**.

Seitdem ist „Antisemitismus“ ein feststehender Begriff und mehr noch: Antisemitismus ist eine neue, pseudowissenschaftliche und nicht religiös, sondern mit Rasseneigenschaften und -merkmalen argumentierende Form des antijüdischen Vorbehalts.<sup>14</sup> Dieser (moderne) Antisemitismus hatte großen Einfluss auf das Denken und Fühlen breiter Bevölkerungskreise. So unterzeichneten 265.000 Menschen in den Jahren 1880/81 die sog. Antisemitenpetition, in der sie sich gegen die rechtliche und soziale Gleichstellung der Juden wandten.<sup>15</sup> Auch entstanden zahlreiche Verbände, die Juden ausgrenzten – vom Reichsdeutschen Mittelstandsverein über den Bund der Landwirte bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, von der Vereinigung Christlicher Bauernvereine bis zu den studentischen Verbindungen. So hatten sich z.B. Studenten im Verein deutscher Studenten (VDSt) gesammelt, der gläubige und seit 1896 sogar getaufte Juden von der Mitgliedschaft ausschloss und wesentlich zum Entstehen einer antisemitischen politischen Führungsschicht beitrug.<sup>16</sup> Auch die studentischen Burschenschaften nahmen seit 1896 keine jüdischen Mitglieder mehr auf.

Das geistige Zentrum bildete schließlich der Alldeutsche Verband. Sein Vorsitzender **Heinrich Claß (1868-1953)** veröffentlichte 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann das Buch „Wenn ich der Kaiser wär“.



Daniel Frymann (Heinrich Claß):  
Wenn ich der Kaiser wär' (Buchtitel).

<sup>13</sup> Dazu: Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012, S. 95-97; s. auch: [https://de.wikipedia.org/wiki/Berliner\\_Antisemitismusstreit](https://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Antisemitismusstreit) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>14</sup> So: Wolfgang Benz: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. 2015, S. 14. Benz, Antisemitismus S. 14. Dort auch zur Definition des Begriffs.

<sup>15</sup> Vgl. Peter Pulzer: Wiederkehr des alten Hasses, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flor/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band III, Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 203.

<sup>16</sup> So Peter Pulzer, wie vor, S. 203f., 236f.

Darin entwickelte Claß den Plan einer umfassenden Umorganisation der Innen- und Außenpolitik und befasste sich ausführlich mit den Juden.<sup>17</sup> Für „*diese volks- und rassenfremden Gäste auf deutschem Boden*“ verlangte er ein „Fremdenrecht“ und Maßnahmen, die sie auf den Stand vor Beginn der Emanzipation zurückgeworfen hätten. Dabei setzte er auch auf eine massenhafte Auswanderung. **Claß'** Endziel war eine „*völkische Wiedergeburt*“ der Deutschen, die u.a. durch eine planvolle und systematische Ausschaltung der Juden erreicht werden sollte – viele Vorstellungen, die sich später bei der frühen NSDAP und **Hitler** wiederfanden.

Allerdings gab es damals noch keine terroristischen Gewalttaten der Antisemiten, stattdessen aber verächtliche und höhnische Worte. Neue Wörter kamen auf: „Judenjahrhundert“, „Judendreistigkeit“, „Judenparasitenökonomie“ und „Judenweltherrschaft“. Andererseits hielten manche das Wort „Demokratie“ für die Übersetzung eines französisch-jüdischen Begriffs, der der deutschen Kultur fremd sei. Demokratie, so hieß es, werde nur von „Judenpresseungeziefer“ propagiert.<sup>18</sup>

Politisch formierte sich der Antisemitismus zunächst in den Antisemitenparteien. Diese hatten einen gewissen Zulauf, brachten es aber auf ihrem Höhepunkt bei den Reichstagswahlen 1893 „nur“ auf 3,4 Prozent der Stimmen.<sup>19</sup>

### 3. Der Antisemitismus in Koblenz

Der Antisemitismus breitete sich rasch aus, auch im katholischen Rheinland. Hier fiel er auf fruchtbaren Boden, hatte es doch ab 1871 während des „Kulturkampfes“, d.h. wegen der aggressiven anti-katholischen Politik des **Reichskanzlers Otto von Bismarck** judenfeindliche Tendenzen gegeben. Als **Bismarck** und die Liberalen die katholische Kirche mit dem „Kanzelparagraphen“, dem Verbot des Jesuitenordens, der Einführung der Zivilehe, der staatlichen Schulaufsicht u.a. aus dem öffentlichen Raum hinausdrängen wollten, sahen viele Katholiken in den meist „modernen“, liberalen Juden die Drahtzieher und Scharfmacher in diesem Konflikt.<sup>20</sup> So eiferte der **Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877)**, einer der geistigen Väter des politischen Katholizismus, gegen den „*frechen jüdisch-freimaurerischen, vom Hass gegen das Christentum erfüllten Liberalismus*“ und die „*heidnisch-jüdische Partei*“.<sup>21</sup>

---

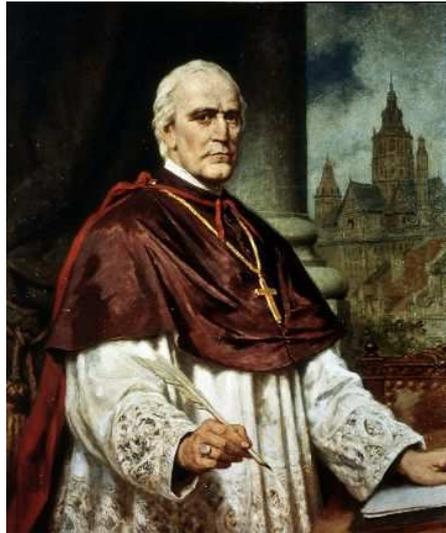
<sup>17</sup> Vgl. Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012, S. 158ff.

<sup>18</sup> Zit. nach: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit. Porträt der jüdisch-deutschen Epoche (1743-1933), 2003, S. 215.

<sup>19</sup> S. Peter Pulzer: Wiederkehr des alten Hasses, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flor/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band III, Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 218ff., 231ff.

<sup>20</sup> Vgl. zu dieser katholischen Judenfeindschaft: Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012, S. 89f.

<sup>21</sup> Zit. nach Peter Pulzer: Wiederkehr des alten Hasses, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flor/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band III, Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S.198.



Mainzer Bischof Wilhelm-Emmanuel Freiherr von Ketteler.

Auch in Koblenz gab es antisemitische Aktionen, die ersten wohl im November 1881 vor dem Herrenkonfektionsgeschäft der **jüdischen Familie Simon** in der Firmungsstraße. Tagelang sammelte sich dort eine Menschenmenge und rief judenfeindliche Parolen wie das bekannte „Hep! Hep!“.<sup>22</sup> Grobe Ausschreitungen konnte die Polizei verhindern, schritt aber im Übrigen nicht ein.<sup>23</sup> Ruhe kehrte keine ein, die Hetze gegen Juden fand auch Jahre später in Koblenz ihr Publikum. So hieß es in einer Pressenotiz:<sup>24</sup> *„Mehrere angesehene Firmen am Rhein haben die Arbeiter ihrer Fabriken vor dem Besuche antisemitischer Versammlungen gewarnt. Einige haben wissen lassen, dass diejenigen, welche Mitglieder von antisemitischen Vereinen werden, eine Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses zu erwarten haben.“*

Immer wieder gab es im nahe gelegenen Mayen erfundene antisemitische „Storys“, die in dem vom **Verleger Anton Simonis** seit 1888 erschienenen „Koblenzer Volksfreund“ veröffentlicht wurden. So erzählte dieses antisemitische Blatt mit Sitz in der Koblenzer Altstadt im Jahr 1895 etwa diese Geschichte:<sup>25</sup>

*„Eine Bauersfrau aus der Umgebung von Mayen bot einem Juden ein Rindchen mit der Erklärung an, sie müsse dasselbe verkaufen, weil sie 15 Taler zu bezahlen habe. Der Jude sagte ihr jedoch: ‚Das haben Sie nicht notwendig, ich gebe Ihnen die 15 Taler. Sie füttern das Vieh ruhig weiter und wenn es dann verkauft wird, geben Sie mir die 15 Taler zurück und den Überschuss teilen wir.‘ Die Frau zog mit bestem Dank von dannen. Nach drei Monaten wurde das zu einem Rind gewordene Vieh verkauft, natürlich bekam es unser gefälliger Jude. Er schätzte es auf 36 Taler und lautete die Rechnung wie folgt: ‚Von den 36 Talern bekam er der ‚edle semitische Menschenfreund‘ erst seine 15 Taler und vom verbleibenden Rest von 21 Talern noch 10 ½ Taler, macht einen Zinsfuß von 280 Prozent. Der Jude hatte kaum einen Finger gerührt und 10 ½ Taler verdient. Die armen Bauersleute hatten das Vieh ein Vierteljahr lang gefüttert und bekamen vielleicht fünf Taler mehr, als sie vor einem Vierteljahr*

<sup>22</sup> Vgl. zu den Hep-Hep-Krawallen im Jahr 1819 Teil 1 S. 77ff.

<sup>23</sup> So: Jürgen Herres: Das preußische Koblenz, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Zeit bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der EnergieversorgungMittelrhein GmbH, Koblenz, 1993, S. 49-118 (112).

<sup>24</sup> „Der Israelit“ vom 4. August 1892, zit. nach:

[https://www.alemanniajudaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule](https://www.alemanniajudaica.de/koblenz_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule) „Gegen den sich ausbreitenden Antisemitismus (1892)“ (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>25</sup> Zit. nach: „Im deutschen Reich“, Nr. 3, September 1895.

*erhalten hätten; denn das Rindchen war damals mehr als 15 Taler wert. Hier haben unsere Herren Judenfreunde ein Beispiel, was das für ein ‚Fleiß‘ ist, womit die Juden ihr Vermögen größtenteils erwerben. Der Jude ist als bettelarmer Geisenjude gekommen, ist heute Hausbesitzer und wird sein Vermögen auf eine halbe Million geschätzt. Die armen Bauern, die in solche Hände fallen, müssen natürlich verarmen.“*

Diese Geschichte war – wie es in der Zweitveröffentlichung beim „Im deutschen Reich“<sup>26</sup> hieß – unzweifelhaft erfunden. Denn weder in Mayen noch in dessen Umgebung war von einem solchen Geschehen etwas bekannt, das wäre aber zweifellos der Fall gewesen, wenn sich Ähnliches ereignet hätte. Sämtliche jüdischen Handelsleute lebten – wie es hieß – in Mayen und Umgebung in solchen Verhältnissen, dass sie froh waren, wenn sie nicht in Schulden gerieten; eine Übervorteilung ihrer Mitbürger ist ihnen niemals nachgewiesen worden, weshalb sie bei Letzteren wohlgekommen waren. In ganz Mayen wohnte kein einziger Viehhändler, dessen Vermögen auf 50.000 Mark, geschweige denn auf eine halbe Million geschätzt worden wäre.

Zurzeit dieser Veröffentlichung war der Koblenzer Verleger und Redakteur **Simonis** schon kein Unbekannter mehr. Bereits ein oder zwei Jahre zuvor hatte er die Broschüre: „Rundgang durch Mayen; das auserwählte Volk der Stadt“ herausgebracht und mit dieser die jüdischen Bürger der Stadt beleidigt.<sup>27</sup> Daraufhin stellte der **Vorsteher der jüdischen Gemeinde Elias Rosenthal** gegen **Simonis** Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Koblenz. Das Verfahren, dem sich ein Teil der beleidigten Juden von Mayen anschloss, führte zu einem Urteil von 25. Mai 1894, mit dem **Simonis** zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Nachdem **Simonis**‘ Berufung dagegen verworfen worden war, kartete er nach und veröffentlichte in seiner Zeitung die Behauptung, der in der Verhandlung vom 25. Mai 1894 als Zeuge vernommene **Vorsteher Rosenthal** habe dabei die Unwahrheit gesagt. In dem daraufhin von **Rosenthal** angestrebten neuerlichen Strafverfahren sprach das Schöffengericht Mayen **Simonis** frei. Auf **Rosenthal**‘s Berufung hin verurteilte das Landgericht Koblenz **Simonis** wegen Nichterweislichkeit der von ihm aufgestellten Behauptung zu einer Geldstrafe von 300 Mark oder 60 Tagen Gefängnis. Die dagegen von **Simonis** eingelegte Revision verwarf das Oberlandesgericht Köln.

Während dieses Berufungsverfahrens beim Landgericht Koblenz hatte **Simonis** eine weitere Broschüre mit dem Titel „Der gerichtlich festgestellte Meineid eines jüdischen Millionärs“ herausgebracht. Auf den von **Rosenthal** auch dagegen gestellten Strafantrag verurteilte das Landgericht Koblenz **Simonis** zu einer Geldstrafe von 200 Mark und zur Veröffentlichung des Tenors des Urteils in einer Reihe von Zeitungen. Auf **Simonis**‘ Revision hiergegen hob das Reichsgericht in Leipzig das Urteil des Landgerichts Koblenz auf und verwies die Sache an das Landgericht Bonn. Das setzte mit Urteil vom 3. Dezember 1897 den strafgerichtlichen Schlusspunkt unter die Geschichte. Es verurteilte **Simonis** zu einer Geldstrafe von 50 Mark, ersatzweise zu je einem Tag Gefängnisstrafe für je 5 Mark und gestattete **Rosenthal**, das Urteil in acht Zeitungen auf Kosten **Simonis**‘ zu veröffentlichen.

Die von **Simonis** herausgegebene Broschüre „Der gerichtlich festgestellte Meineid eines jüdischen Millionärs“ provozierte noch ein weiteres Strafverfahren.<sup>28</sup> Dem lag zugrunde, dass ein Inhaber einer Mayener Buchhandlung, ein gewisser **Ed. Hensel**, die Broschüre in seinem Laden ausgestellt und verkauft hatte. Darin sah der Mayener Synagogenvorsteher **Rosenthal**

---

<sup>26</sup> Die Zeitschrift „Im deutschen Reich“ wurde vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgegeben.

<sup>27</sup> Vgl. zum folgenden: „Im deutschen Reich“, Nr. 1, Januar 1898, S. 46f.

<sup>28</sup> Vgl. dazu: „Im deutschen Reich“, Nr. 3, März 1896.

eine Beleidigung und stellte deswegen auch gegen **Hensel** Strafantrag. Zur Begründung trug **Rosenthal** vor, **Simonis'** Broschüre stelle einen Höhepunkt in der antisemitischen Agitation **Hensels** dar. Dieser mache es sich geradezu zur Aufgabe, ihn und andere achtbare Juden zu beleidigen, indem er täglich Bilder ausstelle, mit denen er Juden und die „jüdische Rasse“ als unwürdig diffamiere. Die Broschüre stelle den Sachverhalt zudem grob falsch dar, denn in dem Urteil gegen **Simonis** habe das Gericht gerade keinen Meineid festgestellt. Dementsprechend sei **Simonis** auch zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Verfahren ging für **Hensel** aber glimpflich aus. Das Schöffengericht folgte seinem Einwand, er habe bei der Verbreitung der Broschüre allenfalls fahrlässig gehandelt, und sprach ihn frei. **Rosenthal** hatte außer der gerichtlichen Niederlage auch noch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Noch während dieses Verfahrens setzte **Simonis** in seinem „Koblenzer Volksfreund“ die antisemitische Hetze fort. Im Mai/Juni 1896 kritisierte er die katholische „Koblenzer Volkszeitung“ dafür, dass sie gerade durch die Vermittlung eines jüdischen Agenten zwei Häuser in der Gymnasialstraße erworben hatte. In derselben Ausgabe bezeichnete er den von Juden abstammenden, aber als Christen geborenen und erzogenen Juristen **Fritz Friedmann** als einen „jüdischen“ Rechtsanwalt.<sup>29</sup>

Den antisemitischen Höhepunkt dieser Ausgabe des „Koblenzer Volksfreundes“ setzte **Simonis** mit dem „Einen Ritualmord vereitelt“ betitelten Artikel.<sup>30</sup> Darin tischte er eine Geschichte auf, die sich einige Zeit zuvor in dem Städtchen Bereell im damaligen Komitat Neograd<sup>31</sup> ereignet hatte. Dort hatte sich am Freitag vor Pfingsten ein Menschaufmarsch gebildet, nachdem man zwei christliche Knaben zu Juden gehen sehen und vergeblich auf ihre Rückkehr gewartet hatte. Einige Zeit später erschienen sie wieder und erzählten, sie seien zu den Juden gegangen, um denen die Lichter auszulöschen, was denen als „Arbeit“ an Sabbat nicht erlaubt sei. Daraufhin löste sich die Menschenmenge schnell auf, ohne dass die beiden inzwischen erschienenen Gendarmen hatten eingreifen müssen. **Simonis** war sich in seinem Judenhass aber nicht zu schade, diese harmlose Geschichte zu einem „vereitelten Ritualmord“ aufzubauschen und seine Leser aufzuhetzen.

Diese antisemitische Hetze setzte **Simonis** offensichtlich fort bis seine Zeitung „Koblenzer Volksfreund“ im Jahr 1914 das Erscheinen einstellte. Bekannt ist jedenfalls eine „Briefkastennotiz“, die Anfang 1912 dort veröffentlicht wurde. In ihr hieß es:<sup>32</sup> *„Herr X. und andere. Hoffentlich haben mit Ihnen auch recht viele andere den Judentrick bemerkt. Es wird viel Unheil verhütet und dem christlichen Gewerbe geholfen, wenn der Spruch stets beachtet wird: ‚Ob Moses, Abraham, Mayer oder Stern, von Juden halte mich immer fern.‘“*

Abgesehen von diesen Veröffentlichungen des Koblenzer **Verlegers Simonis** sind keine weiteren antisemitischen Vorfälle in Koblenz (und Umgebung) bekannt. Erwähnt sei lediglich der Vollständigkeit halber eine Verfügung des Proviantamtes Koblenz vom Mai 1908 über das Schächten.<sup>33</sup> Mit ihr wurde auf Anregung der Regierung von Koblenz der Bezug von Fleisch geschächteter Tiere für den Bereich der Militärverwaltung verboten, weil das Schächten „festgestelltermaßen eine unerwünschte Tierquälerei“ sei. Nach einer Beschwerde jüdischer Interessenverbände hob die Militärintendantur Koblenz mit

---

<sup>29</sup> S. dazu: „Im deutschen Reich“, Nr. 6, Juni 1896.

<sup>30</sup> Wie vor.

<sup>31</sup> Das Komitat Neograd ist eine historische Verwaltungseinheit im damaligen Königreich Ungarn. Es bestand bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, heute liegt das Gebiet in der Südslowakei und im nördlichen Ungarn.

<sup>32</sup> „Im deutschen Reich“, Heft 2, Februar 1912, S. 86.

<sup>33</sup> Vgl.: „Im deutschen Reich“, Heft 9, September 1908, S. 322; s. auch: „Im deutschen Reich“, Heft 10, Oktober 1908, S. 392.

Zustimmung des Regierungspräsidenten sowie Genehmigung des Kriegsministeriums die Verfügung wieder auf.

Diese Episode zeigt, dass das gesellschaftliche und politische Klima in der Beamten- und Soldatenstadt Koblenz nicht von antisemitischen und schon gar nicht von gewalttätigen Tendenzen maßgeblich geprägt war. Verglichen mit den Hep-Hep-Krawallen im Jahr 1819<sup>34</sup> und den später noch zu erwähnenden antisemitischen Gewaltakten in der Weimarer Republik waren die wenigen Aktivitäten um die Jahrhundertwende auch relativ „harmlos“, waren sie doch nicht gewalttätig, „nur“ publizistisch und wurden sie dann in rechtsstaatlichen Verfahren „erledigt“. Diese lediglich verbalen Angriffe waren auch keine Besonderheit von Koblenz, sondern vielmehr ein durchgängiger Zug des Antisemitismus jener Jahre.

#### 4. Die jüdische Gemeinde in Koblenz

Statt mit dem Antisemitismus beschäftigte sich die Gemeinde mit anderen Themen und vor allem mit sich selbst. Noch immer war das Gemeindeleben nicht zur Ruhe gekommen und der Streit um die religiöse Ausrichtung der Gemeinde beigelegt. **Dr. Israel** blieb Rabbiner in Koblenz, aber die die Reformbewegung fördernden und den Rabbiner unterstützenden Honoratioren der jüdischen Gemeinde verloren an Einfluss.



Grabstein von Rabbiner Dr. Benjamin (Ben) Israel  
auf dem Koblenzer jüdischen Friedhof (heute).

So konnten die Konservativen in der Gemeinde im Jahr 1878 als Nachfolger von **Dr. Israel** den Rabbiner **Dr. Adolf Lewin (1843-1910)** durchsetzen. **Dr. Lewin**, Absolvent des Jüdisch-

---

<sup>34</sup> Vgl. Teil 1, S. 77ff.

Theologischen Seminars in Breslau, des ersten modernen Rabbinerseminars in Europa<sup>35</sup>, und Feldgeistlicher im Französisch-Deutschen Krieg, war wohl kein exponierter Vertreter der einen oder anderen Richtung.<sup>36</sup> In Koblenz erteilte er – was üblich war – als Rabbiner auch den Religionsunterricht für die jüdischen Schülerinnen und Schüler der höheren Schulen. **Lewin** war aber eher ein Mann der Schrift, der sich auch für die Geschichte der Koblenzer Gemeinde interessierte und dazu veröffentlichte. Er hatte nicht die nötige Autorität in der Gemeinde und auch nicht den Rückhalt bei den Honoratioren. Schon nach sechs Jahren, im Jahr 1884, trennten sich Rabbiner **Dr. Lewin** und die Koblenzer Synagogengemeinde. In Freiburg i.Br. wurde **Lewin** dann Bezirksrabbiner.



Rabbiner Dr. Adolf Lewin.

Die Folge dieser Führungsschwäche war, dass sich die seit langem in der Gemeinde schwelende Krise weiter entwickelte. Eine große Rolle hatte dabei das schon zuvor<sup>37</sup> erwähnte Gesetz über die Verhältnisse der Juden gespielt. Es war zwar schon im Jahr 1847

---

<sup>35</sup> Vgl. dazu: [https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdisch-Theologisches\\_Seminar\\_in\\_Breslau](https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdisch-Theologisches_Seminar_in_Breslau) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>36</sup> S. dazu den Nachruf für Dr. Lewin in der Zeitschrift "Ost und West", Ausgabe Mai 1910, zit. nach: [https://www.alemannia-judaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule](https://www.alemannia-judaica.de/koblenz_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule) Biographie von Rabbiner Dr. Adolf Lewin“ (Zugriff: 25. April 2023): „Am 24. Februar dieses Jahres im 25. Jahre seiner segensreichen Tätigkeit in Freiburg im Breisgau ist Rabbiner Dr. Adolf Lewin gestorben. Am 23. September 1843 in Pinne geboren, besuchte er zuerst das Gymnasium im nahen Posen, dann das Katholische Gymnasium in Breslau, wo er nach bestandem Abiturienten-Examen die Universität bezog. Im jüdisch-theologischen Seminar in Breslau, das er schon als Primaner besucht hatte, saß er zu Füßen Franks, nach dem er aus Dankbarkeit seinen ersten Sohn 'Gottfried' nannte. Durch Erteilung von Unterricht verdiente er sich während seines Studiums nicht nur seinen Lebensunterhalt, sondern machte noch Ersparnisse, die er als Beitrag zur Erziehung der jüngeren Geschwister verwendete. Nach bestandem Rabbinatsexamen gehörte seine erste Tätigkeit dem Vaterland. Als Feldseelsorger bewährte er sich auf den Schlachtfeldern im Krieg 1870/71. Nach dem Friedensschluss war er kurze Zeit Adjunkt des Landrabbiners von Emden, dann von 1872 bis 1878 Rabbiner in Koschmin, bis 1885 in Koblenz und von da an bis zu seinem Tode Bezirksrabbiner von Freiburg und Sulzburg. Seit dem Jahr 1899 gehörte er als Konferenz-Rabbiner dem Großherzoglichen Oberrat der Israeliten.“

<sup>37</sup> Vgl. Teil 1, S. 90ff.

erlassen worden, aber nur ein Rahmengesetz, das der Ausfüllung im Detail bedurfte und dann erst nach und nach umgesetzt wurde.<sup>38</sup> Insbesondere kleinere Gemeinden taten sich damit schwer. In Koblenz erfolgte die Umsetzung allerdings einfacher und schneller, „bereits“ mit dem Statut vom 20. April 1865.<sup>39</sup>

Wie das Statut konkret ausgestaltet war, wissen wir nicht. Einen Eindruck vermittelt aber neben dem Gesetz von 1847 das in dessen Ausfüllung ergangene „Normalstatut“. Dieses sollte allen Gemeinden als Vorlage für ihr eigenes Statut dienen. Es lässt deshalb Rückschlüsse auf das jeweilige Gemeindestatut zu, und damit auch auf das der Koblenzer Synagogengemeinde vom 20. April 1865.<sup>40</sup>

Die Regelungen waren sehr umfangreich und detailliert. Sie sahen verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten vor – was einerseits gut war, andererseits für eine wenig heterogene und gar zerstrittene Gemeinde jede Menge Konfliktstoff barg. Das ahnte auch der Oberrabbiner zu Bonn, als er dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz unter dem 30. November 1847 schrieb:<sup>41</sup>

*„Das allegierte Gesetz gewährt den Juden völlige Freiheit in Sachen ihres Kultus. (... Es ist andererseits) zu bedenken, dass wie jede Freiheit, auch diese ihre Gefahren hat, welche in unserer Zeit, wo auch unter den Juden überall eine Verschiedenheit der religiösen Richtungen bis zu den äußersten Gegensätzen hervortreten, umso mehr zu befürchten sein dürften.“*

Nach diesen einleitenden Worten referierte der Oberrabbiner die tragenden Regelungen des Gesetzes, die hier zusammengefasst kurz wiedergegeben werden: Nach dem Regelwerk entstanden Synagogenbezirke, die eine Synagogengemeinde bilden sollten. Diese waren anerkannte Religionsgesellschaften mit Korporationsrechten. Jeder Jude gehörte der Synagogengemeinde seines Wohnortes verbindlich an. Die Gemeindeverfassung und -verwaltung wurde breiter und mit mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten aufgestellt. An der Spitze der Synagogengemeinde standen zwei Organe: die Repräsentantenversammlung als Gemeindevertretung und der Vorstand als ausführendes Verwaltungsorgan. Die Repräsentantenversammlung sollte aus mindestens neun und höchstens 21 Mitgliedern bestehen, die von allen männlichen, volljährigen, unbescholtenen und selbständigen Gemeindeangehörigen auf sechs Jahre gewählt wurden. Der Vorstand hatte mindestens drei, höchstens sieben Mitglieder, sie wurden von den Repräsentanten ebenfalls auf sechs Jahre gewählt. Der Vorstand hatte die gesamte anfallende Verwaltungsarbeit zu erledigen, die Beschlüsse der Repräsentantenversammlung zu veranlassen und zur Ausführung zu bringen sowie die Synagogengemeinde juristisch gegenüber Dritten zu vertreten.

---

<sup>38</sup> Im Einzelnen dazu: Kristine Werner: Einleitung zu: Teil 1: Organisation und Rechtsstellung der jüdischen Gemeinden, in: Joachim Esperstedt/Werner Knopp/Kurt Watschke/Kristine Werner (Bearb.): Die Juden in ihrem gemeindlichen und öffentlichen Leben Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, 1972, Band 3, S. 3-25 (9f). Gemäß § 50 dieses Gesetzes waren die Synagogengemeinden verpflichtet, ein Statut zu erlassen, das die in dem Gesetz enthaltenen Rahmenbestimmungen ausfüllte und den Verhältnissen der jeweiligen Gemeinde anpasste.

<sup>39</sup> Erwähnt wird es in der Übergangsvorschrift des § 121 des Statuts für die Synagogen-Gemeinde Koblenz vom 22. Dezember 1894, bestätigt vom Präsidenten der Rheinprovinz am 22. Februar 1895, archiviert im LHA Koblenz, Best. 441, Nr. 25273, Bl. 1-36.

<sup>40</sup> Vgl. dazu und zum Wortlaut des Normalstatuts: Joachim Esperstedt/Werner Knopp/Kurt Watschke/Kristine Werner (Bearb.): Die Juden in ihrem gemeindlichen und öffentlichen Leben Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, 1972, Band 3, Dok. 6, S.33-54.

<sup>41</sup> Schreiben vom 30. November 1847, zit. nach der Dokumentation wie vor, Dok. 8, S. 55-57 (55).

Die vorausgesagten Spannungen gab es dann auch in der Koblenzer Gemeinde. Sie wurden etwa bei den Gottesdiensten deutlich. Dies ging so weit, dass eine nicht kompromissbereite orthodoxe Gruppe, die sich „Minjan“<sup>42</sup> nannte, Privatgottesdienste organisierte und eine Zeitlang in der Synagoge separate Gottesdienste abhielt.<sup>43</sup> Diese blieben aber eine Episode, sie wurden 1884 verboten.

Einen bezeichnenden Blick in das Innenleben der Koblenzer Gemeinde ermöglicht die Kontroverse über die Verehrung für den **preußischen König Wilhelm I. (1797-1888)**. Dabei beschuldigten die Reformer, die sich die „Königstreuen“ nannten, die Konservativen, bei der Einweihung der Rheinbrücke nicht zu Ehren des Königs das Gemeindehaus illuminiert zu haben. Das wollten die Konservativen aber nicht auf sich sitzen lassen und beklagten, dass das Gebet für den König im Koblenzer Gebetbuch nur gekürzt abgedruckt wurde.<sup>44</sup>

Nach dem Weggang des **Rabbiners Dr. Lewin** bemühte sich die Gemeinde um eine Überwindung dieser tatsächlichen oder vermeintlichen Gegensätze und um ein harmonisches Gemeindeleben. Eine wesentliche Rolle sollte dabei der neue Rabbiner spielen. Deshalb wählte man ihn besonders sorgsam und langwierig aus. Ausweislich der Anzeige in der Zeitschrift „Der Israelit“ vom 26. Oktober 1885<sup>45</sup> suchte man „*einen akademisch gebildeten Rabbiner oder Rabbinatskandidaten, welcher der gemäßigt reformierten Richtung angehört.*“ Er sollte ein guter Prediger sein und die Befähigung besitzen, den Religionsunterricht an den drei höheren Schulen zu erteilen. Bezeichnend war noch der Zusatz, dass aus den polnischen Landesteilen gebürtige Bewerber ausgeschlossen waren.

Die Gemeinde konnte sich nur sehr schwer für einen Bewerber entscheiden – sicherlich auch kein gutes Zeichen für ihre innere Situation. Um sich Zeit zu verschaffen, bestellte sie zum 1. April 1886 erst einmal kommissarisch einen Nachfolger für **Dr. Lewin**, den Kreuznacher **Rabbiner Joseph Enoch**. **Enoch** war wohl keine gute Wahl, bezeichnete ein Gemeindemitglied ihn doch als einen „*läppischen, kindischen und schwatzenden Menschen*“<sup>46</sup>. Nachdem **Enoch** im folgenden Jahr immer noch nicht promoviert worden war, trennte sich die Gemeinde von ihm und ernannte den jungen **Dr. Moritz Singer (1854-1900)** zu ihrem Rabbiner.<sup>47</sup> **Singer** entsprach dem formulierten Anforderungsprofil und zeigte sich kaisertreu und patriotisch.

So hielt er in der Koblenzer Synagoge am 1. September 1885 wohl eine Probepredigt und – passend zum damals groß gefeierten Sedantag,<sup>48</sup> dem 2. September - eine patriotische

---

<sup>42</sup> Nach dem hebräischen Wort für das Quorum zum Gemeindegebet.

<sup>43</sup> Vgl. Edith Schwalbach-Kulla: Die jüdische Gemeinde, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Zeit bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, 1993, S. 302-318 (309); s. auch: Ulrich Offerhaus: Familie und Bankhaus Seligmann in Koblenz und Köln, 2016, S. 140.

<sup>44</sup> Vgl. Edith Schwalbach-Kulla, wie vor.

<sup>45</sup> Zit. nach:

[https://www.alemannia-judaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Gemeinde%20„Ausschreibung der Rabbiner-Stelle \(1885\)“](https://www.alemannia-judaica.de/koblenz_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Gemeinde%20„Ausschreibung%20der%20Rabbiner-Stelle%20(1885)“) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>46</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 105.

<sup>47</sup> Wie vor.

<sup>48</sup> Der Sedantag war ein Gedenktag, der im Deutschen Kaiserreich jährlich um den 2. September gefeiert wurde. Er erinnerte an die Kapitulation der französischen Armee am 2. September 1870 nach der Schlacht bei der französischen Stadt Sedan, mit der die deutsche Armee den entscheidenden Sieg im Deutsch-Französischen Krieg errungen hatte; vgl. im Einzelnen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Sedantag> (Zugriff: 25. April 2023).

Ansprache.<sup>49</sup> Die Rede wurde unter dem Titel „Gedenkfeier des ruhmreichen Krieges 1870/71“ veröffentlicht, der Reinertrag kam den Veteranen des Krieges zugute. Darin dankte **Singer** dem „Heldenkaiser“ **Wilhelm I.**, dessen „ebenbürtigen Sohne, dem vielgeliebten Kronprinzen und frühbeklagten Frühlingkaiser **Friedrich III.**, deren glor- und siegreichen Paladinen, welche mit des Schwertes Schneide wie mit dem Demantgriffel die vollendete Kunst des unvergleichlichen Schlachtendenkers **Moltke** in unverlöschlichen Schriftzügen in die goldenen Blätter der Kriegsgeschichte aller Zeiten eingegraben haben.“ Den „Eisernen Kanzler“, **Reichskanzler Otto von Bismarck**, rühmte er als „einen der Größten aller Jahrhunderte“. Die „Festpredigt“ gipfelte in dem Bekenntnis: „Jeder Deutsche sollte sich mit Stolz und Selbstbewusstsein als solchen bezeichnen und jeder drohenden Beleidigung mit dem Zuruf vorbeugen: ‚Ich bin ein D e u t s c h e r, kennt ihr meine Farben...‘“

Sicherlich auch mit dieser Huldigung an Kaiser und Vaterland gelang es **Singer**, die ganz überwiegend kaisertreuen und patriotischen jüdischen Koblenzer für sich einzunehmen. Denn die Begeisterung der Juden für das Deutschtum und für den deutsch-französischen Krieg 1870/71 gab es damals allenthalben und gerade auch in der Garnisonstadt Koblenz.

In dem weiter wachsenden Antisemitismus sahen sich die deutschen Juden und auch die von Koblenz veranlasst, auf diese Weise ihren Patriotismus unter Beweis zu stellen. Dabei war es für sie nicht einfach gewesen, in den deutsch-französischen Krieg zu ziehen. Denn mit Frankreich bekämpfte man ein Land, das seit der Französischen Revolution eine Vorreiterrolle in der Judenemanzipation gespielt hatte.<sup>50</sup> Rechtlich und gesellschaftlich waren die französischen Juden auch damals noch in vielen Punkten bessergestellt als die deutschen. Es war zudem in gewisser Weise ein Bruderkrieg, denn viele Elsässer waren Juden. Die deutschen Juden lösten diesen Konflikt aber für sich, indem sie als Patrioten für ihr deutsches Vaterland in einem gerechten Krieg kämpften.



Bildtuch: „(Jüdischer) Feldgottesdienst vor Metz, 1870“.

Zuverlässiges Zahlenmaterial für den deutsch-französischen Krieg wie auch für die beiden anderen Einigungskriege (den Deutsch-Dänischen Krieg [1864] und den Deutschen Krieg

<sup>49</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 107.

<sup>50</sup> Vgl. dazu bereits Teil 1, S. 67ff.

gegen Österreich [1866]) gibt es allerdings nicht. Immerhin führte der Verein zur Abwehr des Antisemitismus im Jahr 1894 eine Fragebogenaktion durch. Bei sehr lückenhaften Erhebungen ermittelte man 4.700 jüdische Soldaten, darunter 140 Offiziere, die an diesen Kriegen teilgenommen hatten. Weiter recherchierte man 483 Verwundete oder Gefallene sowie 373 jüdische Soldaten, die mit dem Eisernen Kreuz oder vergleichbaren anderen bundesstaatlichen Orden ausgezeichnet worden waren.<sup>51</sup> Anderen Zählungen zufolge hatten an dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 zwischen 7.000 und 12.000 jüdische Soldaten teilgenommen.<sup>52</sup>

Unter diesen jüdischen Soldaten waren auch zahlreiche Koblenzer, etwa der 1849 geborene **Gustav Seligmann**, Enkel des Gründers des Koblenzer Bankhauses Seligmann **Leopold Seligmann (1787- ca. 1860)** und Sohn des **Bankiers Bernhard Seligmann (1815-1899)**<sup>53</sup>; **Gustav Seligmann (1849-1920)** hatte als Leutnant der Reserve im 2. Rheinischen Husaren-Regiment Nr. 9 gedient.<sup>54</sup> Weitere Kämpfer für das deutsche Vaterland waren Leopold Süßmann und der spätere Justizrat Rechtsanwalt Dr. Bernhard Salomon (gest. 1927), der an der Front verwundet wurde und im Lazarett des 8. Armee-Corps in Soissons lag. Von weiteren ist bekannt, dass sie in rheinischen Regimentern dienten: so der Neuendorfer **Hecht ebenfalls** im 2. Rheinischen Husarenregiment Nr. 9, **Ruben Goldschmidt** im Rheinisches Feldartillerie Regiment Nr. 8, **Max Süßmann** und **Berthold Dambitsch** im Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 9 sowie **Herz** im Rheinischen Landwehr-Regiment Nr. 29.<sup>55</sup>

Fazit der Untersuchung war, dass die Juden – in Relation zur Gesamtzahl - einen ebenso hohen Anteil Soldaten gestellt hatten wie die übrige Bevölkerung. Auch war ihr Patriotismus genauso groß wie der ihrer christlichen Umgebung und ihr kämpferischer Einsatz wie der ihrer christlichen Kameraden. Jüdische Soldaten wurden vielfach Sanitätsoffiziere und mehr als 100 waren Reserveoffiziere, die meisten in der zahlenmäßig größten, der preußischen Armee.<sup>56</sup>

Dieser einende Patriotismus, der wachsende Wohlstand bei der Mehrzahl der Juden, die Person des neuen **Rabbiners Singer** und sicherlich auch die Aufsicht der Königlichen Regierung zu Koblenz verminderten wohl erst einmal die Spannungen in der Gemeinde. Jedenfalls hat sich, was auf eine gewisse Beruhigung schließen lässt, die Gemeinde im Jahr 1894 ein neues Statut gegeben. Nach 30 Jahren hielt man eine Aktualisierung für nötig. Dabei konnten und mussten auch Neuerungen berücksichtigt werden, wie etwa das preußische Gesetz betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden vom 28. Juli 1876. Dieses Gesetz hob die Zwangsmitgliedschaft von Juden in ihrer Gemeinde auf und erlaubte einen Austritt, ermöglichte aber auch den austretenden Juden zu bleiben, ohne einer Synagogengemeinde anzugehören. Das hatte für die Gemeinden weitreichende Konsequenzen. Denn von den Austretenden erhielten sie keine Beiträge mehr. Das schwächte die Gemeinde, vor allem wenn vermögende Juden die Gemeinde verließen. Andererseits

---

<sup>51</sup> So Manfred Messerschmidt: Juden im preußisch-deutschen Heer, in: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Im Auftrage des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 3. Aufl., 1987, S. 109-140 (116).

<sup>52</sup> So: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit. Porträt der jüdisch-deutschen Epoche (1743-1933), 2003, S. 203.

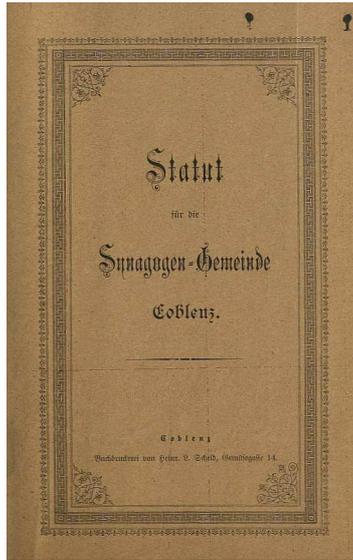
<sup>53</sup> Vgl. zu dieser Familie Seligmann bereits Teil 1 S. 92ff.

<sup>54</sup> Vgl.: Ulrich Offerhaus: Gustav Seligmann (1849-1920). Mitbegründer und Schatzmeister des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: Rheinische Heimatpflege, 55. Jg. 2018, S. 269-278 (271).

<sup>55</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 43f.

<sup>56</sup> So: Manfred Messerschmidt: Juden im preußisch-deutschen Heer, in: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Im Auftrage des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 3. Aufl., 1987, S. 116.

konnten vermögende Juden mit der Drohung auszutreten, ihren Einfluss auf die Gemeinden noch vergrößern.



Titelblatt des Statuts der Synagogengemeinde Koblenz von 1894.

Einen gewissen Einblick in die Gemeinde jener Zeit gibt das Statut vom 22. Dezember 1894.<sup>57</sup> Es war ein umfangreiches Regelwerk mit 121 Paragraphen. Sein erster Abschnitt trug die Überschrift „Von der Synagogengemeinde Koblenz überhaupt und deren Mitgliedern insbesondere.“ und lautete so:<sup>58</sup>

„§ 1

*Der Synagogenbezirk Koblenz umfasst die Stadt K o b l e n z.*

§ 2

*Alle innerhalb des § 1 gedachten Synagogenbezirks wohnenden Juden gehören der Synagogengemeinde zu K o b l e n z an und sind Mitglieder dieser Gemeinde, sofern sie nicht nach den Vorschriften des Gesetzes vom 28. Juli 1876 aus der Synagogengemeinde ausgetreten sind.*

§ 3

*Die Synagogengemeinde hat in Bezug auf ihre Vermögensverhältnisse die Rechte einer juristischen Person (Gesetz vom 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden, § 37).*

§ 4

*Jedes Mitglied der Synagogengemeinde ist verpflichtet, nach Kräften das Beste der Gemeinde zu fördern und zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zwecks mitzuwirken.*

§ 5

*Die Synagogengemeinde ist zu allen denjenigen Leistungen verpflichtet, welche ihr Bedürfnis erheischt.*

§ 6

*Die Geldbedürfnisse der Synagogengemeinde werden in Gemäßheit der bestehenden Gesetze durch Beschluss der Repräsentantenversammlung unter Zustimmung des Vorstandes festgestellt.*

---

<sup>57</sup> LHA Ko Best. 441, Nr. 25273, Bl. 1-33.

<sup>58</sup> Wie vor, Bl. 5-7.

#### § 7

*Soweit die Einkünfte aus dem Vermögen der Synagogengemeinde und aus sonstigen Nutzungen derselben zur Bestreitung der Ausgaben für die Bedürfnisse der Gemeinde nicht hinreichen, sind die einzelnen Mitglieder verpflichtet, nach dem Verhältnisse ihrer Einkünfte Geldbeiträge zu leisten.*

#### § 8

*Die in § 7 gedachte Beitragspflicht beginnt für jedes Mitglied mit dem ersten Tage des auf seinen Einzug in die Synagogengemeinde folgenden Monats und dauert bis zum letzten Tage desjenigen Monats, in welchem die Gemeindegliedschaft aufhört.*

#### § 9

*Besoldete Beamte der Gemeinde haben von ihrem Dienstekommen keinen Beitrag zu den Bedürfnissen der Gemeinde zu leisten, wohl aber von ihren sonstigen Einkünften.*

#### § 10

*Sämtliche Mitglieder der Synagogengemeinde sind daher in Bezug auf die Verpflichtung, zu den Bedürfnissen der Gemeinde Geldbeiträge zu leisten, entweder *b e i t r a g e n d e* oder *n i c h t b e i t r a g e n d e* Mitglieder. Letztere sind diejenigen, welche wegen geringen Einkommens von der Beitragspflicht befreit sind.*

#### § 11

*Ein jedes selbständige Mitglied der Synagogengemeinde ist verpflichtet, wenigstens *e i n* ihm nach Inhalt dieses Statuts angetragenes unbesoldetes Gemeindeamt zu übernehmen und sich den mit einem solchen Amte verbundenen Aufträgen zu unterziehen. Nur solche Gründe, welche gesetzlich von der Übernahme einer Vormundschaft befreien, entschuldigen auch von der Übernahme eines unbesoldeten Gemeindeamtes.*

#### § 12

*Wer sich der im § 11 bestimmten Verbindlichkeit beharrlich entzieht, kann von dem Vorstande und der Repräsentantenversammlung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde der Stimmfähigkeit und Wählbarkeit für immer oder auf bestimmte Zeit verlustig erklärt werden.“*

Trotz oder vielleicht auch wegen des neuen Statuts gab es keine Ruhe und Harmonie in der Koblenzer Gemeinde. Die Gründe dafür waren vielfältig.

Einer der Hauptstreitpunkte war der jüdische Religionsunterricht. Dabei war zu sehen, dass es damals in Koblenz keine jüdische Schule gab, weder eine Elementarschule in Form einer jüdischen Konfessionsschule, sei es als private oder öffentliche Anstalt, noch erst recht keine jüdische höhere Schule. Die jüdischen Kinder von Koblenz besuchten die evangelische Elementarschule im Hohenfelderhaus. Dort erteilte ihnen seit vielen Jahren der von der jüdischen Gemeinde angestellte Religionslehrer und Vorbeter **Salomon Friedberg (gest. 1905)** den jüdischen Religionsunterricht und das außerhalb des „normalen“ Schulunterrichts. Jüdischen Religionsunterricht erhielten auch die Schüler und Schülerinnen, die die höheren Schulen in Koblenz besuchten, also das Kaiserin Augusta-Gymnasium (heute: Görres-Gymnasium), die Oberrealschule (heute: Eichendorff-Gymnasium) und die Evangelische Höhere Mädchenschule (heute: Hilda-Gymnasium). Deren Lehrer war der Rabbiner, seit 1887 **Rabbiner Dr. Moritz Singer**.

Beide, Singer und Friedberg, erteilten ihren Unterricht unter unterschiedlichen Voraussetzungen. **Religionslehrer Friedberg** war schon länger in Koblenz und hatte seinen

Platz hier gefunden, während **Rabbiner Dr. Singer** erst später hierherkam. Zudem hatte **Singer** als Rabbiner eine ganz andere, „höhere“ Ausbildung als **Friedberg**, hatte er doch die Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin<sup>59</sup> besucht. Hinzukam, dass **Friedberg**, wie allgemein die jüdischen Religionslehrer, nicht nur unter Aufsicht der Regierung zu Koblenz, sondern auch in Abhängigkeit vom Vorstand und auch vom Rabbiner der Gemeinde stand. So hieß es in dem Anstellungsvertrag, den die Synagogengemeinde mit **Friedberg** im Jahr 1880 für fünf weitere Jahre abschloss, u.a.:<sup>60</sup>

*„Der Religionsschule hat **Herr Friedberg** in seinem Amt als Lehrer seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen., seinen ganzen Fleiß darauf zu verwenden, dass solche in einer dem Zeitgeist angemessenen Vervollkommnung erhalten bleibt. Er hat zu diesem Ende einen Lehrplan für alle Klassen der Schule aufzustellen und dem Vorstande zu überreichen, wonach der Unterricht regelmäßig wenigstens während sieben Stunden in jeder Klasse wöchentlich erteilt werden muss. (...) Im Übrigen steht die Schule immerwährend unter der speziellen Aufsicht des Vorstandes und des Rabbiners der Gemeinde, und wird alljährlich wie dieses auch in anderen Schulen üblich, eine öffentliche Prüfung abgehalten. Die Zeit der Prüfung wird vom Vorstand bestimmt; auch hat **Herr Friedberg** am Schluss eines jeden Quartals dem Vorstand einen Schulbericht vorzulegen.“*

Überdies hatte die Gemeinde Erwartungen an den Unterricht und an den Religionslehrer, wie sie in dem einige Jahre später formulierten Statut formuliert, aber sicherlich auch schon damals gefordert wurden. In § 85 des Statuts hieß es dazu:

*„Der Vorstand der Synagogengemeinde hat darauf zu halten, dass jedes jüdische Kind während des schulpflichtigen Alters den erforderlichen Unterricht in der jüdischen Religion in der dazu eingerichteten Religionsschule erhält. Der Unterricht in der Religionsschule kann nur von dazu befähigten Lehrern erteilt werden. Als befähigte Religionslehrer sind nur solche Juden anzusehen, welche vom Staate die zur Ausübung eines Elementarschulamtes erforderliche Erlaubnis erhalten haben.“*

Diesen Ansprüchen genügte Religionslehrer **Friedberg** ersichtlich nicht. In einem Bericht des Kreisschuldirektors über den Religionsunterricht der jüdischen Elementarschulkinder vom 24. Juni 1885 hieß es u.a. vielmehr, **Friedberg** übe keinen Schulzwang und keine Kontrolle aus; die Kinder nähmen nur unregelmäßig am Unterricht teil und einzelne besuchten ihn – im Einverständnis mit ihren Eltern – gar nicht.<sup>61</sup>

Neben dem Amt des Religionslehrers hatte **Friedberg** nach dem Anstellungsvertrag dann auch noch das eines Vorbeters/Kantors der Gemeinde wahrzunehmen, Dazu musste er bei den öffentlichen Gottesdiensten in der Synagoge und bei allen öffentlich in der Gemeinde vorkommenden religiösen Akten anwesend sein. Auch war er verpflichtet, den „*bestehenden mehrstimmigen Choralgesang zum Gottesdienst (...) in immerwährender Einübung und zeitgemäßer Ausbildung zu erhalten*“ und dazu den Gesangsverein auszubilden und die Lieder einzuüben.<sup>62</sup>

---

<sup>59</sup> Heute: Hochschule für die Wissenschaft des Judentums, s. auch: [https://de.wikipedia.org/wiki/Hochschule\\_f%C3%BCr\\_die\\_Wissenschaft\\_des\\_Judentums](https://de.wikipedia.org/wiki/Hochschule_f%C3%BCr_die_Wissenschaft_des_Judentums) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>60</sup> Zit. nach: Joachim Esperstedt/Werner Knopp/Kurt Watschke/Kristine Werner (Bearb.): Die Juden in ihrem gemeindlichen und öffentlichen Leben Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, 1972, Band 3, Dok. 65, 258-260 (259).

<sup>61</sup> Wie vor, Dok. 67, S. 261f.

<sup>62</sup> Wie vor, Dok. 65, S. 259.

Über diese vertraglich festgelegten Pflichten hinaus musste **Friedberg** auch sehen, dass er sich durch privaten Religionsunterricht und gegebenenfalls den Unterricht jüdischer Schüler in Ehrenbreitstein ein Zubrot verdiente. Denn das Gehalt als Religionslehrer und Vorbeter war so kärglich, dass er allein damit kaum seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie sichern konnte.

Angesichts dieser Fülle von Aufgaben und den an ihn gestellten Anforderungen konnten Spannungen zwischen **Friedberg** und dem ihn kontrollierenden Vorstand nicht ausbleiben. Sie blieben auch nicht aus. Immer wieder musste sich der Vorstand mit **Friedberg** und vor allem mit dessen Unterricht beschäftigen. Und auch **Rabbiner Singer** übte an dessen Amtsführung Kritik. Das führte u.a. dazu, dass dieser sich in dem „Israelitischen Gemeindeblatt“ vom 10. Januar 1896<sup>63</sup> „Zur Frage des jüdischen Religionsunterrichtes“ in der Rheinprovinz äußerte. Darin charakterisierte **Singer** die Situation als „*trostlos*“ und ließ in dieses Urteil sicherlich auch seine Erfahrungen in Koblenz einfließen. Zum einen kritisierte er die weitere, „fachfremde“ Inanspruchnahme der Religionslehrer auch als Kantoren, Schächter, Beschneider u.a. Diese sei dafür verantwortlich, dass sich die Religionslehrer generell ihrer eigentlichen Aufgabe nicht ausreichend widmen könnten und deshalb der Unterricht häufig ausfiel. Zum anderen bemängelte **Singer** die unzureichende Qualifikation der Lehrer, die sich u.a. bei der Aufstellung der Lehrpläne und der unzureichenden pädagogischen Begabung sehr nachteilig auswirke. Den Zeitungsartikel schloss **Singer** mit einem Rundumschlag und sich als Rabbiner zugleich entlastend mit den Worten:

*„Wenn hernach die Kinder zu Männern (...) und durch solch einen lückenhaften ‚Unterricht‘ mehr als ungenügend fürs Leben vorbereitet (werden), ohne Ahnung von den Vorschriften der Religion in Beziehung zu Gott und den Nebenmenschen dem verallgemeinernden Antisemitismus Nahrung geben, wird dem dafür unschuldigen Judentum die Schuld beigemessen und den einflusslosen Rabbinern die Verantwortung aufgebürdet.“*

Bei seiner Kritik an den Zuständen in der Gemeinde hatte **Dr. Singer** nicht die uneingeschränkte Unterstützung des Vorstands. Auch sonst war das Verhältnis zum Vorstand nicht spannungsfrei. Dabei ging es offenbar nicht um einzelne Unzuträglichkeiten, sondern um Grundsätzliches. Denn **Singer** nahm diese Spannungen und Streitigkeiten zum Anlass, im Jahr 1897 eine Schrift mit dem Titel „Über die rechtliche Stellung der Rabbiner, ihr Verhältnis zu den Gemeinden im Allgemeinen und in Preußen im Besonderen“ zu verfassen und diese dem preußischen Innenminister als Eingabe vorzulegen.<sup>64</sup> Eine Reaktion darauf gab es nicht.

Unterdessen ging der Streit zwischen **Rabbiner Singer** und **Religionslehrer/Vorbeter Friedberg** weiter. Schließlich eskalierte der so sehr, dass der Vorstand im Jahr 1899 **Rabbiner Singer** entließ.<sup>65</sup> Daraufhin erhob **Singer** Klage zum Landgericht Koblenz, das ihm dann Recht gab und die Entlassung für ungültig erklärte. Aber auch mit dem Richterspruch gab sich der Vorstand nicht zufrieden, sondern legte – im Übrigen gegen den

---

<sup>63</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 106.

<sup>64</sup> Die „Eingabe“ ist offensichtlich unmittelbar an den Innenminister gerichtet gewesen, sie befindet sich nicht in den Akten des Oberpräsidiums, darin gibt es nur ein kurzes Schreiben über den Erhalt des Schriftstücks, LHA Ko Best. 441, Nr. 26159, Bl. 389.

<sup>65</sup> Vgl. dazu und zum folgenden das Schreiben Carl Bernds vom 13. Januar 1900 an den Regierungspräsidenten in Koblenz, LHA Ko Best, 441, Nr. 25260 Bl. 371-376 und die Artikel zum Tod Dr. Singers in der Zeitschrift "Der Israelit" vom 30. Juli 1900 (wiedergegeben in: [https://www.alemanniajudaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule](https://www.alemanniajudaica.de/koblenz_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule) „Zum Tod von Rabbiner Dr. Singer (1900“) (Zugriff: 25. April 2023) und in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ vom 1. August 1900, wiedergegeben bei: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 107f.

Willen einer Vielzahl von Gemeindemitgliedern – gegen das landgerichtliche Urteil Berufung zum Oberlandesgericht in Köln ein. Zu einer abschließenden Entscheidung kam es nicht mehr. **Rabbiner Singer**, den der ganze Streit und gerade auch die Kündigung mit dem anschließenden Gerichtsverfahren sehr mitgenommen hatte, erkrankte an einer Lungenentzündung, die nicht mehr ausheilte. Am 28. Juli 1900 starb **Dr. Moritz Singer** in einem Frankfurter Krankenhaus, er wurde nur 44 Jahre alt. In dem Bericht der Zeitschrift „Der Israelit“ vom 30. Juli 1900 hieß es dazu:<sup>66</sup>

*„Im Königswerther Hospital in Frankfurt erlöste Freitagnacht um 11 Uhr ein sanfter Tod unsern **Rabbiner Dr. Moritz Singer** von seinem langen Leiden. Nun ruht der Kampf und entsetzt steht man an der Bahre des Dulders, den ein herbes Geschick im Verein mit Unversöhnlichkeit, Misshelligkeiten und Missverständnissen so früh im besten Mannesalter dahingestreckt.“*



Grabstein für Rabbiner Dr. Moritz Singer auf dem Koblenzer jüdischen Friedhof (links: mit hebräischer Inschrift vor dem Novemberpogrom, rechts: ohne Inschrift heute).

Und die „Allgemeine Zeitung des Judentums“<sup>67</sup> vom 1. August 1900 schrieb, die Wertschätzung für **Dr. Singer** hervorhebend, ergänzend zu dessen Beerdigung:<sup>68</sup>

*„Die Kämpfe, die er hier (in Koblenz, Erg. d. A.) seit zwei Jahren zu bestehen hatte, sind noch in aller Erinnerung, **Singer** war ein gelehrter und begabter Mann. Alle, die ihn kannten, schätzten ihn. Er hinterließ eine Witwe und drei unversorgte Kinder. An der Beerdigung am 30. (Juli, Erg. d. A.) nahm nicht nur die ganze Gemeinde samt der Schuljugend teil, sondern auch die christliche Bürgerschaft und die Lehrer der höheren Schulanstalten, an welchen **Dr. Singer** den Religionsunterricht erteilt hat, sowie eine große Anzahl von auswärtigen*

<sup>66</sup> Wie vor. – Die Zeitschrift „Der Israelit“ war ein Zentralorgan für das orthodoxe Judentum.

<sup>67</sup> Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AZJ) nannte sich „Ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse“.

<sup>68</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 107f.

*Rabbinern gaben dem geschätzten Kollegen das letzte Ehrengelächter. **Rabbiner Dr. Auerbach-Elberfeld** hielt die Gedächtnisrede, in welcher er das Leben und Wirken des Verstorbenen beleuchtete und sprach über das seit längerer Zeit zwischen der Verwaltung und dem Verstorbenen bestandene Verhältnis in taktvoller und versöhnlicher Weise. Schließlich legte er das traurige Los der Hinterbliebenen der Gemeinde zur Abhilfe ans Herz. Sodann sprach ein Bruder des Verstorbenen, Prediger in Mogilno, ergreifende Abschiedsworte.“*

Wie es um die Gemeinde zurzeit des Todes von **Rabbiner Singer** bestellt war, erhellt ein Bericht im „Israelit“ vom 23. Juli 1900<sup>69</sup>, also wenige Tage vor dem Tod von **Rabbiner Singer**. Bei dessen Veröffentlichung vermerkte die Redaktion allerdings zugleich, persönlich den Verhältnissen in Koblenz ganz fernzustehen, so dass sich die Vorgänge deren Beurteilung entzögen, und der Bericht deutlich abweiche von einem eines anderen Korrespondenten im Jahr zuvor.

Anlass für den Zeitungsartikel war der Tod eines langjährigen Repräsentantenvertreters, also eines Mitgliedes der Gemeindevertretung, namens **Leopold Salomon**. Dieser ganz auf die Person **Salomons** zugeschnittene Artikel knüpfte an dessen frühere persönliche Kränkung an und kritisierte scharf die Leitung der Gemeinde und die Gemeindeglieder. Die jüdische Gemeinde Koblenz bezeichnete er als „*Hochburg des religiösen Indifferentismus*“. Gemeint war damit, dass die Gemeinde insgesamt der Religion indifferent gegenüberstand, sie zwar nicht verachtete, sie aber auch nicht schätzte, sondern sie ganz und gar als nicht bedeutend hinstellte und so auch behandelte. Weiter hieß es in dem Bericht:

*„Es wurde ihm (dem jetzt verstorbenen **Repräsentantenvertreter Salomon**, Erg. d. A.) damals eine Düpierung zuteil, die vom religiösen wie menschlichen Standpunkte aus nicht leicht ihresgleichen finden dürfte. **Herr Salomon** hatte aus Anlass der Vermählung seines jüngsten Kindes einen kostbaren Vorhang für die heilige Lade gestiftet. Damals vertrat er noch das Amt eines Repräsentanten-Vorstehers. Als bald darauf, nachdem gewisse Elemente an die Spitze der Verwaltung gelangt und im Nu mit Reformen bei der Hand waren, jener unselige Zwist aus Anlass der brutalen und unrechtmäßigen Kündigung des Rabbiners (gemeint ist die des **Rabbiners Dr. Singer**, Erg. d. A.) in der Gemeinde ausbrach, legte **Herr Salomon**, ein warmer Verteidiger des so grausam und unmenschlich behandelten todkranken Mannes, nachdem er vergebens versucht (hatte), die Sache in Güte und Frieden beizulegen, für seine humanen Bemühungen indes nur Spott und Hohn seitens einiger jüngere rund dafür umso unreiferer Kollegen in der Verwaltung geerntet (hatte), legte **Herr Salomon** sein Amt nieder. Bald nachher erwachte in den Köpfen einiger jener Männer, die die unüberbrückbare Kluft in der Gemeinde geschafft zu haben, sich rühmen dürfen, ein merkwürdig ästhetisches Gefühl, mit dem der Anblick jenes Vorhanges sich nicht vereinigen ließ. Man fasste den Beschluss, den Vorhang abzunehmen und ihn anders zu verwenden. Indes erfuhr **Herr Salomon** von dem sauberen Plane und erbat sich mittels eingeschriebenen Briefes sein Geschenk zurück; und seinem Wunsche wurde willfahrt. So geschehen in Koblenz mit einem Manne, unter dessen Ägide Friede und Ruhe in der Gemeinde stets geherrscht, der nie Jemanden brüskiert, der allen ein Wohltäter, Freund und Berater gewesen. Der traurige Verlust, den die Gemeinde erlitt, rief in mir die Erinnerung jener skandalösen Affäre wieder wach. Mit dem Tode dieses Mannes, den man übermorgen ins Grab senkt, geht die Erinnerung an die ihm angetane Schmach in den Herzen seiner zahlreichen Freunde wieder frisch auf.“*

---

<sup>69</sup> Zit. nach:

[https://www.alemanniajudaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%3BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule](https://www.alemanniajudaica.de/koblenz_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%3BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule) „Zum Tod des langjährigen Gemeindevorstehers Leopold Salomon (1900)“ (Zugriff: 25. April 2023).

Dieser Artikel zum Tod des früheren **Repräsentantenvertreters Leopold Salomons** endete mit einem Ausblick, der Hoffnung auf eine Besserung des Gemeindelebens machen sollte und der erst recht für den Tod des **Rabbiners Dr. Singer** gelten konnte:

*„Und angesichts dieses göttlichen Eingreifens ziehen Friede und Versöhnung ein und wessen Herz noch einen Funken Mitleid und Mitgefühl aufzuweisen hat, ist bestrebt, den Bemitleidenswerten, die der grausame Tod eines Gatten und Vaters beraubte, zu helfen, sie zu trösten und ihre Zukunft zu einer lichten, sorgenlosen zu gestalten. Das ist die Perspektive, die sich der hiesigen Gemeinde eröffnet, das ist die Aufgabe der Verwaltung, der sie sich – die Anzeichen sind schon vorhanden – auch nicht entziehen wird. (...) Vielleicht dämmert einmal wieder die Morgenröte des Friedens in der hiesigen Gemeinde auf, zum Segen ihrer selbst und der ganzen jüdischen Welt.“*

Zu dieser „Morgenröte des Friedens“ gehörte die Kündigung des langjährigen **Religionslehrers und Vorbeters Friedberg**, die Neuwahl eines Teils des Vorstands und die Anstellung eines neuen Religionslehrers.<sup>70</sup> Damit war der Weg für eine umfassende Neubesetzung der religiösen Leitung frei. Allerdings stellte die Gemeinde keinen neuen Rabbiner ein, sondern bestimmte „nur“ den Nachfolger für den Religionslehrer und Vorbeter **Friedberg**. Dieser wurde **Benno (Benjamin) Huhn (1868-1940)**.<sup>71</sup> Er hatte sich – wie er sagte - „*zwar akademischen Studien gewidmet, sie aber nicht zu einem formellen Abschluss gebracht*“<sup>72</sup>. Seine Einstellung allein und der Verzicht auf einen Rabbiner waren möglich, weil ein Rabbiner „nur“ für die religiösen Angelegenheiten zuständig ist und eine Gemeinde und auch ein Gottesdienst ohne einen solchen geleitet werden kann. Trotzdem war ein solcher Verzicht für diese große Gemeinde Koblenz schon ungewöhnlich, Jahrzehnte zuvor hatte es immer einen Rabbiner hier gegeben.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1901 wurde **Benno Huhn** als Religionslehrer und Kantor angestellt. Ihm übertrug man auch das Amt eines Predigers, dies aber nur solange, bis ein Rabbiner in bzw. für die Gemeinde tätig werde.<sup>73</sup> Dieser Fall trat indessen während **Huhns** Amtszeit nicht ein. Sein Anstellungsvertrag entsprach im Wesentlichen dem des entlassenen **Religionslehrers Friedberg**. Er wies aber insoweit eine Besonderheit auf, als er eine Neutralitätspflicht forderte und in § 7 festschrieb: „*Herr Huhn verpflichtete sich in Bezug auf Gemeindeangelegenheiten zu strenger Neutralität und zur Enthaltung von jeder Agitation bei Gemeindewahlen.*“

Offenbar um die Bedeutung dieser Pflicht zu unterstreichen, war im selben Paragraphen die Kündigung des Vertrages geregelt. Darin hieß es:<sup>74</sup> „*Bei Zuwiderhandlungen gegen diesen Vertrag seitens des Herrn Huhn ist die Verwaltung, bestehend aus dem Vorstande und den Repräsentanten nach erfolgloser Verwarnung berechtigt, den Vertrag zu jeder Zeit, auch vor Ablauf desselben, durch sechsmonatige Kündigung aufzulösen und den Herrn Huhn aus dem Amte zu entlassen. In diesem Falle hat Herr Huhn nach dieser Frist an die Gemeinde keinerlei Ansprüche mehr.*“

Mit dem neu zusammengesetzten Vorstand und dem so verpflichteten **Prediger Huhn** ließen die Konflikte in der Gemeinde nach. **Huhn** prägte die Gemeinde dann lange und sehr wechselvolle Jahre im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts bis zum Jahr 1935 – also von der wilhelminischen Zeit des Deutschen Kaiserreichs, über die Zeit der Weimarer Republik bis in

---

<sup>70</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 112.

<sup>71</sup> Zu seiner Biografie: wie vor, S. 112-118.

<sup>72</sup> Wie vor,

<sup>73</sup> Vgl. dazu den Anstellungsvertrag mit Benno Huhn, LHA Ko, Best. 441 Nr. 25273, Bl. 39-45 (39).

<sup>74</sup> Wie vor, Bl. 44f.

die ersten Jahre des „Dritten Reiches“. Eine damals Jugendliche, die 1915 geborene **Hilde Jordan (geb. 1915)**<sup>75</sup>, beschrieb ihn im Nachhinein so:<sup>76</sup>

*„Herr Prediger Huhn machte auf mich immer einen großen Eindruck, seine Predigten waren sehr feierlich. Er gab uns auch Religionsunterricht, aber wenn ich jetzt daran zurückdenke, bedauere ich sehr, dass der Unterricht nicht nachhaltiger war. Wir hätten doch mehr profitiert, wenn man uns mit der Kultur des Judentums bekanntgemacht hätte, statt allen Unterricht nur auf die Bibel zu beschränken. Zum Glück füllte unser Vater zu Hause die Lücken aus.“*

**Kurt Hermann (geb. 1918)**, ein drei Jahre jüngerer Freund Hilde Jordans, ergänzte in seiner Autobiografie<sup>77</sup> dieses Bild des **Predigers Huhn** noch:

*„Bestimmend (für die Gemeinde, Erg. d. A.) war der **Prediger Huhn**, ein eingefleischter Gegner des Zionismus. Wäre nicht er, sondern früher **Rabbiner Vogelstein**<sup>78</sup> in der Gemeinde tätig gewesen, wären heutzutage noch mehr Koblenzer Juden am Leben. Ja, **Prediger Huhn!** Das war nicht nur ein Titel (der ihm übrigens mangels der Anerkennung als Rabbiner angehängt wurde), sondern es war ein Begriff. Seine Kenntnis des Talmuds<sup>79</sup> und der verschiedenen Auslegungen mag zwar mangelhaft gewesen sein, aber den wahren Sinn der Bibel und der moralischen Verpflichtungen, die dem Menschen überhaupt und dem Juden insbesondere auferlegt sind, verstand er. Er machte sie auch zum Inhalt seiner Predigten. Bei **Prediger Huhn** lernten wir ‚Biblische Geschichte‘ und Hebräisch lesen.<sup>80</sup> Leicht hatte er es bestimmt nicht mit uns. Ehrlich gesagt glaube ich, dass uns der Besuch in der Eisdielen in der Casinostraße auf dem Weg zum Religionsunterricht wichtiger war als der ganze Unterricht. Und doch, das Eis schmolz und die Quintessenz, die Moral dessen, was **Prediger Huhn** lehrte, blieb. Nächstenliebe trotz allem und ein unerschütterlicher Glaube an das Gute - das Göttliche im Menschen, auch wenn Satan das Schlechte und die Unmoral zu siegen scheinen.“*

## 5. Die Gemeindemitglieder

Die Gründe für diese Beruhigung waren sicherlich vielfältig. Zum Teil hatten die in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende sich verschärfenden Probleme mit den Personen zusammengehangen und wurden dann geringer, als an ihre Stelle andere Personen traten. Zum

---

<sup>75</sup> Vgl. zu ihr die Dokumentation von Joachim Hennig: „All das war doch so schön – aber aus meinen Lieben wurden Seifen und Lampenschirme gemacht.“ - Jüdische Koblenzer erinnern sich an Kindheit und Jugend, S. 102ff, auf dieser Homepage [https://www.mahnmarkoblenz.de/PDF\\_AUF/Kurt\\_Hermann.pdf](https://www.mahnmarkoblenz.de/PDF_AUF/Kurt_Hermann.pdf)

<sup>76</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 112.

<sup>77</sup> Vgl. Kurt Hermann/Benjamin Bar Jehuda: Erinnerungen an Koblenz 1918-1935, jetzt in der Dokumentation von Joachim Hennig: „All das war doch so schön – aber aus meinen Lieben wurden Seifen und Lampenschirme gemacht.“ - Jüdische Koblenzer erinnern sich an Kindheit und Jugend, veröffentlicht auf dieser Homepage: [https://www.mahnmarkoblenz.de/PDF\\_AUF/Kurt\\_Hermann.pdf](https://www.mahnmarkoblenz.de/PDF_AUF/Kurt_Hermann.pdf) (S. 23f.).

<sup>78</sup> Rabbiner Dr. Max Vogelstein (1901-1984). war Rabbiner in Koblenz von 1935 bis zu seiner Auswanderung 1938. Vgl. zu ihm im Einzelnen: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 118-139.

<sup>79</sup> Der Talmud (hebräisch תלמוד, deutsch Belehrung, Studium) ist eines der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums. Er besteht aus zwei Teilen, der älteren Mischna und der jüngeren Gemara. Der Talmud enthält selbst keine biblischen Gesetzestexte, sondern zeigt auf, wie diese Regeln in der Praxis und im Alltag von den Rabbinern verstanden und ausgelegt wurden. Vgl. dazu auch: <https://de.wikipedia.org/wiki/Talmud> (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>80</sup> Die Unterweisung in biblischer Geschichte und in Hebräisch waren die üblichen Inhalte des von den jüdischen Gemeinden angebotenen privaten Religionsunterrichts.

Teil war die Entwicklung aber auch den Zeitläuften geschuldet.

Ab 1895 und bis zum Ersten Weltkrieg nahm die Wirtschaft in Deutschland wieder einen großen Aufschwung, das Land erlebte einen Modernisierungsschub. Bis 1913 verdoppelten Industrie und Handwerk ihre Produktion, Deutschland wurde zur Exportnation. Die Gewinne der Unternehmer stiegen und auch die Löhne der arbeitenden Bevölkerung. Insgesamt nahm der Wohlstand zu. **Kaiser Wilhelm II.** gab - allerdings großspurig – die Richtung an: „*Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen.*“

An dieser neuerlichen Prosperität nahm auch die jüdische Bevölkerung teil. Sie hatte sich sehr weitgehend akkulturiert, verbürgerlicht, sich die Kultur der Mehrheitsgesellschaft, die „deutsche“ Kultur angeeignet und am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen begonnen.

Der bereits für die **Familien Seligmann** und **Mayer(-Alberti)** zuvor<sup>81</sup> aufgezeigte wirtschaftliche Aufstieg hatte an Breite und Tiefe zugenommen. Um die Jahrhundertwende zählte die große Mehrheit der rheinischen Juden zum städtischen Bürgertum (und auch zum ländlichen Mittelstand). Über dieser bürgerlichen Schicht rangierte eine kleine Gruppe von Großunternehmern und Privatbankiers, die – wie die **Seligmanns** und **Mayer-Albertis** - zur städtischen Oberschicht gehörten. Unter der bürgerlichen Schicht befand sich eine kleinbürgerliche Schicht aus Krämern und Handwerkern, Verkäufern, Buchhaltern und Handlungsreisenden sowie jüdischen Volksschullehrern und Beamten der jüdischen Gemeinden. Arbeiter, Dienstboten, Hilfskräfte und Gelegenheitshändler bildeten eine Unterschicht, deren Umfang gering war. Da die Juden auch in der kleinbürgerlichen Schicht häufig selbständig waren, lebten sie vielfach in einem bescheidenen, aber doch überdurchschnittlichen Wohlstand.<sup>82</sup>

Diese Entwicklung, vor allem der wirtschaftliche Aufstieg, hatte zum einen zur Folge, dass in der Gemeinde einflussreiche Juden zum Christentum konvertierten und so der Gemeinde verlorengingen. Das galt etwa für die bereits erwähnte **Familie Seligmann** und auch für Teile der **Familie Landau**. Die Juden konvertierten dabei mehr oder minder aus eigenem Antrieb. Manche taten das aus Überzeugung, andere aus Pragmatismus. Jedenfalls für die Juden, die nicht stark glaubensmäßig gebunden waren, war es keine existenzielle Entscheidung. Wer Drei-Tage-Jude war – als solche bezeichnete man die, die ihren Gottesdienstbesuch häufig auf das jüdische Neujahrsfest, den Versöhnungstag (Jom Kippur) und vielleicht den Todestag von Vater oder Mutter beschränkten<sup>83</sup> -, dem fiel der Übertritt nicht schwer. Er praktizierte die neue Religion wie die alte. Ähnlich war es bei den „Weihnachtsjuden“. So nannte man die, die sowohl jüdische als auch christliche Feste und Weihnachten mit einem Tannenbaum als ein deutsches Volksfest feierten.<sup>84</sup> Auch ihnen fiel der formelle Glaubenswechsel nicht schwer.

Zum anderen - und das wirkte sich unmittelbar auf die Situation in der Gemeinde aus – verlor die Religion durch den wirtschaftlichen Aufstieg und die Akkulturation an Bedeutung bzw. wurde hinterfragt und aus einem anderen Blickwinkel betrachtet.

---

<sup>81</sup> Vgl. Teil 1, für Familie Seligmann S. 92ff und für Familie Mayer (-Alberti) S. 110ff.

<sup>82</sup> So: Yvonne Rieker/Michael Zimmermann: Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid, in: Michael Zimmermann (Hg.): Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen, 1998, S. 141ff (154).

<sup>83</sup> Vgl. Steven M. Lowenstein: Das religiöse Leben, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flor/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band III, Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 101-122 (105f.).

<sup>84</sup> S. Amos Elon: Zu einer anderen Zeit. Porträt der jüdisch-deutschen Epoche (1743-1933), 2003, S. 230.

So war es nur noch eine Minderheit, die ein starkes Interesse am religiösen Leben hatte. Vielen Juden in den Großstädten und auch großen Mittelstädten wie Koblenz war die Religion nicht mehr so wichtig. Sie gehörten zwar zur jüdischen Gemeinde, zahlten auch weiterhin die (inzwischen gesetzlich vorgeschriebenen) Gemeindesteuern, nahmen aber nur noch gelegentlich am Gemeindeleben teil. Es prägte sich das aus, was der Artikel anlässlich des Todes von **Leopold Salomon** – sicherlich übertrieben – als die „Hochburg des religiösen Indifferentismus“ charakterisierte.

## 6. Exkurs: Die jüdische Familie Schloß

Eine sehr einflussreiche jüdische Familie in Koblenz war die **Familie Schloß**, sie war auch jüdisch geblieben und nicht zum Christentum konvertiert. Die **Familie Schloß** war der **Familie Tietz** durch Heirat verbunden.

Die **Familie Tietz** gehörte zu den Warenhaus-Königen jener Zeit.<sup>85</sup> Die zündende Idee hatte **Leonhard Tietz (1849-1914)**, dessen Biographie treffend „*Vom Fuhrmannssohn zum Warenhauskönig*“ und „*Von der Warthe an den Rhein*“ betitelt ist.<sup>86</sup> Geboren in Birnbaum, einem Ort in der damaligen preußischen Provinz Posen begann **Leonhard Tietz** als Reisender. Mit seiner **Ehefrau Flora, geb. Baumann (1855-1943)**, seiner Jugendliebe, eröffnete er im Jahr 1879 sein erstes eigenes „Garn-, Knopf-, Posamentier- und Woll-Waren-Geschäft“ in Stralsund. Aus diesem kleinen Laden heraus betrieb er sowohl einen Groß- als auch einen Einzelhandel. Schritt für Schritt machten sich die Eheleute neue Methoden des Handels zu eigen und setzten sie um. Das Geschäft durfte – für uns Heutige gar nicht anders vorstellbar – ohne Kaufzwang betreten werden. Die Preise wurden nicht – wie allgemein üblich - je nach Kunde festlegt, sondern sie waren Festpreise, mit denen alle Artikel ausgezeichnet waren. Der Verkauf erfolgte nur gegen bar, ein Umtausch gekaufter Waren war möglich. Darüber hinaus gab es Sonderangebote, die noch knapper kalkuliert waren als das normale Sortiment. Die Waren wurden zudem in den dekorierten Schaufenstern werbewirksam angeboten. Anzeigen in lokalen Zeitungen sorgten für weitere Aufmerksamkeit und Kauflust.

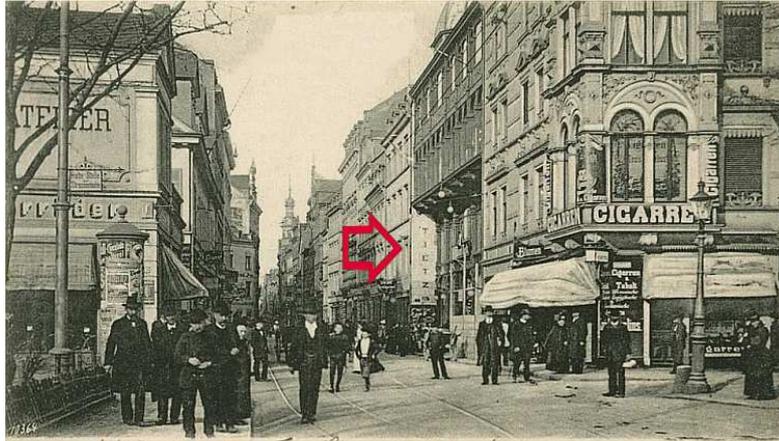
Schon bald expandierte **Leonhard Tietz** nach Bayern und eröffnete Läden in Schweinfurt und Amberg. Dann ging es nach Westen, gründete erst eine Filiale in Elberfeld (heute: Wuppertal-Elberfeld) und dann in Barmen (heute: Wuppertal-Barmen). Nach dem ersten Geschäft in Köln wurde der Laden in Koblenz eröffnet. In der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Unternehmens im Jahr 1930 hieß es zu der Filiale in Koblenz:<sup>87</sup>

*„Zu den ältesten Tietz-Häusern gehört Koblenz. Die Filiale wurde 1890 in einem kleinen Lokal in der Löhrrstraße (Nr. 1, als Kurz-, Woll-, Weiß- Manufakturwarengeschäft) eröffnet und erfreute sich sofort so großer Beliebtheit, dass man schon nach einem Jahr eine Erweiterung vornehmen musste. Nach weiteren sechs Monaten erfolgte die zweite Vergrößerung. Im Jahre 1895 eröffnete man ein neues Haus in der Löhrrstraße, das schon im Jahre 1901 einem Neubau am anderen Ende der Löhrrstraße Platz machen musste. Auch dieses Haus erwies sich wieder als zu klein, und im März 1911 wurde dann das heute noch bestehende Gebäude errichtet.“*

---

<sup>86</sup> So: Nils Busch-Petersen: Leonhard Tietz. Fuhrmannssohn und Warenhauskönig von der Warthe an den Rhein“. 2014.

<sup>87</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 246.



Blick vom Löhrrondell in die Löhrrstraße,  
rechts das dritte Haus war das Warenhaus Tietz, um 1930.

Nicht nur **Leonhard Tietz'** Geschäftsidee war neu und originell, sondern etwa auch seine Personalpolitik an der Spitze der Häuser. Dabei war ihm erst in zweiter Linie das Fachwissen wichtig, entscheidend war für ihn das Vertrauen in die Person. So kam es, dass er jedenfalls die ersten Häuser mit Verwandten besetzte, mit eigenen Verwandten und Verwandten seiner Frau. So gab er die Läden in Bayern an seine Verwandten, das Geschäft in Elberfeld an den älteren Bruder seiner Frau, **Max Baumann (geb. 1860)**, der nach sechsjährigem Aufenthalt in Südafrika wieder nach Deutschland zurückgekehrt war.

Ganz ähnlich war es in der Koblenzer Filiale. Ihr Leiter wurde der Cousin seiner Frau **Louis Schloß (1854-1936)**.



Louis Schloß, der langjährige Leiter der Koblenzer Warenhauses Tietz.

Auch **Schloß** stammte nicht aus dem Fach, hatte aber das volle Vertrauen von **Leonhard Tietz**. Zu ihm hieß es in der Firmengeschichte zum 50. Jubiläum 1930:<sup>88</sup>

*„Im Jahre 1890 wurde Barmen eröffnet und im gleichen Jahre das Haus in Koblenz, in dem **Louis Schloß**, sein Vetter, die Geschäftsführung übernahm. Obwohl **Louis Schloß** bis zu seinem dreiunddreißigsten Jahre im Bankfach tätig gewesen und erst zwei Jahre vorher in die Firma eingetreten war, konnte man ihm mit voller Zuversicht die Führung des neuen Geschäftes übertragen. **Leonard Tietz'** sicherer Blick für Menschen hatte auch hier wieder*

<sup>88</sup> Zit: nach: 50 Jahre Leonhard Tietz 1879/1929, 1929, S. 11.

*den richtigen Mann für den richtigen Platz gefunden. Das hat die Entwicklung des Koblenzer Hauses bewiesen.“*

**Leonhard Tietz'** Blick für Menschen und sein Familiensinn führten übrigens noch dazu, dass die im Jahr 1897 eröffnete Filiale in Mayen von **Louis Schloß' Bruder Albert** geleitet wurde. Im Jahr 1905 beendeten **Leonhard Tietz** und seine Verwandten die Leonhard Tietz Kommanditgesellschaft und gründeten die Leonhard Tietz Aktiengesellschaft. Gründer waren neben **Leonhard Tietz** die beiden Brüder seiner Frau, **Sally (gest. 1918) und Max Baumann**, sowie **Louis Schloß** und **Willy Pintus (gest. 1920)**, beides Cousins seiner Frau. Alle hatten damals schon langjährige Erfahrung in der Geschäftsführung und waren mit eigenem Geld in dem Unternehmen engagiert. Das Gründungskapital betrug 10 Millionen Mark, von denen sechs Millionen **Leonhard Tietz** und jeder der vier Mitgründer jeweils eine Million übernahmen. In den ersten Jahren blieb die Aktiengesellschaft noch in den Händen der Gründer, 1909 ging die Leonhard Tietz AG an die Börse.<sup>89</sup>

Der zuvor erwähnte Wirtschaftsboom zwischen 1895 und dem Ersten Weltkrieg kam auch den Firmen Tietz zugute, brachte er doch nicht nur den Industrieunternehmen und den sie finanzierenden Banken einen weiteren Aufschwung, sondern auch den vielen Arbeitern und Angestellten Arbeit, Brot und Geld – und das Geld konnten sie in ihren Konsum stecken. Das geschah auch und war der Anfang einer massenhaften Konsumkultur, die die Kaufhäuser mit einem Universum der Warenwelt befeuerten, wie es bisher noch nie unter einem Dach zusammengefasst war.

## 7. Engagement bei der Wohltätigkeit

Der neuerliche wirtschaftliche Aufstieg war für die wohlhabenden und reichen Koblenzer Juden und für die zum Christentum Konvertierten Voraussetzung und Anlass ihrer Wohltätigkeit. Aus moralischen und traditionellen Gründen sahen sich die Honoratioren zur sozialen Fürsorge, zur Armen- und Krankenpflege, zur Unterstützung von Witwen, Waisen und anderer auf Hilfe angewiesener Personen, verpflichtet. Die Wohltätigkeit, die Zedaka, war ein jüdisches Gebot (Mitzwa), das jüdische Männer und Frauen gleichermaßen verpflichtete. Um die Jahrhundertwende bekam das Gebot einen Modernisierungsschub und eine große Bedeutung.

Dies geschah vor allem durch wohltätige Stiftungen. Bedeutende Stifter waren Mitglieder der **Familie Mayer-Alberti**. So rief **Abraham Alberti (1800-1886)**, der Schwiegervater des bereits erwähnten **Mathias Mayer(-Alberti)** im Jahr 1879 die Alberti-Stiftung ins Leben, die „zur Hebung des Wissens und des Gewerbefleißes“, „befähigte Kinder anständiger, armer Eltern“ förderte, wobei die Konfession der Geförderten keine Rolle spielte.<sup>90</sup> **Mathias Mayer-Albertis Sohn Richard** gründete später die Richard-Mayer-Alberti-Stiftung, die Witwen und Waisen unterstützte, die ihre Ehemänner und Väter infolge des Ersten Weltkrieges verloren hatten.<sup>91</sup> Der bereits erwähnte **Louis Schloß**, Geschäftsführer des Koblenzer Kaufhauses Tietz, und seine Frau gründeten nach den Tod ihrer Schwiegertochter die Leni-Schloß-Baumann-Stiftung“, die unbemittelten jüdischen Wöchnerinnen eine Wochenbetthilfe gewährte.<sup>92</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Nils Busch-Petersen: Leonhard Tietz. Fuhrmannssohn und Warenhauskönig von der Warthe an den Rhein“. 2014, S. 41.

<sup>90</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 242;

<sup>91</sup> Wie vor.

<sup>92</sup> Wie vor, S. 115.

Mit diesen Stiftungen verfolgten die jüdischen Honoratioren auch weitergehende Ziele. Eines war es sicherlich, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Juden zu stärken. In einer Zeit, in der sich die jüdische Welt weiter säkularisierte, sollte die Gruppenidentität gefestigt werden, gerade dann auch, wenn vom Stiftungszweck her speziell hilfsbedürftige Glaubensgenossen gefördert wurden. Wenn die jüdische Gemeinde mittlerweile auch keine organische Einheit mehr wie früher war, es ihr an der Autorität über das Leben des einzelnen Juden mangelte und ihre juristischen Funktionen vom Staat wahrgenommen wurden, so blieb sie doch als religiöse und mildtätige Einheit bestehen. Sogar die meisten akkulturierten Juden waren ihr weiterhin verbunden und beteiligten sich zumindest gelegentlich am organisierten religiösen Leben.

Es waren aber nicht nur (Glaubens-)Juden, sondern gerade auch Honoratioren jüdischer Herkunft (also zum Christentum konvertierte Juden), die sich wohl­tätig stark engagierten. Ein solcher war **Gustav Seligmann**. Zum Andenken an seinen **Vater Bernhard** spendete er der Stadt für ein neues Entbindungs- und Wöchnerinnenheim 25.000 Mark. Dies wurde dann mit weiteren Spenden der **Familie Seligmann** als „Kaiserin-Augusta-Heim“ eingeweiht. Außerdem war **Gustav Seligmann** ein großer, aber stiller Wohltäter.<sup>93</sup>

Stifter waren auch ehemalige Koblenzer, die so ihrer Heimatstadt gedachten, wobei nicht bekannt ist, ob sie (noch) Glaubensjuden oder wie die **Seligmanns** zum Christentum konvertiert waren oder auch in Mischehe lebten. So spendete der inzwischen in Berlin lebende **Bankier Josef Goldschmidt** zum Andenken an seinen verstorbenen Vater der Gemeinde Ehrenbreitstein 5.000 Mark, um die Zinsen zum Besten der Armen und ohne Rücksicht auf das Bekenntnis zu verwenden.<sup>94</sup> Und der Fabrikant **Joachim Wilhelm Salomon**, der in Hamburg lebte, gründete zum Andenken an seine Frau die Elfriede-Salomon-Stiftung für die Bedürftigen der Stadt Koblenz.<sup>95</sup> Weitere, nicht näher bekannte Stiftungen waren die Bragsche Stiftung, aus der die Errichtung der Leichenhalle finanziert wurde, die Druckersche Stiftung, die Beyfußsche Stiftung und nach dem I. Weltkrieg die Adler-Stiftung.<sup>96</sup>

Bei diesen Stiftungen, sofern sie unabhängig von der Konfession wohl­tätig waren und damit auch Christen zugutekamen und deren Stifter zum Christentum konvertierte ehemalige Juden waren, spielte die jüdische religiöse Pflicht wohl keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Den Wohltätern ging es dabei sicherlich auch darum, Dank abzustatten – Dank für die gelungene Emanzipation und den wirtschaftlichen Aufstieg. Angesichts des grassierenden Antisemitismus war ein Motiv sicher auch der Wunsch um Anerkennung – für sich und für die jüdische Sache überhaupt. Schließlich nutzten die dem Bürgertum angehörenden Juden (wie auch die Nichtjuden) ihre Wohl­tätigkeit, um ihre gesellschaftliche Position zu bestätigen und zu festigen. Außer den Stiftungen waren auch andere Organisationen wohl­tätig, dies allerdings beschränkt auf die jüdischen Glaubensbrüder und -schwestern. Das war zum einen die jüdische Loge B'nai B'rith. Sie war im Jahr 1843 in den USA von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet worden. Wenn sie auch Loge und ihre Versammlungsorte Logen genannt wurden, so war sie keine Freimaurerloge, ihre Tätigkeit war nicht religiös, sondern vielmehr philanthropisch, getreu dem Motto: Wohl­tätigkeit,

---

<sup>93</sup> Vgl. Ulrich Offerhaus: Gustav Seligmann (1849-1920). Mitbegründer und Schatzmeister des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: Rheinische Heimatpflege, 55. Jg. 2018, S. 273f.

<sup>94</sup> So: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 226.

<sup>95</sup> Vgl. Edith Schwalbach-Kulla: Die jüdische Gemeinde, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Zeit bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, 1993, S.310.

<sup>96</sup> S. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 114f

Bruderliebe, Eintracht. Seit 1882 gab es diese Loge in Deutschland, bald danach auch in Koblenz. Hier nannte man diese jüdische Selbsthilfeeinrichtung Eintrachtloge. Die Logen, und damit auch die Koblenzer, finanzierten Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, der Arbeitsvermittlung und jüdische Jugendorganisationen. Zudem waren sie für die Bildung und Geselligkeit aktiv.<sup>97</sup>

Eine bedeutende Einrichtung der Wohltätigkeit war die Jacoby'sche Heil- und Pflegeanstalt in Sayn (heute: Bendorf-Sayn). Der dort lebende **Kaufmann Meier Jacoby (1818-1890)** gründete sie im Jahr 1869 für jüdische Nerven- und Gemütskranke. Später, wohl im Jahr 1960, schilderte der in Uruguay lebende Enkel von **Meier Jacoby Dr. Paul Jacoby (geb. 1889)**, deren Gründung so:<sup>98</sup>



Jakobysche Heil- und Pflegeanstalt, linkes Hauptgebäude, um 1910.

*„Die ‚Jacobysche Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke in Sayn bei Bendorf‘ wurde am 17. November 1869 von meinem **Großvater Meier Jacoby** gegründet. Als Vorstand der Synagogengemeinde Bendorf hatte er Gelegenheit, die jüdischen Kranken in beiden in Bendorf befindlichen Privat-Heil- und Pflegeanstalten zu besuchen. Aus folgenden Erwägungen kam er zur Gründung einer Anstalt für jüdische Nerven- und Gemütskranke, nachdem er die Konzession von der Regierung bekommen hatte. Unter den jüdischen Kranken sind viele, besonders aus strenggläubigen Familien, die sich in den öffentlichen und privaten Anstalten nicht wohlfühlen., in erster Linie stört sie das ihren religiösen Geboten nicht entsprechende Essen, was häufig zur mangelhaften Ernährung, ja nicht selten zur völligen Nahrungsverweigerung führen kann. Sodann fehlt ihnen jede Möglichkeit gottesdienstlicher Betätigung und der Ausübung der in jüdischen Familien traditionellen Gebräuche. Aber selbst wenn man von dem rein religiösen Moment, dessen Einfluss bei Nervenkranken zwar nicht gering anzuschlagen ist, absehen will, gibt es noch andere Faktoren, die geeignet sind,*

<sup>97</sup> Vgl. Yvonne Rieker/Michael Zimmermann: Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid, in: Michael Zimmermann (Hg.): Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen, 1998, S. 181.

<sup>98</sup> Bericht über die Gründung (1869) und Entwicklung einer Heil- und Pflegeanstalt für jüdische Nerven- und Gemütskranke in Bendorf-Sayn, verfasst von dem Enkel des Gründers, Dr. Paul Jacoby, Uruguay, o. Dat. (etwa 1960). Abgedruckt in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945 (herausgegeben von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken. Band 3: Die Juden in ihrem gemeindlichen und öffentlichen Leben (Bearbeitet von Joachim Esperstedt, Werner Knopp, Kurt Watschke und Kristine Werner), 1972, Dok. 19, S. 348-351.

auf jüdische Kranke ungünstig einzuwirken. Trotz aller Aufsicht wird es sich nicht immer vermeiden lassen, dass sie von weniger gebildeten und zuweilen auch vom Pflegepersonal als Juden verspottet und beleidigt oder wegen ihres jüdischen Namens oder Aussehens gehänselt werden. Häufig genug mag es auch vorkommen, dass ein Kranker in übergroßer Feinfühligkeit oder in krankhaftem Misstrauen harmlose Bemerkungen als Beleidigungen auffasst, seine ganze Umgebung für antisemitisch hält, und so Beeinträchtigungsideen entstehen oder schon vorhandene bestärkt werden. Aus allen Gründen ist es wohl erklärlich, dass sich solche Patienten in Anstalten, die speziell für Juden bestimmt sind, in denen sie rituelle Kost erhalten und die Möglichkeit haben, alle sonstigen religiösen Pflichten und Gebräuche nach Belieben erfüllen zu können, behaglicher fühlen, und, da sie weniger ungünstigen Einwirkungen ausgesetzt sind, vielleicht auch schneller zur Genesung kommen. Zunächst waren es freilich nur wenige Kranke, die **M. Jacoby** in seinem Hause in Sayn verpflegte. Dann wurden Häuser hinzuerworben und zur Anstalt eingerichtet. Zuerst fungierte ein Arzt aus Bendorf, am 1.1. 1875 übernahm **Dr. Behrendt**<sup>99</sup> die Leitung, die er über 40 Jahre zusammen mit dem Schwiegersohn von **M. Jacoby**, **Dr. Rosenthal**<sup>100</sup>, innehatte. In den folgenden Jahren fanden noch bedeutende Verbesserungen statt, so dass 1886 schon 90 Kranke beherbergt werden konnten. 1887 nach dem Tod des Gründers übernahm sein **Sohn Benni**<sup>101</sup>, mein Vater, die Direktion der Anstalt und führte sie zu der Blüte und dem Ansehen, das die Anstalt im In- und Ausland genoss, und eine der größten Privat-Irrenanstalten von Deutschland wurde.



Jacoby'sche Heil- und Pflegeanstalt (Postkarte).

<sup>99</sup> Dr. Salomon Berendt (1848-1912), Arzt in der Jacoby'schen Anstalt vom 1. Januar 1875 bis zu seinem Tod 1912.

<sup>100</sup> Dr. Salomon August Rosenthal (1857-1926), Schwiegersohn von Meier Jacoby, war von Juni 1884 an der Jacoby'schen Anstalt tätig, 1912 wurde ihm der Ehrentitel Sanitätsrat verliehen.

<sup>101</sup> Benni Jacoby (1859-1910).

Die rituelle Aufsicht hatte **Rabbiner Dr. Weingarten** aus dem nahegelegenen Bad Ems. Zeitweise waren als Ärzte **Dr. Prager**<sup>102</sup>, **Dr. Margulies**<sup>103</sup> und **Dr. Leibowitz**<sup>104</sup> tätig, besonders nach dem Tode meines Vaters und **San.Rats Dr. Behrendt**. Nach dem Tode meines Vaters übernahm meine Mutter mit der Unterstützung meines Bruders, **Dr. Fritz Jacoby**<sup>105</sup>, jetzt New York und der meinigen die kaufmännische Verwaltung der Anstalt.“



Die Brüder Jacoby, Paul, Fritz und Manfred, Manfred fiel im Jahr 1915.

Viele Jahre, Jahrzehnte war die Jacoby'sche Heil und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn eine wichtige Einrichtung für jüdische Nerven- und Gemütskranke aus dem gesamten Deutschen Reich.

In der Zeit des Nationalsozialismus bekam sie, ehe sie dann geschlossen wurde, eine ganz besondere Bedeutung. Darüber wird später noch berichtet.

## 8. Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben

Die begüterteren Juden in Koblenz waren schon länger am öffentlichen Leben der Stadt interessiert und engagiert. Das begann mit **Moritz Feist**, dem ersten jüdischen Koblenzer Stadtverordneten, und mit **Leopold Seligmann**, dem ersten Geschworenen in preußischer Zeit.<sup>106</sup> Diese Positionen erreichten zunächst aber nur ganz wenige, die die Möglichkeit und das Stehvermögen hatten, sich gegen die Borniertheit und Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft und gerade auch deren einschränkenden und ausschließenden Vorschriften durchzusetzen.

---

<sup>102</sup> Dr. Prager, Assistenzarzt in der Jacoby'schen Heil- und Pflegeanstalt ab 1910.

<sup>103</sup> Dr. Margulies, Arzt ab 1912 in der Jacoby'schen Heil- und Pflegeanstalt.

<sup>104</sup> Dr. Leibowitz, war ab 1912 zusammen mit Dr. Rosenthal ärztlicher Leiter der Jacoby'schen Heil- und Pflegeanstalt.

<sup>105</sup> Dr. Fritz Jacoby (1888-1966).

<sup>106</sup> Vgl. Teil 1, S. 92.

Mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, der wirtschaftlichen Stellung und der fortgeschrittenen Akkulturation sowie dem gestiegenen Selbstbewusstsein der Juden waren die Voraussetzungen aber deutlich günstiger geworden. Die sich dadurch bietenden Chancen ergriffen die Juden mehr und mehr, auch die in Koblenz. In zahlreichen, zumal „gehobenen“ gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vereinigungen des öffentlichen Lebens waren sie inzwischen Mitglied, oft auch aktiv, gestaltend und verändernd tätig. Ganz überwiegend verstanden sie sich als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens, als Teil der nationalen und lokalen Gesellschaft und Kultur. Sie hatten die Metamorphose von geduldeten Untertanen zu aktiven Staatsbürgern geschafft, teilweise allerdings nach ihrer mehr oder minder freiwilligen Konvertierung zum Christentum. Vor allem bei der exklusiven Casino-Gesellschaft und im Verein der Musikfreunde Koblenz sowie in der Loge „Friedrich zur Vaterlandsliebe“ engagierten sich sehr angesehene Koblenzer Glaubensjuden bzw. inzwischen zum Christentum konvertierte Juden. Sie waren nicht nur Mitglieder dieser Vereinigungen<sup>107</sup>, sondern vielfach in führender Funktion tätig. Das war in außergewöhnlichem Maße bei den **Familien Seligmann** und **Landau** der Fall - und das über Generationen hinweg.

So war der **Kaufmann Heinrich Landau** langjähriger Meister vom Stuhl der Koblenzer Freimaurerloge „Friedrich zur Vaterlandsliebe“, erst von 1873/74 bis 1882/83 und dann nochmals von 1888/89 bis zu seinem Tod im Jahr 1900.



Das Logengebäude der Koblenzer Freimaurerloge „Friedrich zur Vaterlandsliebe“, um 1920.

Auch hatte er von 1891 bis zu seinem Tod im Jahr 1900 den Vorsitz im Verein der Musikfreunde Koblenz inne, war im Kreisvorstand der „Victoria-National-Invaliden-Stiftung, die sich um die Invaliden und Hinterbliebenen aus den Krieg 1866 kümmerte, und im Vorstand der Zweigstelle Koblenz des „Allgemeinen deutschen Sprachvereins“ sowie im Vorstand des „Wissenschaftlichen Vereins“. Außerdem engagierte er sich kommunalpolitisch und war Stadtverordneter von Koblenz.<sup>108</sup>

<sup>107</sup> In der Casinogesellschaft waren schon recht früh im 19. Jahrhundert Juden Mitglied, vgl. dazu: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 240f.

<sup>108</sup> Wie vor, S. 231.

Sein Sohn, **Amtsgerichtsrat Dr. Edwin Landau (1861-1941)**<sup>109</sup> tat es ihm nach und war von 1922 bis 1933 ebenfalls Vorsitzender des Vereins der Musikfreunde Koblenz.



Amtsgerichtsrat Dr. Edwin Landau.

Genauso vielfältig interessiert und engagiert wie die **Landaus** waren auch Vater und Sohn **Seligmann**. Noch vor **Heinrich Landau** und dann gleichzeitig mit ihm war sein Freund **Bernhard Seligmann** Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Koblenz. **Bernhard Seligmanns Sohn Gustav**<sup>110</sup> setzte dieses kommunale Engagement fort, war ebenfalls viele Jahre Stadtverordneter, von 1913 bis 1919 zugleich sogar unbesoldeter Beigeordneter.



Bankier Gustav Seligmann.

---

<sup>109</sup> Vgl. zu ihm und seiner Familie die Biografie:  
<https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/207-065-familie-edwin-landau-juedischer-amtsgerichtsrat-aus-koblenz>

<sup>110</sup> Vgl. zu den beiden bereits oben S. 19 und 32.

**Gustav Seligmann** war darüber hinaus aktives Mitglied in zahlreichen Vereinen und Verbänden: Mitbegründer des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege, stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Errichtung von Lungenheilstätten für Lungenkranke im Kreis Koblenz, Schatzmeister im Verein für Kunst- und Kunstgewerbe und Altertumsverein, im Flottenverein sowie im Verein der Vaterländischen Frauenvereine in der Rheinprovinz, außerdem Mitglied im Verschönerungsverein für Koblenz und Umgebung, im Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz, in der Rheinischen Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung und im Philharmonischen Verein sowie der Handelskammer zu Koblenz.<sup>111</sup>

**Vater und Sohn Seligmann** und **Heinrich Landau** waren aber nicht die einzigen (ehemaligen) Juden, die sich in dieser Zeit kommunalpolitisch engagierten. Mitglieder der Koblenzer Stadtverordnetenversammlung waren auch der **Bankier Wilhelm Goldschmidt** und **Carl Mayer**. **Goldschmidt**, Inhaber der „Goldschmidt-Bank“, die von 1868 bis 1900 in Koblenz existierte, gehörte von 1893 bis 1903 der Stadtverordnetenversammlung von Koblenz an.<sup>112</sup> **Mayer** war Stadtverordneter von 1902-1915.<sup>113</sup> Zuvor hatte er im Jahr 1892 noch eine ganz andere Ehrung erfahren, als er zum mexikanischen Konsul ernannt wurde.<sup>114</sup> Diese Auszeichnung stand im Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit. Als ältester Sohn von **Mathias Mayer** leitete er bis zu seinem Tod im Jahr 1915 die Papierwarenfabrik M. Mayer (Mayer-Alberti) zusammen mit seinen Brüdern **Simon Gustav**, **Richard** und **Willi**.

In anderen Bereichen waren Juden in Koblenz ebenfalls aktiv, auch in gesellschaftlichen Bereichen, in denen man es nicht auf Anhieb vermutet: nämlich im Koblenzer Karneval. So war der **Arzt Dr. Eugen Stern (geb. 1894)** ein begeisterter und guter Büttenredner, über den es hieß: *„Er hängt nicht nur mit Leib und Seele an seiner Vaterstadt, sondern auch am Karneval. Bei der Großen Koblenzer Karnevalsgesellschaft ist er nicht nur Elferratsmitglied, sondern auch vielbeklatschter Aktiver in der Bütt.“*<sup>115</sup>

Der **Kaufmann Moritz Moses, gen. Moser (geb. 1870)**, gehörte damals der Karnevalsausschuss der Stadt Koblenz an.<sup>116</sup> Laut einem Eintrag in dessen Karteikarte bei der Gestapo Koblenz war er auch „Präsident der Eintrachtloge“. Das lässt sich nicht weiter aufklären. Anfang 1939 floh **Moses/Moser** nach Amsterdam.<sup>117</sup> Dort verliert sich seine Spur. Fasnachter waren auch die **Schloßs. Louis Schloß** gehörte dem Beirat und Zugausschuss der Koblenzer Karnevalsgesellschaft an, sein **Sohn Alfred** hielt gern Büttenreden.<sup>118</sup> Der Vallendarer **Kaufmann Hermann Scheye (geb. 1867)** war im Jahr 1902 in Vallendar sogar Karnevalsprinz.

---

<sup>111</sup> Vgl. Ulrich Offerhaus: Gustav Seligmann (1849-1920). Mitbegründer und Schatzmeister des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: Rheinische Heimatpflege, 55. Jg. 2018, S. 272ff.

<sup>112</sup> S. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 225f.

<sup>113</sup> Wie vor, S. 239.

<sup>114</sup> Vgl.

[https://www.alemanniajudaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Zur%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Gemeinde%20„Carl Mayer wird zum mexikanischen Konsul ernannt \(1892\)“](https://www.alemanniajudaica.de/koblenz_synagoge.htm#Zur%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Gemeinde%20„Carl%20Mayer%20wird%20zum%20mexikanischen%20Konsul%20ernannt%20(1892)“) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>115</sup> Zit. nach: wie vor, S. 262.

<sup>116</sup> Wie vor, S. 265.

<sup>117</sup> Arolsen archives – Karteikarte Nr. 54461

<sup>118</sup> So: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 250.



Hermann Scheye, Karnevalsprinz der Vallendarer „Bemoosten“, 1902.

Scheye war Mitglied des Vallendarer Karnevalsverein „Die Bemoosten“, Juden hatten dort übrigens eine lange Tradition. Schon im Jahr 1845 gab es die ersten jüdischen „Bemoosten“.<sup>119</sup>

Damit prägten die Juden aus Koblenz (und Umgebung) das gesellschaftliche und kommunale Leben mit und erhielten auch die ihnen gebührende Anerkennung und Auszeichnungen. Das waren bei den Karnevalisten natürlich die Narrenorden. Aber auch in anderen Bereichen gab es für ihr Engagement die „verdiente“ Ehrung.

Eine besondere Auszeichnung erfuhr **Gustav Seligmann**. Ihm wurde 1905 der Ehrentitel Kommerzienrat und dann im Jahr 1918 noch der eines Geheimen Kommerzienrats verliehen.<sup>120</sup> Er war aber nicht der einzige so in Koblenz Geehrte. Kommerzienrat durfte sich auch **Anton Jordan** nennen. **Seligmann** und **Jordan** waren zwei von vielen jüdischen Kommerzienräten. Zwischen 1879 und 1900 waren in Preußen 16 Prozent der zum Kommerzienrat und 19 Prozent der zum Geheimen Kommerzienrat Ernannten Juden.<sup>121</sup> Diese und die folgenden Prozentzahlen muss man zum besseren Verständnis noch in Relation zur Gesamtbevölkerung setzen und sich vor Augen halten, dass in diesen Jahren nie mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung (Glaubens-)Juden waren.

Für Verdienste in berufsständischen Bereichen gab es für Juristen den Titel Justizrat. Diesen trugen die **Rechtsanwälte Dr. Bernhard Salomon** und **Dr. Isidor Brasch (1864-1936)**.<sup>122</sup> Justizrat war auch der zuvor erwähnte **Adolf Seligmann**.<sup>123</sup> Ihm hatte man nach seinem Jurastudium in den 1840er Jahren große Schwierigkeiten bereitet, Advokatanwalt zu werden; die Zulassung war ihm erst nach seiner Konversion zum Katholizismus gelungen. Als er im

---

<sup>119</sup> Wie vor, S, 151.

<sup>120</sup> Vgl.: Ulrich Offerhaus: Gustav Seligmann (1849-1920). Mitbegründer und Schatzmeister des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: Rheinische Heimatpflege, 55. Jg. 2018, S. 275.

<sup>121</sup> Vgl. Peter Pulzer: Die Reaktion auf den Antisemitismus, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 249-277 (269).

<sup>122</sup> Zu Dr. Isidor Brasch und seiner Familie: Joachim Hennig: Die jüdische Juristenfamilie Brasch, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 34. Jg., 2008, S. 525-545, veröffentlicht auf dieser Webseite: [https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_WDL\\_Brasch\\_2008.pdf](https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF_AUF/Print_WDL_Brasch_2008.pdf)

<sup>123</sup> Vgl. Teil 1, S. 95.

Jahr 1894 sein 50-jähriges Jubiläum als Jurist feierte, erhielt er dann noch den Roten Adler-Orden vierter Klasse.<sup>124</sup>

Frei praktizierenden Medizinern wurde für besondere Leistungen der Ehrentitel Sanitätsrat verliehen. Diese Ehre wurde u.a. dem Koblenzer Arzt **Dr. Carl Landau** zuteil. Für beamtete Ärzte gab es diese Ehrung nicht. Bei entsprechenden Leistungen erhielten sie aber andere Anerkennungen. So wurde der **Geheime Medizinalrat Dr. Salomon** im Jahr 1914 mit dem Kronenorden 3. Klasse ausgezeichnet.<sup>125</sup>

## 9. Patriotismus und Kaisertreue

Eine besondere Form des politischen und gesellschaftlichen Engagements war der Patriotismus und die Kaisertreue der jüdischen Menschen. Diese waren inzwischen politisch bewusster geworden. Begonnen hatte das – wenn auch nicht in Koblenz – bereits mit der Revolution von 1848 und gewissen liberalen Positionen dabei. Das setzte sich im Zuge des deutsch-französischen Krieges und der Reichsgründung fort. Sehr viele Juden waren kaisertreu, national und patriotisch gesinnt und engagierten sich auch dementsprechend. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Ansprache des Koblenzer **Rabbiners Dr. Moritz Singer** zum Sedantag 1885.<sup>126</sup>

Ein bedeutender Koblenzer Patriot war **Bernhard Seligmann**. Nach der Rückkehr seines **Sohnes Gustav** aus dem deutsch-französischen Krieg sorgte er mit einem Festkomitee für eine würdige Siegesfeier in Koblenz.<sup>127</sup> Über Jahre pflegte er mit seiner **Ehefrau Sara Rosalie, geb. Rosenik**, einen gesellschaftlichen und auch freundschaftlichen Kontakt zum preußischen Kronprinzenpaar, zu **Prinz Wilhelm von Preußen (1797-1888)** und seiner Gemahlin **Prinzessin Augusta (1811-1890)**. **Prinz Wilhelm**, der „Kartätschenprinz“ der 1848er Revolution, war 1850 „Militärgouverneur am Rhein und in Westfalen“ geworden und hatte Koblenz, die Hauptstadt der Rheinprovinz, zu seinem Amtssitz gemacht. Das Prinzenpaar, vor allem die bürgernahe **Prinzessin Augusta**, war dann noch häufig in Koblenz, auch nachdem ihr **Prinzgemahl Wilhelm** 1858 nach Berlin zurückkehrte war (erst als Regent, ab 1861 als König von Preußen und ab 1871 als **Deutscher Kaiser Wilhelm I.**).

Nach dem Tod **Kaiser Wilhelms I.** im Jahr 1888 - dem „Drei-Kaiser-Jahr“, mit **Wilhelm I.**, dessen Sohn **Friedrich III. (1831-1888)**, dem „99-Tage-Kaiser“, und wiederum dessen Sohn und neuem **Kaiser Wilhelm II. (1859-1941)** - und dem Tod **Kaiserin Augustas** im Jahr 1890 engagierte sich **Bernhard Seligmann** zusammen mit seinem Freund **Heinrich Landau** sowie einer Gruppe von Stadtverordneten für ein Denkmal zu Ehren von **Kaiserin Augusta** und **Kaiser Wilhelm I.** Und das gelang auch. Zunächst wurde das Kaiserin-Augusta-Denkmal in den Rheinanlagen errichtet. Es trägt noch heute die Widmungsinschrift:

*„Der unvergesslichen Kaiserin Augusta. Die dankbare Bürgerschaft der Residenzstadt Coblenz. Errichtet 1895-1896“.*

---

<sup>124</sup> Artikel in der Allgemeinen Zeitung des Judentums vom 20. April 1894. Zit. nach: [https://www.alemannia-judaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Berichte%20zu%20einzelnen%20Personen%20aus%20der%20Gemeinde](https://www.alemannia-judaica.de/koblenz_synagoge.htm#Berichte%20zu%20einzelnen%20Personen%20aus%20der%20Gemeinde) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>125</sup>So:

[https://www.alemannia-judaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Berichte%20zu%20einzelnen%20Personen%20aus%20der%20Gemeinde%20Alemannia%20Judaica%20Koblenz-Synagoge%20Gemeinde](https://www.alemannia-judaica.de/koblenz_synagoge.htm#Berichte%20zu%20einzelnen%20Personen%20aus%20der%20Gemeinde%20Alemannia%20Judaica%20Koblenz-Synagoge%20Gemeinde) „Auszeichnung für den Geheimen Medizinalrat Dr. Salomon (1914)“ (Zugriff: 8. März 2023).

<sup>126</sup> S. oben S. 17f.

<sup>127</sup> Vgl. dazu bereits oben S. 19.



Kaiserin-Augusta-Denkmal in den Koblenzer Rheinanlagen.

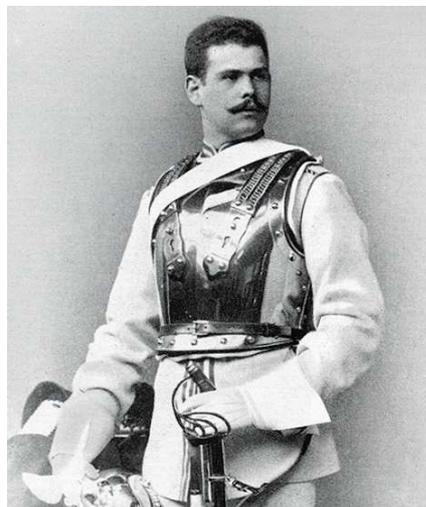
Ein Jahr später weihte man in Anwesenheit von **Kaiser Wilhelm II.** das Reiterstandbild dessen Großvaters am Deutschen Eck ein. Es zeigt – heute wieder – **Kaiser Wilhelm I.** in Generalsuniform mit wallendem Mantel. Beigegeben ist ihm ein geflügelter weiblicher Genius, der einen Lorbeerkranz und die Reichskrone präsentiert.



Das Denkmal des Kaisers Wilhelm I. am Deutschen Eck.

Damit trafen die Initiatoren dieses patriotischen Denkmals voll in das Herz der Koblenzer. Denn hier in der alten Behörden- und Garnisonsstadt prägte der überbordende Patriotismus und die Militarisation auch das zivile Leben. **Bernhard Seligmann** und **Heinrich Landau**, die beiden – ehemals jüdischen – Protagonisten dieser Denkmale erhielten für ihr patriotisches Engagement den Ehrentitel „Kommerzienrat“.

Mit solchen Titeln, die nichts kosteten und nichts veränderten, belohnte der monarchistische Staat gern auch Menschen jüdischer Herkunft. Nur zu gern hätten viele Juden ihren Patriotismus und ihre Kaisertreue – wie schon im deutsch-französischen Krieg – auch dann später als Soldaten gezeigt, Aber man ließ sie nicht. So sehr sie das auch wollten, trug doch keiner von ihnen die Reserve-Offiziersuniform. Von den nach 1880 in der preußischen Armee dienenden ca. 25.000 bis 30.000 ungetauften jüdischen Einjährig-Freiwilligen wurde kein einziger zum Reserveoffizier befördert. Noch im Jahr 1907 gab es in der Armee des Kaiserreichs unter 33.607 Offizieren und Beamten im Offiziersrang nur 16 Juden – diese aber sehr wahrscheinlich nicht einmal im preußischen Heer, sondern in der insoweit liberaleren bayerischen Armee.<sup>128</sup>



Walther Rathenau im Jahr 1891 als Vizewachtmeister im Garde-Kürassier-Regiment.

Welche Hemmnisse es gab und wie das auf die verschmähten Juden wirkte, wird deutlich etwa an **Walther Rathenau (1867-1922)**,<sup>129</sup> dem wohl bedeutendsten deutschen jüdischen Politiker. Aus einer großbürgerlichen Familie stammend, war es sein Jugendwunsch, Offizier zu werden. 1890/91 diente er als Einjährig-Freiwilliger beim Gardekürassier-Regiment. Selbst eifrigste Dienstleitung und großbürgerliche Herkunft halfen ihm nicht. Der „Jude Rathenau“ wurde nicht zum Offizier gewählt. Er wie fast alle jüdischen Offiziersanwärter scheiterten daran, dass die Offiziere in den einzelnen Regimentern ihre (zukünftigen) Kameraden selbst auswählten. Mit dieser Kooptation reproduzierte sich die vermeintliche Elite und die Kaste immer wieder selbst. **Rathenau** konnte letztlich nur bis zum Vizewachtmeister aufsteigen. Das war – wie er später schrieb – einer der „schmerzlichen Augenblicke“ seines Lebens.

---

<sup>128</sup> Vgl. Michael Berger: Sei stark und tapfer! Juden in Deutschen und Österreich-Ungarischen Armeen im Ersten Weltkrieg. Jüdische Frontkämpferbünde in der Weimarer und der Republik Deutschösterreichs, 2016, S. 53f.; s. auch: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 246.

<sup>129</sup> Vgl. zu ihm: Gerhard Hecker: Walther Rathenau und sein Verhältnis zum Militär, eine Skizze, in: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Im Auftrage des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 3. Aufl., 1987, S. 231-244; s. auch: [https://de.wikipedia.org/wiki/Walther\\_Rathenau](https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Rathenau) (Zugriff: 25. April 2023).

## 10. Westjuden und Ostjuden

Bei allem Bemühen der Juden um staatsbürgerliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe war ihre Situation an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert schwierig. Wenn ihnen auch gerade der wirtschaftliche Aufstieg gelungen war und sie vielfach Anerkennung gefunden hatten, so war ihr Status doch nicht unangefochten, Immer wieder aufs Neue mussten sie sich behaupten, ihren Platz verteidigen - und doch wurden sie vielfach zurückgestoßen oder ausgegrenzt. Wie widersprüchlich das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu ihnen und dadurch ihr Status war, machte etwa eine private Äußerung **Kaiser Wilhelms II. deutlich. Er, der im Jahr 1897 das von Koblenzer Juden maßgeblich geförderte Reiterstandbild seines Großvaters am Deutschen Eck eingeweiht und den Initiatoren für ihren Patriotismus und ihre Kaiserstreue Orden und Auszeichnungen verliehen hatte, äußerte wenige Jahre später bei einem Besuch in Großbritannien gegenüber dem britischen Außenminister: „Es gibt viel zu viele Juden in meinem Land. Sie müssten ausgemerzt werden.“**

Die Situation der deutschen Juden wurde durch die Entwicklung in Mittelost- und Südosteuropa noch schwieriger. Mit großer Sorge blickte man vor allem nach Russland, Rumänien und Galizien. Dort gab es viele Pogrome und die Folge waren mehrere Fluchtwellen in den Westen. Die jüdischen Flüchtlinge durchquerten abermals Deutschland, wie es die meisten ihrer Vorfahren vor 500 Jahren getan hatten – nur jetzt in umgekehrter Richtung.

Die Juden des Mittelalters waren damals vor der Pest und den Verfolgungen der Juden am Rhein und anderswo im Westen in den Osten geflohen.<sup>131</sup> In der frühen Neuzeit lebten in Osteuropa etwa 50.000 Juden, vor allem im heutigen Polen, in Litauen, an der Moldau und in der Bukowina. Die Lebensbedingungen dort waren relativ erträglich, sie fühlten sich sicherer als im Westen. In Städten wie Posen, Krakau, Lublin, Lemberg und Wilna hatten sie sogar gewisse Privilegien und eine weitreichend autonome Gemeindeverwaltung.

Nach den drei polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1795), mit denen die Adelsrepublik Polen-Litauen unter Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt wurde und Polen und Litauen als Staat bis zum Ende des Ersten Weltkriegs verschwanden, war Russisch-Polen entstanden. Dort hatte Russland ein Rayon für die Ansiedlung der Juden festgelegt, der von Kurland an der Ostsee über Teile des heutigen Belarus und der Ukraine bis zum Schwarzen Meer nach Bessarabien (heute: Republik Moldawien/Moldau) und Cherson (heute Ukraine) reichte.<sup>132</sup> An dieser Westgrenze des Zarenreichs wohnten die meisten Juden weltweit. Die polnischen Juden unter russischer Herrschaft arbeiteten als Handwerker, Pächter und Schankwirte. Zumeist lebten sie in bescheidenen, oft ärmlichen Verhältnissen, und es gab viele von ihnen. In manchen Städten und Dörfern lebten mehr Juden als Polen, Ukrainer oder Russen. Diese Juden hatten ihre religiöse, kulturelle und nationale Besonderheit bewahrt. Sie beachteten streng die Gesetze ihrer Religion und hatten sich nicht in die Kultur ihrer nichtjüdischen Nachbarn integriert. Sie unterschieden sich von ihrer Umwelt durch Kleidung und Lebensweise, durch Barttracht und Sprache. Unverändert pflegten sie jenes Idiom, das sie

<sup>130</sup> Zit. nach der Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages „Judenfeindschaft und Antisemitismus bei Kaiser Wilhelm II.“, 2007. S. 7; veröffentlicht in <https://www.bundestag.de/resource/blob/413384/3c88becac46c9ce290f4567d00a96e8a/wd-1-172-07-pdf-data.pdf> (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>131</sup> Vgl. Teil 1, S. 32.

<sup>132</sup> Vgl. dazu im Einzelnen: Leo Sievers: Juden in Deutschland. Die Geschichte einer 2000jährigen Tragödie, S. 198ff.; s. auch: [https://de.wikipedia.org/wiki/Juden\\_in\\_Mittel-\\_und\\_Osteuropa](https://de.wikipedia.org/wiki/Juden_in_Mittel-_und_Osteuropa) (Zugriff: 25. April 2023) und: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ansiedlungsrayon> (Zugriff: 25. April 2023).

einst aus Deutschland mitgebracht, mit slawischen Elementen angereichert und zu einer eigenen Sprache weiterentwickelt hatten: das Jiddische.



Musizierende Ostjuden.

Die sprichwörtliche Beschaulichkeit des „Schtetl“ hatte mit dem Regierungsantritt des judenfeindlichen **Zaren Nikolaus I. (1796-1855)** ein Ende. Ab 1825 begannen polnische und russische Juden nach Westen zu ziehen. War das anfangs nur eine zaghafte Abwanderung, so steigerte sie sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Die Pogrome nahmen zu, die Judenfeindlichkeit war in Russland am größten. Nach dem Bombenattentat auf den Reform-Zaren **Alexander II. (1818-1881)**, für das die Öffentlichkeit die Juden verantwortlich machte, gab es Gewaltakte in einem bislang nicht gekannten Ausmaß. Das russische Wort Pogrom („Verwüstung“) fand Eingang in das internationale Vokabular als Bezeichnung für besonders gewaltsame Übergriffe gegen eine bestimmte Volksgruppe. Mitverantwortlich für die Gewaltakte war der Nachfolger **Alexanders II.**, sein Sohn **Zar Alexander III. (1845-1894)**. Dessen Berater **Konstantin Pobjedonoszew**, ein fanatischer Slawophile, wusste für die Judenfrage eine simple Lösung: *„Ein Drittel muss auswandern, ein Drittel muss konvertieren, ein Drittel muss sterben.“*<sup>133</sup>

Juden sahen in dieser Politik einen Wendepunkt in der modernen jüdischen Geschichte. Die Pogrome lösten Flüchtlingswellen aus, erst in den Jahren 1881/82 und dann 1883 und 1884. Jahre später, an Ostern 1903 kam es in Kischinew (heute Chisinau) in Bessarabien zu einem ganz schlimmen Pogrom. Es war Auftakt zu einer Reihe noch blutigerer Gewalttaten bis 1906.

Eine Folge der Pogrome waren Flüchtlingswellen. Zwischen 1880 und 1910 flohen knapp zwei Millionen russische Juden. Eine wahre Flut von verängstigten, mittellosen jüdischen Flüchtlingen ergoss sich ins Reich. Trotz strenger Grenzkontrollen gelang es zehntausenden russischen, rumänischen und galizischen Juden, in den nächsten Jahrzehnten nach Deutschland zu fliehen. Meist waren es die Ärmsten der Armen. Deutschland war für sie ein Land, das ihnen, verglichen mit den russischen Zuständen, geradezu paradiesisch erschien.

<sup>133</sup> Zit. nach: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 248.

Hier konnten sie sich verständlich machen, sprachen sie doch einen – wenn auch sehr alten – Dialekt des Landes.

Die Juden kamen hierher, um zu bleiben oder um weiterzuwandern. Die meisten begaben sich freiwillig oder notgedrungen, weil sie nicht Fuß fassen konnten, auf eine Seereise über den Atlantik in eine ungewisse Zukunft. Mehr als eine Million russische Juden – manche sprechen von zwei Millionen – sollen zwischen 1882 und 1914 im Transit über deutsche Häfen die Überfahrt nach Nord- und Südamerika angetreten haben. Manche von ihnen landeten auch in England oder suchten ihre Heimstätte in Palästina.<sup>134</sup>

Die deutschen Juden kümmerten sich natürlich um ihre Glaubensgenossen. Sie nahmen sie zwar nicht mit offenen Armen auf, unterstützten sie aber mit Essen und Unterkunft und spendeten für die Flüchtlinge großzügig. Das geschah auch mit dem Hintergedanken, damit ihre Ausreise zu fördern. Der Weg dorthin war oft völlig unwürdig und geschah in versiegelten Zügen, tagelang waren sie eingeschlossen. Ein Augenzeuge berichtete: *„Wir Auswanderer wurden auf den Bahnhöfen zusammengetrieben, in die Waggons verladen und wie Vieh abtransportiert.“* In Hamburg und Bremen angekommen, warteten sie in geschlossenen Quarantänestationen auf ihre Einschiffung.<sup>135</sup>

Diese – später so genannten – Ostjuden waren meist ungeliebt und für viele ein Ärgernis. Gehässige Menschen und Antisemiten sagten ihnen nach, sie verbreiteten Krankheiten, Schmutz und Falschgeld; sie riefen nach einem Einwanderungsverbot und massenhafter Ausweisung dieser Menschen. Der Antisemit **Heinrich von Treitschke** beklagte schon früh die Zuwanderung der „Ostjuden“. In seinem Artikel „Unsere Aussichten“ schrieb er zum Auftakt des „Antisemitismusstreits“ dazu:<sup>136</sup>

*„Über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schar hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinde dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können. (...) Wir Deutschen (...) haben mit jenem polnischen Judenstamme zu tun, dem die Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei sehr tief eingepägt sind; er steht erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber. Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen – unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns Allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, dass auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge.“*

Aber auch die einheimischen Juden, die „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“, hatten ihre Probleme mit diesen Glaubensgenossen. Sie entwickelten Ängste und befürchteten eine Masseneinwanderung osteuropäischer Juden, die häufig der Orthodoxie nahestanden. Ihr Anblick war ihnen bisweilen peinlich, erinnerten sie sie doch an ihre ärmlichen und unkultivierten Vorfahren. Der Komponist **Gustav Mahler (1860-1911)** schrieb aus Lemberg in Ostgalizien (heute: Lwiw in der Ukraine) an seine Frau: *„Am possierlichsten sind doch die*

---

<sup>134</sup> Wie vor, S. 267f.

<sup>135</sup> Wie vor, S. 268.

<sup>136</sup> In: Preußische Jahrbücher, 44. Band (1879), S. 560-576 (572f.), zit. nach: [https://gehove.de/antisem/texte/treitschke\\_1.pdf](https://gehove.de/antisem/texte/treitschke_1.pdf) (Zugriff: 25. April 2023).

*polnischen Juden, die hier herumlaufen wie anderswo die Hunde. (...) Mein Gott, mit denen also soll ich verwandt sein?!“<sup>137</sup>*



Ostjuden in Wien, 1915.

Nicht wenige hatten die Sorge, die Antisemiten könnten diese „Fremdlinge“ zu weiterer Hetze auch gegen sie, die alteingesessenen, modernen, fortschrittlichen und in der bürgerlichen Gesellschaft angekommenen Juden benutzen. Die Befürchtungen nahmen dann später, im Ersten Weltkrieg an der Ostfront, beim Kontakt mit der dortigen multiethnischen, vor allem jüdisch geprägten Bevölkerung noch zu. Der Breslauer jüdische **Lehrer Willy Cohn** artikulierte das so:<sup>138</sup>

*„Die ungeheuren Menschenreservoirs des Ostens gießen, falls sie nicht daran gehindert werden, Jahr für Jahr ihre Massen nach dem Westen aus. Wir wollen unsere jüdischen Glaubensgenossen des Ostens, die vielleicht durch diesen Krieg zu Deutschland in engere Beziehungen treten, in jeder Weise zu heben suchen, (...) aber wir wollen und müssen auch zwischen ihnen und uns eine Scheidelinie errichten. (...) Sie in die Gemeinschaft des deutschen Judentums aufnehmen, hieße das Judentum zu einem undeutschen zu machen, und auf ‚deutsch‘ liegt der Schwerpunkt und soll er liegen.“*

Um die Jahrhundertwende waren zehn bis 15 Prozent der jüdischen Bevölkerung ausländischer Herkunft.<sup>139</sup> Die meisten Ostjuden ließen sich in Berlin und in anderen Großstädten sowie im Ruhrgebiet nieder. Dort fanden sie auch Kontakt zu schon früher geflohenen Glaubensgenossen. Koblenz, ohne viel Industrie und als Beamten- und Garnisonsstadt, war für sie auch mangels entsprechender Migrationsinfrastruktur nur wenig interessant.

---

<sup>137</sup> Zit. nach: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 267.

<sup>138</sup> Zit. nach: Jörn Leonhard: Exklusion und Gewalt. Deutsche Juden im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland, 2022, S. 93-104 (97).

<sup>139</sup> So: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 266.

Die Haltung der Koblenzer Synagogengemeinde war den Ostjuden gegenüber eher ablehnend und abweisend. Bezeichnenderweise hieß es schon in der Ausschreibung für einen Rabbiner im Jahr 1885, man wolle keinen Bewerber, der in den polnischen Landesteilen Preußens geboren sei.<sup>140</sup> Die Koblenzer Synagogengemeinde wartete lieber länger auf einen neuen Rabbiner und nahm eine unbefriedigende Zwischenlösung (mit der **Rabbiner Enoch**) in Kauf, als einen ostjüdischen, im Allgemeinen auch orthodoxen Rabbiner anzustellen. 1900 verzichtete man auf einen Rabbiner überhaupt und gab sich mit einem eher moderneren Prediger wie **Benno Huhn** zufrieden. Das ging so weit, dass man im Jahr 1909 einen Ostjuden nicht einmal als Schächter anstellen wollte. In der Suchanzeige im „Israeliten“ vom 15. April 1909 hieß es dazu:<sup>141</sup>

*"Die Synagogengemeinde Koblenz am Rhein sucht zum Herbst dieses Jahres (möglichst vor den Feiertagen) einen Schochet und Synagogendiener, der stimmlich begabt und Baal Kore sein muss, um eventuell den Vorbeter vertreten zu können. Ausländer ausgeschlossen. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind an den Vorstand zu richten."*

Erwähnen muss man in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass die Ostjuden strenggläubig und orthodox waren, und dies wohl auch bei den Entscheidungen der Synagogengemeinde eine Rolle spielte. Als sich eher modern und reformerisch verstehende Gemeinde wollte man kein orthodoxes Personal haben.

## 11. Gegen-Antisemitismus

Dem immer stärker werdenden Antisemitismus stellten sich in den 1890er Jahren verstärkt Juden und sympathisierende Nichtjuden entgegen und fanden sich in Vereinen zur Gegenwehr zusammen. Den Anfang machte im Jahr 1891 der Verein zur Abwehr des Antisemitismus, besser bekannt als Abwehrverein, ein Honoratioren-Verein, der mit der Stimme des liberalen Deutschlands sprach: Er war protestantisch, bürgerlich und patriotisch.<sup>142</sup> Schon bald hatte der Verein überwiegend jüdische Mitglieder. Nach dem Xantener Ritualmordvorwurf, mit dem Antisemiten den Tod eines fünfjährigen Jungen 1891 in Xanten zur weiteren Hetze gegen Juden missbrauchten,<sup>143</sup> genügte den jüdischen Honoratioren diese stellvertretende Interessenwahrnehmung nicht mehr. Sie beschlossen, den Schutz ihrer Rechte selbst in die Hand zu nehmen und gründeten im Februar 1893 in der Wohnung eines jüdischen Kommerzienrats in Berlin den „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (kurz: C.V).

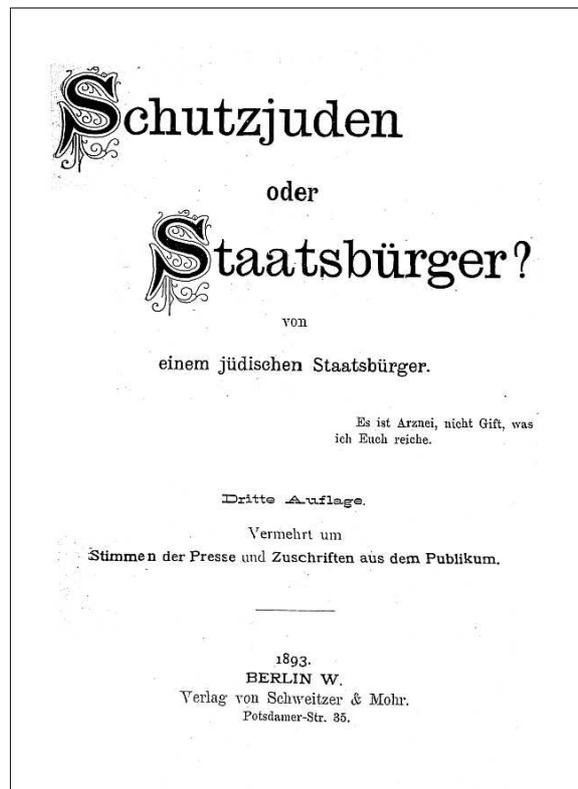
---

<sup>140</sup> Vgl. oben S. 17.

<sup>141</sup> Zit. nach: [https://www.alemannia-udaica.de/koblenz\\_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule%20„Ausschreibung der Stelle des Schochet und Synagogendiener \(1909\)“](https://www.alemannia-udaica.de/koblenz_synagoge.htm#Aus%20der%20Geschichte%20der%20j%C3%BCdischen%20Lehrer%20und%20der%20Schule%20„Ausschreibung%20der%20Stelle%20des%20Schochet%20und%20Synagogendiener%20(1909)“) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>142</sup> Vgl. Peter Pulzer: Die Reaktion auf den Antisemitismus, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 250f.

<sup>143</sup> Vgl. dazu im Einzelnen: [https://de.wikipedia.org/wiki/Xantener\\_Ritualmordvorwurf](https://de.wikipedia.org/wiki/Xantener_Ritualmordvorwurf) (Zugriff: 25. April 2023).



Titelseite der Schrift „Schutzjuden oder Staatsbürger?“

Auf der Grundlage der Schrift **Raphael Löwenfelds (1854-1910)** „Schutzjuden oder Staatsbürger? – Von einem jüdischen Staatsbürger“ stellte man folgendes programmatisch fest:<sup>144</sup>

1. *Wir sind nicht deutsche Juden, sondern deutsche Staatsangehörige jüdischen Glaubens.*
2. *Wir brauchen und fordern als Staatsbürger keinen anderen Schutz als den der verfassungsmäßigen Rechte.*
3. *Wir gehören als Juden keiner politischen Partei an. Die politische Anschauung ist wie die religiöse die Sache des Einzelnen.*
4. *Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität; wir haben mit den Juden anderer Länder keine andere Gemeinschaft als die Katholiken und Protestanten Deutschlands mit den Katholiken und Protestanten anderer Länder.*
5. *Wir haben keine andere Moral als unsere andersgläubigen Mitbürger.*
6. *Wir verdammen die unsittliche Handlung des Einzelnen, wes Glaubens er sei, wir lehnen jede Verantwortung für die Handlung eines einzelnen Juden ab und verwahren uns gegen die Verallgemeinerung, mit der fahrlässige oder böswillige Beurteiler die Handlung eines einzelnen Juden der Gesamtheit der jüdischen Staatsbürger zur Last legen.*

Der Name des Vereins war dabei die Standortbestimmung. Seine Mitglieder wollten deutsche Staatsbürger sein und ihr Judesein auf die Religion beschränken.<sup>145</sup> Immer wieder wurde der Satz des jüdischen Sprachwissenschaftlers und Philosophen **Heymann Steintal (1823-1899)**

<sup>144</sup> Zit. nach: „Im deutschen Reich“, Heft 1, Januar 1898, S. 5f.

<sup>145</sup> Vgl. im Einzelnen: Steven M. Lowenstein: Ideologie und Identität, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 278-301 (279ff.).

zitiert:<sup>146</sup> „Wir (...) können nur dann gute Juden sein, wenn wir gute Deutsche sind, können aber nur dann gute Deutsche sein, wenn wir gute Juden sind.“

Obwohl der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens als Honoratiorenverein in Berlin gegründet wurde, fand er bei den assimilierten Juden ganz Deutschlands breite Zustimmung. Zu seinen Anhängern und Mitgliedern gehörten vor allem die großstädtischen Glaubensgenossen, die in religiösen Fragen meist zu den liberalen gehörten. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs zählte der C.V. ca. 40.000 Mitglieder.

Auch in Koblenz hatte der C.V. zahlreiche Mitglieder und Anhänger. Hier gab es eine der vielen Ortsgruppen. Wann sie gegründet wurde und wie viele Mitglieder sie hatte, ist nicht bekannt. Wir wissen aber, dass der Mitinhaber der Großhandelsfirma für Lederwaren und Schuhe **Hugo Nahm (1874-1948)** im Jahr 1914 Vorsitzender der Koblenzer Ortsgruppe war.<sup>147</sup>

Allerdings war der C.V. nicht unumstritten. Es gab nicht nur deutsche Staatsangehörige jüdischen Glaubens, sondern auch Juden, die sich durch eine gemeinsame Abstammung und Geschichte verbunden fühlten und länderübergreifend eine nationale Gemeinschaft bildeten. Gestalt und Organisation nahm dieses national-jüdische Gefühl an mit dem österreichisch-ungarischen Schriftsteller und Journalisten **Theodor Herzl (1860-1904)**.<sup>148</sup>



Der Schriftsteller und Zionist Theodor Herzl.

Mit seinem 1896 erschienenen Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ sorgte er für eine Sensation, für große Begeisterung, aber auch für wütenden Widerstand. **Herzl** organisierte den ersten Zionistischen Weltkongress im Jahr 1897 in Basel, war Präsident der Zionistischen Weltorganisation und Gründungsvater des (politischen) Zionismus.

---

<sup>146</sup> Zit. nach: Peter Pulzer: Die Reaktion auf den Antisemitismus, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 261.

<sup>147</sup> S. dazu die Notiz in der Zeitschrift „Im deutschen Reich“, Heft 7-8, Juli-August 1914, S. 327.

<sup>148</sup> Vgl. zu seiner Biografie: [https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Herzl](https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Herzl) (Zugriff: 25. April 2023).

In Deutschland schlossen sich zur gleichen Zeit die national-jüdischen Juden in der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ (ZVfD) zusammen.<sup>149</sup> Sie hatte vor dem Ersten Weltkrieg ca. 10.000 Mitglieder. Teils wollte sie „nur“ einen Kolonisierungsplan zur Rettung leidender Ostjuden entwickeln, teils aber auch eine „*Bewegung (sein), die die Geister aufrütteln, die Kräfte des Judentums neu beleben soll(te)*“.<sup>150</sup>

Auch in Koblenz gab es Mitglieder des ZVfD, es waren aber nicht viele.<sup>151</sup> Die Bewegung passte nicht zur hiesigen Synagogengemeinde. So war der in der Gemeinde wichtige **Prediger Benno Huhn** ein entschiedener Gegner des Zionismus<sup>152</sup> und überhaupt sprach der Zionismus die Koblenzer Juden nicht an. Zunächst war er vor allem unter den Studenten verbreitet, aber Koblenz war keine Universitätsstadt. Zudem fand er im assimilierten Bürgertum und bei den Patrioten und Kaisertreuen nur wenige Anhänger – und davon gab in Koblenz ja sehr viele. Anhänger dürften die Zionisten vor allem bei den, allerdings nicht zahlreichen, Ostjuden in Koblenz gefunden haben. Denn der Zionismus hatte seine Wurzeln in Osteuropa. Zudem hatten die ostjüdischen Einwanderer keinen Zugang zum C.V., er nahm nämlich nur deutsche Staatsbürger auf.

Die Spannungen, ja die Gegnerschaft zwischen dem in Koblenz einflussreichen C.V. und der zionistischen Bewegung wird deutlich an einer Erklärung jüdischer Honoratioren von Februar 1914.<sup>153</sup> Diese auch von zwei Koblenzer Juden, dem **Justizrat Dr. Isidor Brasch** und dem **Sanitätsrat Dr. Carl Landau**, unterzeichnete Erklärung wandte sich in scharfer Form gegen die „*zionistische Agitation*“, die die humanitäre Arbeit des C.V. und anderer Vereinigungen „*schwer stört*“ und damit „*Streit und Unfriede hervorruft*“. Die „Erklärung“ ist ein Dokument der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, das es verdient, an Vorabend des Ersten Weltkriegs als Standortbestimmung auszugsweise zitiert zu werden:

*Die Zionisten suchen innerhalb des Judentums einen national-jüdischen Chauvinismus zu entfachen, der uns in schroffen Gegensatz zu unseren christlichen deutschen Mitbürgern bringen müsste, von denen uns jedoch nichts unterscheidet als unser Glaube. (...) Im Interesse der jüdischen Gesamtheit dürfen wir jedoch nicht länger zögern, eine sichtbare Scheidelinie zwischen uns und jenen zu ziehen. Für dieses Zerreißen der Judenheit müssen diejenigen verantwortlich gemacht werden, deren zügellose Agitation uns zu solcher Erklärung zwingt. Wir bitten unsere deutschen Glaubensgenossen in ihrer Gesamtheit, nach wie vor der Welt ein leuchtendes Beispiel zu geben, wenn es sich um Unterstützung Armer und Schwacher, um soziale Hilfeleistung, um Hebung geistiger und sittlicher Kräfte handelt. Ein weites Feld für solche Tätigkeit ist vorhanden. Wir wollen sie ausüben als gute Juden und gute Deutsche.*

## 12. Erster Weltkrieg

Nachdem am 26. Juni 1914 in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo der **österreichische Thronfolger Erzherzog Ferdinand** und seine **Frau Sophie** von einem bosnischen Studenten

---

<sup>149</sup> Dazu im Einzelnen: Steven M. Lowenstein: Ideologie und Identität, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 287ff.

<sup>150</sup> Wie vor, S. 293.

<sup>151</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 56.

<sup>152</sup> Vgl. dazu bereits oben S. 27.

<sup>153</sup> Veröffentlicht in: „Allgemeine Zeitung des Judentums“, Heft 6, vom 6. Februar 1914, S. 64f.

serbischer Herkunft ermordet worden waren, kam es zum Krieg, zum Ersten Weltkrieg, der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“.<sup>154</sup>

Am 1. August 1914 verkündete das Deutsche Reich zunächst die allgemeine Mobilmachung und dann, einige Stunden später, nachdem ein letztes Ultimatum an Russland ohne Wirkung geblieben war, die Kriegserklärung an das Zarenreich.<sup>155</sup> Zwei Tage später, am 3. August, erklärte Deutschland auch Frankreich den Krieg. So kam es, dass Russland zugunsten Serbiens, Deutschland zugunsten Österreichs, Frankreich zugunsten Russlands, und Großbritannien zugunsten Frankreichs militärisch eingriffen. Wie wir heute wissen, trug das Deutsche Reich am Ausbruch des Krieges nicht die alleinige Schuld, wohl aber lag die wesentliche Verantwortung bei ihm. Von Anfang an hatte es die Möglichkeit eines europäischen Krieges billigend in Kauf genommen.

Überall im Reich (und auch in den europäischen Metropolen) versammelten sich riesige Menschenmengen auf den Straßen und Plätzen und begrüßten begeistert den Kriegsausbruch. Tausende meldeten sich freiwillig zu den Fahnen und zogen in die Schlacht, als wäre alles nur ein großes Abenteuer. **Thomas Mann** drückte diese Gefühle in einem Satz aus: „Krieg! Es war Reinigung, Befreiung, was wir empfanden, und eine ungeheure Hoffnung!“



Deutsche Soldaten auf dem Weg zur Front in Frankreich, vermutlich August 1914.

Auch in Koblenz war die Begeisterung riesengroß. Am Nachmittag des 1. August versammelten sich Hunderte Bürger auf dem Jesuitenplatz, ließen Hurra-Rufe und den patriotischen Gesang der „Wacht am Rhein“ erschallen.<sup>156</sup> Am Tag darauf standen den Menschen in großen Trauben auf dem Clemensplatz zusammen und bewunderten den Auszug der Koblenzer Regimenter.

<sup>154</sup> Diese Kennzeichnung geht auf den US-amerikanischen Historiker und Diplomaten George F. Kennan zurück, Vgl. dazu: [https://de.wikipedia.org/wiki/Urkatastrophe\\_des\\_20.\\_Jahrhunderts](https://de.wikipedia.org/wiki/Urkatastrophe_des_20._Jahrhunderts) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>155</sup> Vgl. dazu und zum folgenden: Ludger Grevelhörster: Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreichs. -Geschichte und Wirkung, 2. Aufl, 2005, S. 33ff.

<sup>156</sup> Das Lied „Die Wacht am Rhein“ war mit dem Refrain: „Lieb’ Vaterland, magst ruhig sein, Fest steht und treu die Wacht, die Wacht am Rhein!“ die inoffizielle Nationalhymne, vgl. dazu: [https://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Wacht\\_am\\_Rhein](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Wacht_am_Rhein) (Zugriff: 25. April 2023).

Und die Juden – in Koblenz und überall im Deutschen Reich?

Sie konnten keinem aktiven jüdischen Offizier zujubeln, denn es gab im gesamten preußischen Heer keinen einzigen. Sie hatten in den Kriegen zuvor um ihre Anerkennung gekämpft<sup>157</sup>, sie blieb ihnen aber verwehrt. Diese Zurücksetzungen schlugen Wunden und waren sicherlich nicht nur bei **Walther Rathenau** einer der schmerzlichsten Augenblicke in ihrem Leben.<sup>158</sup> Vielen war damit der Aufstieg in der preußischen Militärgesellschaft verbaut, obwohl sie sich im Zivilleben immer wieder als patriotisch und kaisertreu bewiesen. Auch hatten sie im übrigen Staatsdienst vergeblich auf die Vollendung der formalen durch die endgültige Gleichberechtigung gewartet, um rein tatsächlich gleichwertige deutsche Staatsbürger und auch Staatsbeamte zu werden. Stattdessen mussten sie im gesellschaftlichen und politischen Bereich nach außen und nach innen kämpfen: einmal gegen den Antisemitismus und zum anderen gegen gewisse Formen des Zionismus.

Trotz alledem begrüßten die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit den Krieg ebenso wie die anderen Deutschen. Die meisten Deutschen, vor allem das städtische Bürgertum, waren kriegsbegeistert und im nationalen Hochgefühl. So auch der ganz überwiegende Teil der deutschen Juden, gehörten sie doch ganz überwiegend zum Bürgertum. Kritisch und zurückhaltend beurteilten den Kriegsausbruch eher die Arbeiter, die Land- und die Industriearbeiter, aber nur wenige waren Juden, erst recht wenige in Koblenz.

Dementsprechend veröffentlichte der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zum Kriegsbeginn am 1. August 1914 folgenden Aufruf:<sup>159</sup>

*„An die deutschen Juden!*

*In Schicksal ernster Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen.*

*Dass jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich.*

*Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterland zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle – Männer und Frauen – stellet Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“*

Die Rabbiner wollten diesem Bekenntnis zu Patriotismus und Kaisertreue nicht nachstehen. Mit den Worten: *„Liebt nächst Gott das Vaterland!“* riefen sie Anfang August 1914 die jüdische Bevölkerung dazu auf, ihren Beitrag zur Verteidigung Deutschlands zu leisten.<sup>160</sup>

Viele junge Deutsche jüdischen Glaubens folgten diesen Aufrufen aus Patriotismus. Sie hatten dabei aber auch Hintergedanken und sahen durch ihren Kriegsdienst die Chance, endlich die immer noch ausstehende gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten. Der **Fliegerleutnant Josef Zürndorfer**, der mit seinem Flugzeug 1915 tödlich abstürzte, brachte es in seinem Testament auf den Punkt: *„Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, um mein bedrängtes*

---

<sup>157</sup> Berühmt ist auch der jüdische Soldat Doderer Schmul, der in der napoleonischen Armee gekämpft hat, vgl. zu ihm: Thorsten Loch: Doderer Schmul – ein napoleonischer Soldat aus Niederrhein. Zum Soldatenbild eines Eifler Landjuden von 1807, in: Michael Berger/Gideon Römer-Hillebrecht (Hg.): Jüdische Soldaten – Jüdischer Widerstand. In Deutschland und Frankreich, 2012, S. 73- 88 sowie den Anhang „Brief des Doderer Schmul (Schmuel ben Mosche) aus Niederrhein“, S. 507-509.

<sup>158</sup> Vgl. zu ihm bereits oben S. 42.

<sup>159</sup> Zit. nach: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 298.

<sup>160</sup> Vgl. Michael Berger: Sei stark und tapfer! Juden in Deutschen und Österreich-Ungarischen Armeen im Ersten Weltkrieg. Jüdische Frontkämpferbünde in der Weimarer und der Republik Deutschösterreichs, 2016, S. 54.

*Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten.*<sup>161</sup>

Diese Hoffnungen wurden noch durch **Kaiser Wilhelm II.** genährt. In seiner „Burgfrieden-Rede“ versicherte er am 4. August 1914 feierlich:<sup>162</sup> „*Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.*“ und rief „*die Völker und Stämme des Deutschen Reiches*“ auf, „*ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod* (zu gehen).“

Auf dieses Kaiserwort gründeten viele Parteien und Interessengruppen große Hoffnungen - auf weitere Schritte zu einer Demokratisierung, auf mehr Freiheit und Gleichheit und darauf hofften natürlich auch die ohnehin patriotischen Juden.<sup>163</sup> Diese Hoffnungen nahmen konkrete Formen an. Hunderte, später tausende Juden wurden zu Offizieren ernannt. Einer von ihnen, der **Bataillonsadjutant Leutnant Hugo Guttman**, sorgte gegen den Widerstand seiner Vorgesetzten übrigens dafür, dass – welch Witz der Weltgeschichte – ein Meldegänger namens **Adolf Hitler** für einen wichtigen Einsatz das Eiserne Kreuz II. Klasse verliehen bekam.<sup>164</sup>

Kriegsbegeistert waren (fast) alle Juden, auch die liberalen, linken und wohl selbst einige pazifistische. Denn in diesem Krieg ging es (auch) gegen Russland. Es war ein Krieg gegen das letzte despotische und offen antisemitische Regime in Europa. Mit ihm – so war die einhellige Meinung – konnte man endlich Russland für die Pogrome zur Rechenschaft ziehen.

Die Koblenzer Juden waren ebenfalls begeistert dabei. Einer von ihnen war **Rechtsanwalt Dr. Isidor Treidel (1887-1944)**. **Treidel**, dem das Eiserne Kreuz (EK) II. verliehen wurde, heiratete seine **Frau Erna, geb. Hecht (1892-1944)**, während des Krieges. Ihr Hochzeitsfoto zeigt **Dr. Treidel** stolz in Uniform.<sup>165</sup>



Hochzeitsfoto der Eheleute Dr. Isidor und Erna Treidel.

<sup>161</sup> Wie vor, S. 21.

<sup>162</sup> Zit. nach: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 300.

<sup>163</sup> Vgl.: Peter Pulzer: Der Erste Weltkrieg in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 356-380 (358ff.).

<sup>164</sup> So: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 301

<sup>165</sup> Vgl. zu den Eheleuten Treidel deren Biografie auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/184-042-eheleute-isidor-und-erna-treidel-juedischer-rechtsanwalt-und-seine-frau-aus-mayen-koblenz>

**Dr. Treidel** war nicht der einzige Koblenzer Jurist, der begeistert Soldat im Ersten Weltkrieg wurde. Außer ihm waren es auf jeden Fall auch der **Rechtsanwalt Dr. Arthur Salomon (1896-1942)**<sup>166</sup>, die angehenden Juristen **Ernst (1891-1941)** und **Walter Brasch (1896-1943)**<sup>167</sup> und der spätere **Gerichtsassessor Fritz Dreyfuss (geb. 1897)**<sup>168</sup>. **Dr. Treidel, Dr. Salomon** und **Dreyfuss** waren sogar „Frontkämpfer“, hatten also an unmittelbaren Kampfhandlungen, wie Schlachten u. ä., teilgenommen. Dreyfuss war dabei dreimal schwer verwundet worden, anschließend meldete er sich genauso oft wieder als Freiwilliger an die Front. Wegen seiner Tapferkeit vor dem Feind wurde er besonders ausgezeichnet. Ältere Juden, wie der **Amtsgerichtsrat Dr. Edwin Landau**<sup>169</sup> und der **Erste Staatsanwalt Dr. Georg Krämer (1872-1942)**<sup>170</sup>, waren Rittmeister.



Dr. Georg Krämer mit seiner Frau Anna Johanna und den beiden Söhnen.

Auch Mediziner wurden – sehr oft freiwillig – Soldat. So der aus Neuwied stammende **Arzt Dr. Friedrich Wolf**<sup>171</sup>, der später als Schriftsteller und Dramatiker (u.a. „Professor Mamlock“) sehr bekannt wurde.

---

<sup>166</sup> Vgl. zu ihm und seiner Familie deren Biografie auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/205-063-familie-arthur-salomon-juedischer-rechtsanwalt-aus-koblenz>

<sup>167</sup> Vgl. zu den Brüdern Ernst und Walter Brasch die Geschichte der Familie Brasch: Joachim Hennig: Die jüdische Juristenfamilie Brasch, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 34. Jg., 2008, S. 525-545; veröffentlicht auf dieser Webseite: [https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_WDL\\_Brasch\\_2008.pdf](https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF_AUF/Print_WDL_Brasch_2008.pdf)

<sup>168</sup> Vgl. zu ihm und seiner Familie deren Biografie auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/238-096-fritz-dreyfuss-gerichtsassessor-in-koblenz>

<sup>169</sup> Vgl. zu ihm und seiner Familie die Biografie auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/207-065-familie-edwin-landau-juedischer-amtsgerichtsrat-aus-koblenz>

<sup>170</sup> Vgl. zu ihm und seiner Familie die Biografie auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/206-064-georg-kraemer-juedischer-staatsanwalt-aus-koblenz>

<sup>171</sup> Vgl. zu seiner Biografie: [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Wolf](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Wolf) (Zugriff: 25. April 2023).



Dr. Friedrich Wolf als Truppenarzt im I. Weltkrieg.

Auch zwei Koblenzer Fachärzte waren Soldaten im Ersten Weltkrieg. Zum einen der aus einer Medizinerfamilie stammende **Dr. Oskar Salomon (1875-1933)**, er war Urologe und Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.<sup>172</sup> Und zum anderen der Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten sowie Sprachheilkunde **Dr. Hugo Bernd (1879-1943)**<sup>173</sup>. **Dr. Salomon** wurde für seine Verdienste mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und der Rot-Kreuz-Medaille und **Dr. Bernd** mit dem EK I ausgezeichnet.

Nicht nur Akademiker, Juristen und Ärzte, dienten im deutschen Heer, sondern auch „einfache“ Soldaten. Einer von ihnen war der **Handlungsreisende Hermann Schönewald (1877-1927)**<sup>174</sup>. **Schönewald** war während seiner allgemeinen Dienstpflicht u.a. in Koblenz Soldat gewesen. Dabei hatte ihm die Stadt so gut gefallen, dass er sich danach mit seiner Familie hier niederließ. Im Weltkrieg war **Schönewald** Sanitätssoldat im Lazarett Engers.



Hermann Schönewald (2. Reihe von unten, 2. von links) als Sanitätssoldat mit Kameraden.

<sup>172</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 202.

<sup>173</sup> Vgl. zu ihm und seiner Familie die Biografie auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/183-041-familie-hugo-bernd-juedische-familie-aus-koblenz>

<sup>174</sup> Vgl. zur Familie Schönewald die Biografie des Sohnes Jakob Schönewald auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/239-097-jakob-schoenewald-jurist-aus-koblenz> und die Biografie der Tochter Irene Futter, geb. Schönewald, auf dieser Webseite: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/245-103-irene-futter-geb-schoenewald>

Die Kameradschaft zwischen ihm und den christlichen Soldaten war offensichtlich gut, feierten sie doch zusammen Weihnachten.



Hermann Schönewald (rechts) mit Kameraden unter dem Weihnachtsbaum.

Während des gesamten Weltkrieges waren Hochzeiten beliebt und oft ließen sich die Ehemänner dabei in Uniform fotografieren, wie hier der **Unteroffizier Wilhelm Kahn (1879)** mit seiner **Ehefrau Jenny, geb. Salomon (1888-1942)**.<sup>175</sup>



Hochzeitsfoto des Unteroffiziers Wilhelm Kahn und seiner Frau Jenny.

---

<sup>175</sup> Vgl. zu den Eheleuten deren Biografie auf dieser Webseite:  
<https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/244-102-margot-und-rudolf-kahn>

Bei manchen Koblenzer Familien gab es sogar eine „kriegerische“ Tradition. Etwa bei den **Seligmanns**. Die beiden Söhne **Gustav Seligmanns**, der selbst am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 als Leutnant der Reserve im 2. Rheinischen Husaren-Regiment Nr. 9 teilgenommen hatte,<sup>176</sup> **Georg (1873-1944)** und **Paul (1875-1944)**, zogen ebenfalls in den Ersten Weltkrieg. Die gleiche Tradition gab es bei Vater und Sohn **Salomon**. Der Vater, **Justizrat Dr. Bernhard Salomon**, hatte 1870/71 im Deutsch-Französischen Krieg gekämpft<sup>177</sup> und der Sohn **Dr. Arthur Salomon** war Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg.

Eine ganz ungewöhnliche Familiengeschichte war die der **Familie Karl Friesem**. Zu ihr hieß es in einem Zeitungsartikel unter der Überschrift „Vater und sieben Söhne Frontsoldaten“:<sup>178</sup>

*„Einer Familie, die dem Vaterland besonders viele Frontsoldaten stellen konnte, gehört unser Kam.(erad) **Friesem** von der Ortsgruppe Koblenz an. Die Familie **Friesem** stammt aus Burgbrohl, Kreis Mayen (Rheinland). Der Vater unseres Kameraden **Hermann Friesem** diente aktiv 1864-1867 und machte danach den Feldzug 1870/71 mit. Seine sämtlichen sieben Söhne waren im Weltkriege gleichfalls Frontsoldaten. Von ihnen ist der **Unteroffizier Albert Friesem** bei der 4. Komp. RJR 28 am 26.8.(19)17 im Westen gefallen. **Moritz Friesem** war beim Landw./Regt. 99, **Gefreiter Gustav Friesem** als Gefechtsordonnanz beim RJR Nr. 81, **Julius Friesem** gleichfalls als Gefechtsordonnanz beim RJR Nr. 217, **Max** beim RJR 68, **Carl** beim RJR 69 und **Willy** beim RJR 65 im Felde.“*

Diese und andere junge Koblenzer Juden, insgesamt 50 Synagogenmitglieder, waren Soldaten im Ersten Weltkrieg. Das führte u.a. dazu, dass die anstehende Wahl des Gemeindevorstands nicht durchgeführt werden konnte.<sup>179</sup>

Die Treue des bereits genannten **Gustav Seligmann** zu Volk, Vaterland und Kaiser ging so weit, dass nicht nur seine beiden Söhne im Feld standen, sondern er in großem Umfang auch Krieganleihen zeichnete, und das nicht nur für das Bankhaus Seligmann, sondern auch für sich persönlich, aus – wie es hieß – „vaterländischer Pflicht für Kaiser und Reich“.<sup>180</sup> Diese Kaiserstreue war Jahre später wohl ein wesentlicher Grund für die Insolvenz des Bankhauses Seligmann, war doch das auf die Krieganleihen eingezahlte Geld ebenso verloren wie der Erste Weltkrieg.<sup>181</sup>

Der vor dem Krieg stärker werdende Antisemitismus war in den ersten Monaten nicht zu spüren. Er war aber nicht verschwunden, nur unterdrückt. Die Militärbehörden hatten die

---

<sup>176</sup> S. bereits oben S. 19 sowie Ulrich Offerhaus: Gustav Seligmann (1849-1920). Mitbegründer und Schatzmeister des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: Rheinische Heimatpflege, 55. Jg. 2018, S. 271.

<sup>177</sup> S. bereits oben S. 19 sowie Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 43. Dort sind auch weitere Koblenzer Juden genannt, die im Deutsch-Französischen Krieg Soldaten waren.

<sup>178</sup> Zeitung „Der Schild“ Jg. 1935, zit. nach: wie vor, S. 54. – „Der Schild“ war das Organ des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“.

<sup>179</sup> Vgl. Edith Schwalbach-Kulla: Die jüdische Gemeinde, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Zeit bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, 1993, S. 311.

<sup>180</sup> Zit. nach: Ulrich Offerhaus: Familie und Bankhaus Seligmann in Koblenz und Köln, 2016, S. 229.

<sup>181</sup> Vgl. das Zitat bei Ulrich Offerhaus, wie vor, S. 230: „Das Vermögen der Firma habe im Jahre 1914 etwa 10 Millionen betragen, wozu noch sehr erhebliches Privatvermögen der Teilhaber kam. Die Zeichnung von etwa 10 Mill. Krieganleihe habe nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges die ersten großen Verluste gebracht.“

radikal antisemitischen Zeitschriften angewiesen, ihre antijüdische Agitation einzustellen.<sup>182</sup> Bald zeigte sich der von **Kaiser Wilhelm II.** beschworene Burgfrieden aber als eine Schönwetter-Konstruktion. Je länger der Krieg dauerte und je kritischer die Lage wurde, desto stärker kamen die alten Ressentiments, Vorurteile und auch der Hass wieder hoch. Schon bald diffamierte die antisemitische Hetzpresse die deutschen Juden im Ersten Weltkrieg als Feiglinge, Drückeberger und Kriegsgewinnler. In zahlreichen Zeitungen erschien ein Gedicht eines unbekanntenen Verfassers, das in vielen Strophen in unerträglicher Weise die kämpfenden Juden beleidigte. Eine endete so:<sup>183</sup>

*Wo so viele Helden bluten,  
drücken sich jetzt nur die Juden.  
Überall grinst ihr Gesicht,  
nur im Schützengraben nicht.*“

Oder auch:

*Juden sind für uns fürwahr  
schlimmer als die gelb' Gefahr.  
Überall grinst ihr Gesicht,  
nur im Schützengraben nicht.*

In Kreuznach wurde gar ein schwer verwundeter jüdischer Soldat übel beschimpft. Wie es in der Zeitung „Im deutschen Reich“ hieß<sup>184</sup> hatte dort ein einheimischer Möbelhändler „in stark angeheitertem Zustand“ in einem Café einen auf Krücken gehenden schwer verwundeten jüdischen Soldaten mit den Worten beleidigt: „*Drückeberger, Krüppel und dergleichen*“ und weiter gesagt, wenn ein Jude wie er das Eiserne Kreuz habe, dann könne es nur gekauft sein. In dem anschließenden Strafverfahren sprach das Schöffengericht Kreuznach den Angeklagten frei. Erst im Berufungsverfahren stellte die Strafkammer des Landgerichts Koblenz fest, dass eine so erbärmliche Tat vorliege, deretwegen eigentlich eine Gefängnisstrafe verhängt werden müsste. Nur mit Rücksicht auf die Trunkenheit des Angeklagten erkannte das Gericht auf 500 Mark Geldstrafe und auf Veröffentlichung des Urteils.

Die Antisemiten brachten auch die Lüge von der Verschwörung des „internationalen Judentums“, die sog. „Goldene Internationale“<sup>185</sup> gegen das „deutsche Vaterland“ in Umlauf. **Walter Rathenau** erkannte die Gefahr schon früh und schrieb am 4. August 1916 – genau zwei Jahre nach der Burgfrieden-Rede des Kaisers:<sup>186</sup> „*Je mehr Juden in diesem Krieg fallen, desto nachhaltiger werden ihre Gegner beweisen, dass sie alle hinter der Front gesessen haben, um Kriegswucher zu betreiben. Der Hass wird sich verdoppeln und verdreifachen.*“

Eine Reaktion des Militärs auf diesen Antisemitismus war die sog. Judenzählung.<sup>187</sup> Im Oktober 1916, nachdem bereits knapp 3.000 Juden an der Front gefallen und mehr als 7.000

---

<sup>182</sup> So: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 301.

<sup>183</sup> Zit. nach: Leo Sievers: Juden in Deutschland. S. 236.

<sup>184</sup> Heft 10-11, Oktober 1915, S. 229.

<sup>185</sup> Vgl. dazu: [https://de.wikipedia.org/wiki/Goldene\\_Internationale](https://de.wikipedia.org/wiki/Goldene_Internationale) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>186</sup> Zit. nach: Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 326.

<sup>187</sup> Vgl. Peter Pulzer: Der Erste Weltkrieg, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 250f., S. 387ff.; Michael Berger: Sei stark und tapfer, 2016, S. 56ff.

ausgezeichnet worden waren, verfügte der preußische Kriegsminister die statistische Erfassung der Soldaten jüdischen Glaubens. Als offizielle Begründung dafür wurden die sich mehrenden Beschwerden genannt, wonach Juden sich der Wehrpflicht entzögen; es gelte daher, „*die Frage nachzuprüfen und gegebenenfalls entgegenzutreten*“. Diese Erklärung glaubten schon damals nur wenige. Die Umstände, etwa der, dass zum angeordneten Stichtag 1. November 1916 jüdische Soldaten aus der Front genommen wurden, um die Zahl jüdischer Frontsoldaten möglichst niedrig zu halten, ließen nur wenig Gutes erwarten.<sup>188</sup> So war es dann auch. Die Judenzählung schaffte böses Blut und säte Misstrauen – und bewirkte nichts. Die Ergebnisse wurden niemals veröffentlicht, die Unterlagen gingen im Zweiten Weltkrieg unter.<sup>189</sup>

Dabei wäre deren Veröffentlichung eine Chance gewesen, der antisemitischen Hetze mit der Wahrheit kraftvoll entgegenzutreten und den jüdischen Soldaten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Denn die Leistungen der jüdischen Soldaten für ihr deutsches Vaterland, die man aus der Zeit heraus verstehen muss, waren - wie eine nachträgliche Hochrechnung ergab<sup>190</sup> - bedeutend:

Im Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg gab es 550.000 Juden. Von diesen waren ca. 96.000 Kriegsteilnehmer, d. h. etwas mehr als 17 Prozent aller Juden. Etwa gleich hoch lag der Prozentsatz bei der nichtjüdischen Bevölkerung, ggf. etwas darunter – was in der Altersstruktur seine Ursache hatte (die bei den Juden ungünstiger war). Etwa 12 Prozent der jüdischen Kriegsteilnehmer hatten sich freiwillig gemeldet, etwas über 77 Prozent der jüdischen Soldaten standen an der Front. Gefallen, verstorben oder vermisst waren etwa 12.000 Soldaten, knapp 12 Prozent. 29.874 jüdische Soldaten wurden mit zum Teil höchsten Auszeichnungen dekoriert, 19.545 befördert. 2.022 erhielten den Offiziersrang und 1.159 gehörten zu den Sanitätsoffizieren und Militärbeamten im Offiziersrang. Hinzu kamen viele getaufte Juden, die als solche statistisch nicht erfasst werden konnten.

Auch nach der Judenzählung kämpften die jüdischen Soldaten weiter. Am Ende des Krieges waren sie aber wütend und tief enttäuscht. Ihre Hoffnungen auf eine auch tatsächliche Gleichberechtigung, ihr Traum von Gemeinsamkeit, waren dahin.

Geblichen war aber die Erinnerung an die gefallenen jüdischen Soldaten. Später kam ein Gedenkbuch für sie heraus.<sup>191</sup> Es hatte folgendes Geleitwort:

*„Das edelste deutsche Blut ist das, welches von deutschen Soldaten für Deutschland vergossen wurde. Zu diesen gehören auch die 12.000 Gefallenen der deutschen Judenheit, die damit wiederum ihre allein ernsthafte und achtungsgebietende Blutprobe im deutschen Sinne bestanden hat. Soweit ihre Namen heute noch festzustellen waren, sind sie verewigt in diesem Buche, das ihre heimgekehrten Kameraden ihnen in treuem und ehrfürchtigem Gedenken widmen.“*

---

<sup>188</sup> Vgl. Michael Berger, wie vor, S. 57

<sup>189</sup> So: Peter Pulzer: Der Erste Weltkrieg, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 370; Michael Berger, wie vor, S. 58f.

<sup>190</sup> Vgl. Manfred Messerschmidt: Juden im preußisch-deutschen Heer, in: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Im Auftrage des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 3. Aufl., 1987, S. 120.

<sup>191</sup> Die jüdischen Gefallenen der deutschen Heere, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch. 1932 erschienen im Verlag „Der Schild“. Bundesorgan des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten. Nachdruck 1979.

In dem Gedenkbuch sind auch 18 Koblenzer jüdische Gefallene aufgeführt:<sup>192</sup>

Name	Geburtsdatum u. -ort	Todestag	Truppenteil u. Dienstgrad
Adler, Josef	13.3.1893 Koblenz	05.05.1915	4./I.R.65
Daniel, Gottfried	17.1.1894 Koblenz	08.05.1916	12/I.R.65 Gefr.
Daniel, Josef	10.10.1875 Weißenthurm	19.10.1918	3/Lst.I.Btl.Aachen VIII/1
Feiner, Siegfried	26.7.1895 Lehmen	12.10.1916	11/R.I.205 Gefr.
Feist, Walter	4.4.1898 Koblenz	01.09.1918	5/I.T.344
Hecht, Hugo	1.10.1877 Koblenz	14.12.1917	4/I.R.353
Hermanns, Hans	16.12.1892 Koblenz	09.04.1917	3.M.G.K./I.R.186
Kaufmann, Leo	13.11.1895 Metternich	22.01.1917	M.G.K/R.I.R.232
Kombert, Simon	5.4.1886 Koblenz	19.04.1918	6/Felda.R92
Loewenthal, Bruno	25.11.1892 Essen	15.07.1918	7/Felda.R.505 Uffz.
Markus, Kurt	3.7.1896 Koblenz	25.04.1918	4/R.I.R.94
Mayer, Julius	6.7.1878 Frankfurt/M.	02.03.1915	8/R.I.R.25
Mayer, Moritz	12.1.1891 Neuendorf / Ko.	31.12.1914	2/I.T.83 Uffz.
Morgenthau, Otto	23.2.1879 Mainz	07.06.1918	FlakBtt.aufKraftw.109Sgt
Ostwald, Franz Otto	14.4.1897 Koblenz	09.07.1918	st.I.Btl.VIII/9 Gefr.
Schönfeld, Hans	24.11.1892 Sangershausen	21.03.1918	1/I.R.453
Stern, Moritz	7.3.1893 Koblenz	14.06.1918	1/I.R.64
Wolff, Siegmund	5.12.1885 Sinzig	23.03.1917	4/E.Btl.I.R.28

Im Jahr 1920 errichtete die Synagogengemeinde den Gefallenen des Weltkriegs ein Denkmal.



Denkmal für die jüdischen Gefallenen des I. Weltkriegs auf dem jüdischen Friedhof, vor dem Pogrom 1938.

<sup>192</sup> A.a.O., S. 259.

In ihrer Ausgabe vom 15. Mai 1920 berichtete die „Coblenzer Volkszeitung“ unter der Überschrift „Kriegerdenkmal auf dem Judenfriedhof“ darüber wie folgt:<sup>193</sup>

*„Beim Bau des Offizierscasino am Kaiserin-Augusta-Ring wurde die ausgeschachtete Erde auf das Westfeld des Judenfriedhofs überführt. Die früheren Grabmäler, manche Jahrhunderte alt, säumen nun die linke Seite der herrlichen Kastanienallee ein. Feldgraue planierten den Schutt und Herr Landschaftsgärtner **Vieter** teilte die große Fläche in Beete ein. Breite Pfade, mit dunkler Asche bedeckt, heben sich nun scharf ab von dem grünen Rasen. Frische Taxus zieren die Pfadränder.*

*In der Mitte der Anlage ist ein großes Viereck eingeebnet, und dort erhebt sich nun seit zwei Tagen ein neues Kriegerdenkmal. Ein Sarkophag von der Firma Pabst sauber ausgeführt in Muschelkalk aus dem Bayernland, ragt drei Meter hoch empor. Auf der nach Osten gelegenen Denkmalsseite ist zu lesen: ‚In dankbarem Andenken an ihre im Weltkrieg gefallenen Heldensöhne. Die Synagogengemeinde Koblenz.‘ Nach der Schwerzstraße zu stehen die Namen der Gefallenen: **Hermann Adler, Joseph Adler, Gottfried Daniel, Joseph Daniel, Siegfried Feiner, Walter Feist, Hugo Hecht, Hans Hermanns, Leo Kaufmann, Sally Kombert, Bruno Löwenthal, Kurt Markus, Julius Mayer, Otto Morgenthau, Franz Ostwald, Karl Schmerz, Hans Schönfeld, Albert Siegler, Moritz Stern, Otto Wolf, Siegmund Wolf.** Ferner fanden hier ihre letzte Ruhestätte **Ludwig Altschul** aus Mannheim, **Hans Moses** aus Stralsund.“*

Damit waren noch vier weitere jüdische gefallene Soldaten aus Koblenz aufgeführt (**Hermann Adler, Karl Schmerz, Albert Siegler** und **Otto Wolf**), die in dem Gedenkbuch nicht genannt waren. Nicht erwähnt wurde allerdings der in Neuendorf (heute: Koblenz-Neuendorf) geborene **Moritz Mayer**, der im Gedenkbuch unter den Koblenzer Gefallenen erwähnt war.



Die 1995 wiedererstellte Gedenktafel des Ehrenmals für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Koblenzer Soldaten

<sup>193</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 116.

## IX. In der Weimarer Republik (1918-1933)

### 1. Kriegsende

Nach mehr als vier Jahren Krieg kam das Ende recht schnell.<sup>194</sup> Die letzten Kriegswochen sind ein Stück deutscher Geschichte, das hier skizziert werden muss, weil das für das weitere Geschehen unerlässlich ist. Der vielfach als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“<sup>195</sup> beschriebene Erste Weltkrieg und sein Ende hatten nämlich große Auswirkungen auf die Geschichte der Juden in Deutschland und auch in Koblenz.

Seit September 1918 befanden sich die deutschen Truppen unaufhaltsam in der Defensive. Ende des Monats häuften sich die Horrormeldungen, die am Ausgang des Krieges keinen ernsthaften Zweifel mehr zuließen. Im Westen drohte nicht nur der Durchbruch der Alliierten an der letzten noch voll ausgebauten Verteidigungsstellung und damit der militärische Zusammenbruch dort, sondern auch immer mehr Verbündete verließen die Kampffront mit den Deutschen. Die osmanische Armee war endgültig geschlagen, die bulgarische zusammengebrochen (und hatte um einen bedingungslosen Waffenstillstand nachgesucht) und Österreich-Ungarn hatte seine Fühler nach einem Waffenstillstand ausgestreckt.

Das war der Punkt, an dem **General Erich Ludendorff (1865-1937)**<sup>196</sup> gegenüber dem Kaiser und der völlig überraschten Reichsleitung (so nannte man damals die Reichsregierung) die ausweglose Lage eingestand und sofortige Waffenstillstandsverhandlungen forderte. Gleichzeitig lehnte er es ab, sich selbst oder die Oberste Heeresleitung (OHL) daran zu beteiligen. Die Verhandlungen sollten vielmehr (nach einer „Revolution von oben“) von einer breiten nationalen Regierung unter Beteiligung der maßgeblichen im Reichstag vertretenen Parteien geführt werden. Damit wollte **Ludendorff** die Niederlage des von **Kaiser Wilhelm II.** mit der Kriegserklärung eingeleiteten und von der Obersten Heeresleitung, dessen Chef **Paul von Hindenburg (1847-1934)**<sup>197</sup> und ihm selbst als dessen Stellvertreter geführten Kriegs auf die links der Konservativen stehenden Parteien abwälzen: auf die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD)<sup>198</sup>, die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei (FVP), die katholische Zentrumspartei und die Nationalliberalen. Tatsächlich stellten sich diese Parteien der Verantwortung<sup>199</sup> und traten in die von dem liberalen **Prinzen Max von Baden (1867-1929)** geleitete Regierung ein. Am 4. Oktober 1918 bat diese den US-amerikanischen

<sup>194</sup> Vgl. dazu und zum folgenden: Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, 1987. S. 139 ff.

<sup>195</sup> Der Begriff stammt von dem amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan.

<sup>196</sup> Von 1908 bis 1912 Chef der Operationsabteilung im Großen Generalstab, 1914 Generalstabschef Hindenburgs an der Ostfront, 1916 Erster Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, neben Hindenburg einflussreichster Leiter der gesamten Kriegsführung, vgl. zu dessen Biografie näher etwa: [https://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_Ludendorff](https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Ludendorff) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>197</sup> Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg, so sein vollständiger Name, Teilnahme an den Kriegen von 1866 und 1870/71, 1914 Oberbefehlshaber der 8. Armee, die die Russen bei Tannenberg schlug, daraufhin Ernennung zum Generalfeldmarschall, übernahm 1916 mit seinem Stellvertreter Ludendorff die Obersten Heeresleitung, die schnell an Einfluss auf die Politik des Deutschen Reiches gewann und Kaiser Wilhelm II. praktisch entmachtete, 1925 Reichspräsident, vgl. zu dessen Biografie etwa: [https://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_von\\_Hindenburg](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_von_Hindenburg) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>198</sup> So hieß die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei nach der Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD).

<sup>199</sup> Der Parteivorsitzende der MSPD Friedrich Ebert sagte: (Dann müssen wir) „in die Bresche springen“.

Präsidenten **Woodrow Wilson (1856-1924)**, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und einen sofortigen Waffenstillstand herbeizuführen.

Anschließend kam es zu den „Oktoberreformen“, „Revolution von oben“. Dies hatte zur Folge, dass die Regierung nicht mehr dem Kaiser, sondern allein dem Parlament, dem Reichstag, verantwortlich war. Damit entstand vom 28. Oktober bis zum 9. November 1918 in Deutschland – einmalig - eine parlamentarische Monarchie, so wie sie in Großbritannien war und heute noch ist.

Während sich der Krieg dann doch noch in die Länge zog, die Westfront nicht zusammenbrach, der deutsch-amerikanische Notenwechsel über einen Waffenstillstand hin- und herging und Offiziere der Seekriegsleitung den Engländern in der Nordsee ein – wie sie meinten – ehrenvolles Gefecht zur Rettung ihres Ansehens liefern wollten, verweigerten am 29. Oktober Matrosen der Hochseeflotte in Wilhelmshaven ihren Dienst. Der Funke des Aufstands sprang schnell auf andere Städte über. Am 3. November meuterten und demonstrierten Matrosen in Kiel, Soldaten und Arbeiter in der Stadt solidarisierten sich mit ihnen. Die Aktivsten von ihnen bildeten einen Soldaten- und Arbeiterrat. Von Kiel aus griff die Revolte mehr oder minder auf das ganze Land über. An vielen Orten bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die vor Ort die Macht übernahmen. Die Losung der Auführer war sehr bald: „*Fort mit dem Kaiser!*“

Aber der dachte nicht daran, auch dann nicht, als ihn der neue **Reichskanzler Prinz von Baden** drängte, zugunsten seines Sohnes abzudanken. **Kaiser Wilhelm II.** wollte nicht – wie er sagte – „wegen der paar hundert Juden und der tausend Arbeiter“ zurücktreten.<sup>200</sup> Am 10. November, im holländischen Exil, dankte er dann doch noch ab, nicht ohne seinen Untertanen einen letzten Abschiedsgruß zu hinterlassen: „*Das deutsche Volk ist eine Schweinebande.*“<sup>201</sup>

Zwei Tage später, am 11. November 1918, unterzeichnete der **Zentrumspolitiker Mathias Erzberger (1875-1921)** für das Deutsche Reich im Wald von Compiègne bei Paris den Waffenstillstandsvertrag.

Wie der Kaiser verschwanden über Nacht überall in Deutschland mehr als zwei Dutzend alte Dynastien – ohne dass ein einziger Schuss gefallen wäre.<sup>202</sup> Nach deren Sturz traten eilig gebildete republikanische Regierungen an ihre Stelle. In der neuen Reichsregierung übernahmen einige Juden ein Amt – wenn auch oft nur sehr kurzzeitig.

## 2. Politiker jüdischer Herkunft

Von den sechs „Ministern“ in der von **Friedrich Ebert (1871-1925)**<sup>203</sup> geleiteten provisorischen Regierung, dem Rat der Volksbeauftragten (bestehend aus drei Mehrheitssozialdemokraten – MSPD - und drei Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD) waren zwei Juden – **Hugo Haase (1863-1919)** und **Otto Landsberg (1869-1957)**. Der

---

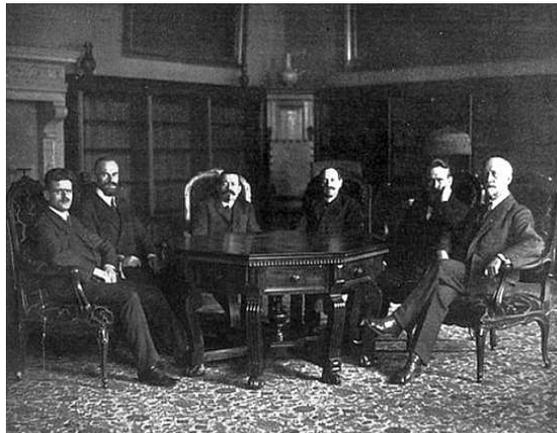
<sup>200</sup> Zit. nach Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 329.

<sup>201</sup> Zit. nach Peter Zolling: Deutsche Geschichte, 2005, S. 91.

<sup>202</sup> Vgl. dazu: Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, 1987, S. 162.

<sup>203</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Ebert](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Ebert) (Zugriff. 25. April 2023).

letztere war ein konservativer Sozialdemokrat, von dem es hieß, das einzig Rote an ihm sei sein Bart.



Friedrich Ebert (Dritter von links) mit dem Rat der Volksbeauftragten.

Wie Hugo Haase, der 1919 an den Folgen eines an ihm verübten Attentats starb, wurden auch andere linke jüdische Politiker in dieser Umbruchs- und Revolutionsphase ermordet: **Rosa Luxemburg (1871-1919)**, **Leo Jogiches (1867-1919)** und führende Politiker der Münchner Räterepublik, wie **Kurt Eisner (1867-1919)**, **Gustav Landauer (1870-1919)**, **Eugen Leviné (1883-1919)**<sup>204</sup> u.a. Den Höhepunkt dieser politischen Morde gerade auch an Menschen jüdischer Herkunft war das Attentat auf **Walter Rathenau**.<sup>205</sup> Der Sohn des **AEG-Gründers Emil Rathenau (1838-1915)**, der während des Krieges die Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums aufgebaut hatte, war 1921 Wiederaufbauminister und 1922 Außenminister geworden und hatte im April 1922 den Rapallo-Vertrag mit Sowjetrußland abgeschlossen, der Deutschland außenpolitisch Handlungsfreiheit verschaffte. Nach der fortwährenden Hetze gegen ihn („*Auch der Rathenau, der Walther, erreicht kein hohes Alter*“ – „*Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau*“.)<sup>206</sup> wurde er am 24. Juni 1922 von einem extremen Nationalisten auf offener Straße erschossen.



Walther Rathenau.

---

<sup>204</sup> Von ihm stammt der Ausspruch: „*Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub.*“

<sup>205</sup> Vgl. zu dessen Biografie u.a.: [https://de.wikipedia.org/wiki/Walther\\_Rathenau](https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Rathenau) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>206</sup> Zit. nach Peter Zolling: Deutsche Geschichte, 2005, S. 114. S. auch Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, 2003, S. 355ff.

Eine Folge des Attentats auf **Rathenau** war das Republikenschutzgesetz, genau: das (Erste) Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, Es verbot Organisationen, die sich gegen die „*verfassungsmäßige republikanische Staatsform*“ richteten, sowie deren Druckerzeugnisse und Versammlungen. Die Strafvorschriften für politisch motivierte Gewalttaten wie die Ermordung von Regierungsmitgliedern wurden verschärft. Außerdem richtete das Gesetz einen Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik ein.

Außer den genannten exponierten und bekannten Juden engagierten sich auch bürgerliche jüdische Politiker beim Aufbau der Weimarer Republik. An hervorragender Stelle war das der **Rechtsprofessor Hugo Preuß (1860-1925)**, der die Weimarer Reichsverfassung entworfen hatte und 1919 einige Monate Reichsinnenminister war. Oder auch 15 Abgeordnete in der Nationalversammlung und im Reichstag, die sich in einer Selbstauskunft als „jüdisch“ bezeichneten und von denen dann acht Abgeordnete schließlich Sitz und Stimme im Reichstag hatten.<sup>207</sup>

### 3. Zwei schlimme Lügen

Sie alle erhofften sich nach den im Krieg gemachten Erfahrungen nun vom Frieden und einem neuen demokratischen Deutschland eine Wende ihres Schicksals. Aber auch diesmal hofften sie vergeblich. Viele ihnen Übelmeinenden, die Konservativen und Nationalen, identifizierten sie mit der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, und gaben dieser die Schuld an dem verlorenen Krieg, an dem Waffenstillstand und dem für Deutschland sehr ungünstigen Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919. Den Juden schlug mehr Hass entgegen als je zuvor. Der Nährboden waren zwei ganz schlimme Lügen: die Lüge von der „Judenrepublik“ und die „Dolchstoßlegende“.

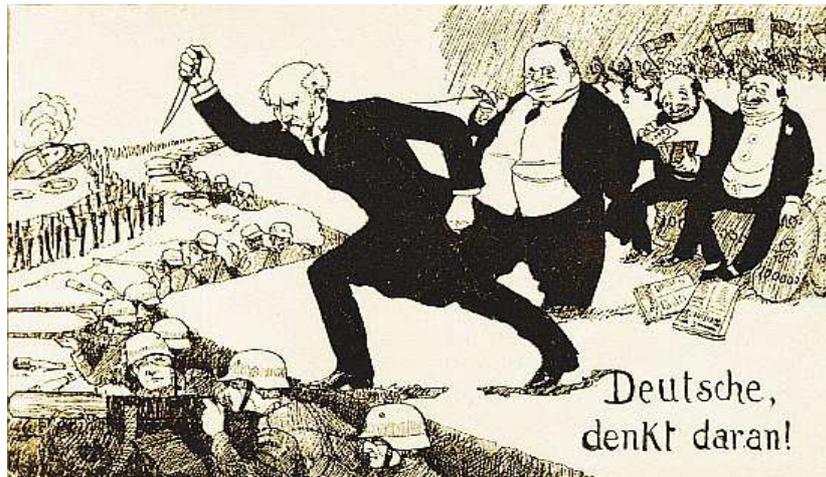
Die „Dolchstoßlegende“ war eine von der Obersten Heeresleitung in die Welt gesetzte Verschwörungstheorie. Es waren dieselben Militärs und ihnen folgend rechte Politiker, die nicht mehr wahrhaben wollten, dass es **General Ludendorff** gewesen war, der am 29. September 1918 wegen der hoffnungslos gewordenen militärischen Lage einen sofortigen Waffenstillstand gefordert hatte. **Ludendorff** redete sich jetzt damit heraus, dass die deutsche Armee gar nicht hätte aufgeben müssen, wenn die Heimatfront den tapfer und bis zum Schluss siegreich kämpfenden Truppen im Sommer 1918 ausreichend Nachschub und Reserven geliefert hätte.

Damit war – so die Legende – die deutsche Armee im Felde unbesiegt geblieben, ihr war aber die Heimatfront in den Rücken gefallen. Verantwortlich für den von **Ludendorff** verlangten sofortigen Waffenstillstand waren dann auch nicht die Militärs. Um den hatte schließlich – geschickt eingefädelt von **Ludendorff** – nach der „Revolution von oben“ wenige Tage später die vom liberalen **Prinzen von Baden** geleitete zivile Regierung nachgesucht. Diese bestand aus Politikern links von den Konservativen stehender Parteien. Sie waren es auch, die nach der Ausrufung der ersten deutschen Demokratie am 9. November 1918 in der provisorischen Regierung vertreten waren und am 11. November 1918 den Waffenstillstand abschlossen bzw. unterstützten; sie waren es auch, die die erste Regierung der Weimarer Republik bildeten. Und angeblich viele von ihnen waren Juden.

---

<sup>207</sup> Susanne Wein: Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, 2014, S. 74f.

So hatten diese Lügner nicht nur der jungen deutschen Republik eine ungeheure Schuld untergeschoben, sondern diese gleich an die Juden weitergeschoben. Verantwortlich gemacht wurden für das Versagen des Kaiserreichs und seines Personals die führenden Politiker der späteren Weimarer Republik. Das waren die so geschmähten „Novembervbrecher“. Und diese Politiker waren – so die Lüge - vor allem Juden, die Weimarer Republik war danach eine „Judenrepublik“. Die so immer wieder kolportierten Fake News waren also: Die Juden waren schuld an dem verlorenen Krieg und an den sich sehr bald zeigenden Kriegsfolgen. Gut vier Jahre nach dem von **Kaiser Wilhelm II.** zu Beginn des Krieges beschworenen „Burgfrieden“ war der alte Hass gegen die Juden wieder da, und das schlimmer als je zuvor und nach dieser Geschichtsklitterung auch „nachweisbar“.



Propagandapostkarte (ca. 1923). Der erste deutsche Reichskanzler Philipp Scheidemann erdolcht Soldaten im Schützengraben, hinter ihm ein Bonze und dahinter (sitzend) zwei Juden als „Kriegsgewinnler“.



Österreichische Postkarte (1919). Eine jüdische Person, mit Davidstern an der Mütze und „verweiblicht“, erdolcht einen Soldaten im Schützengraben.

## 4. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Auch die aus dem Krieg zurückkehrenden jüdischen Soldaten mussten weiter die Verleumdungen antisemitischer Agitatoren ertragen, sie hätten sich vor dem Einsatz an der Front gedrückt, und sich noch vorwerfen lassen, schuld am verlorenen Krieg und seinen Folgen zu sein. Als Antwort auf den Antisemitismus der Rechten und zur Abwehr der Lügen sowie ihrer Folgen, die nicht allein durch den das liberale, assimilierte Judentum vertretenden C.V. geleistet werden konnte, wurde im Februar 1919 in Berlin ein jüdischer Soldatenbund gegründet. Initiator war der **Hauptmann der Reserve Dr. Leo Löwenstein (1879-1956)**.<sup>208</sup>

Zur Gründung hatte **Löwenstein** einen Aufruf verfasst, in dem es u.a. hieß:<sup>209</sup>

*„Kameraden!*

*Als wir jüdischen Frontsoldaten in Reih und Glied mit unseren Kameraden ins Feld zogen, um das Vaterland zu schützen, da wähten wir, aller Klassen- und Glaubenshass, alle religiösen Vorurteile seien getilgt. Wir haben uns getäuscht. Alle Gefahren und Strapazen, die wir mit unseren nichtjüdischen Volksgenossen gemeinsam ertragen haben, all das Blut, das geflossen, all die Tausende jüdischer Kameraden, die wir gemeinsam begraben haben, all die jüdischen Krüppel und Verstümmelten unter uns – all diese Opfer scheinen vergebens gebracht. Gewissenlose Verleumder begrüßen uns bei der Rückkehr von den Schlachtfeldern als ‚feige Drückeberger‘; Schandbuben schmähen unsere Gefallenen.*

*Kameraden! Das Maß ist voll. Zwar sind wir sicher, dass der beste Teil des deutschen Volkes von diesem verruchten Treiben nichts wissen will, zwar haben wir die feste Zuversicht, zum deutschen Volke, dass es bei den tausenden jüdischen Frontsoldaten und bei den tausenden jüdischen Kriegsgräbern gerechtes Gericht halten wird über jene, die die zu Glaubens- und zu Rassenhass die Massen aufpeitschen wollen und dadurch unser Vaterland in neue schwere Gefahren bürgerlichen Zwistes stürzen wollen. Aber wir sind zu stolz, untätig zuzusehen, wenn unsere Ehre als Deutsche und Juden besudelt wird.*

*Darum heraus, ihr jüdischen Frontsoldaten, vereint euch zu einem Treuebunde, der euch alle im weiten deutschen Vaterlande umschließt.*

*Was wollen wir? – Wir wollen unseren Verleumdern im politischen, wirtschaftlichen und geselligen Leben, überall wo es geboten, mit allen erlaubten Mitteln mannhaft die Stirn bieten. Schon das Bestehen unseres Bundes wird ihnen und ihren verhetzten Mitläufern zu denken geben und klärend wirken.*

*Wir fragen nicht nach politischer Partei und religiöser Richtung. Zu uns gehört jeder deutsche Jude, der sein Leben im Kampfe für das Vaterland eingesetzt hat und der einig mit uns ist, sich das Recht auf unser geliebtes Vaterland von niemand rauben zu lassen. Weil wir unser deutsches Vaterland lieben, fördern wir jede Bestrebung, die ihm zur Blüte und zu neuer Kraft verhilft.“*

---

<sup>208</sup> Vgl. Michael Berger: Sei stark und tapfer!, 2016, S. 160-177.

<sup>209</sup> Abgedruckt in der Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten „Der Schild“, Nr. 27 vom 5. Juli 1928 S. 221 „Erster Aufruf zur RjF-Gründung“.

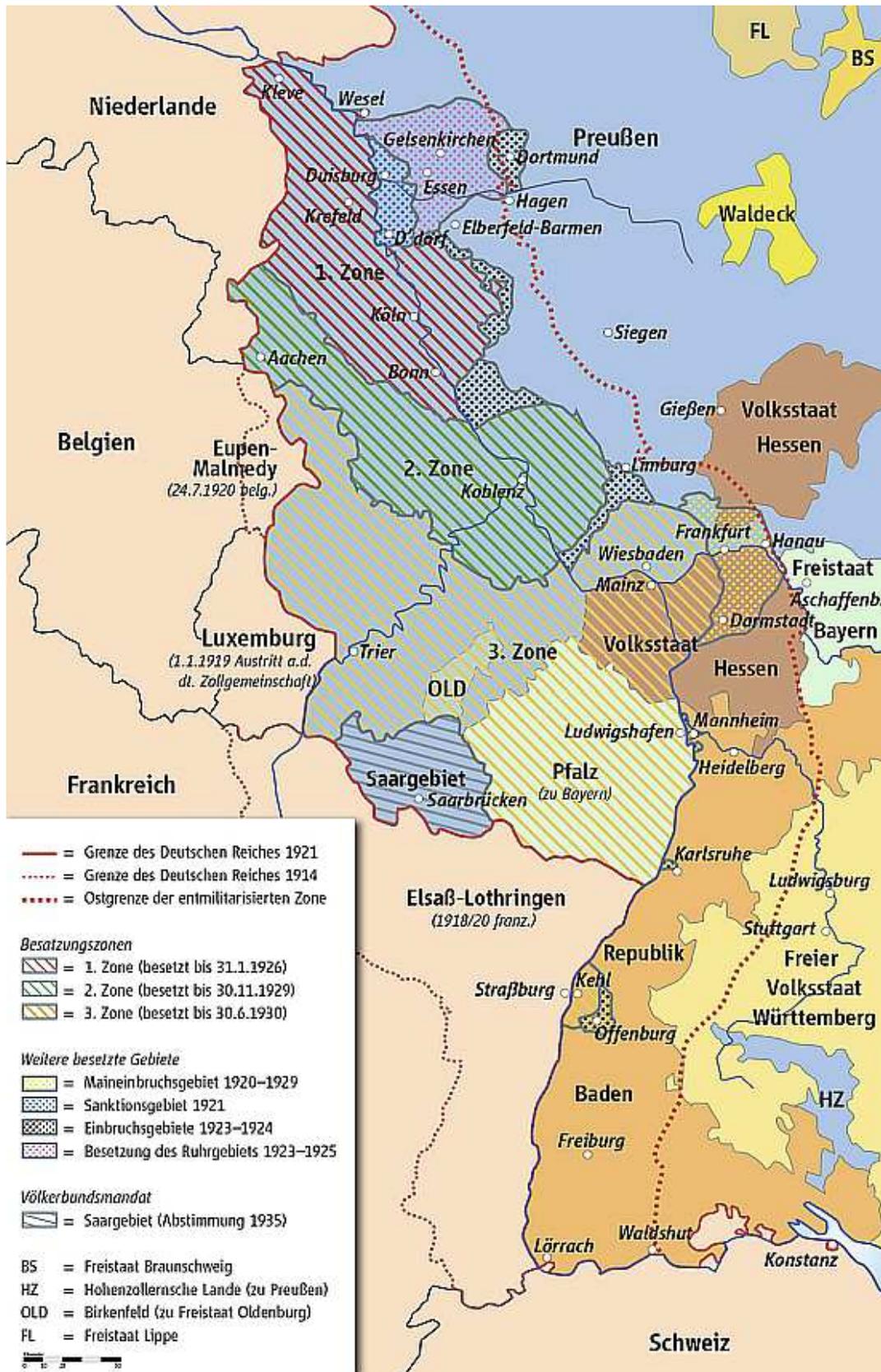


Flugblatt des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, um 1920.

## 5. Exkurs: Das Krisen- und Schicksalsjahr 1923

Auch in Koblenz gab es eine Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF). Sie kam allerdings erst im Jahr 1923 zustande. Das lag aber nicht an ihr, sondern an den besonderen Verhältnissen im linksrheinischen Gebiet. Diese spitzten sich im Jahr 1923 noch weiter zu, so dass es für das Verständnis nötig ist, einen Blick auf das Jahr 1923 zu werfen. 1923 war nicht nur für den Reichsbund, sondern auch für das ganze Reich, seine Bevölkerung und damit auch für die Juden ein Krisen- und Schicksalsjahr, die Weimarer Republik stand auf des Messers Schneide.

Nach dem verlorenen Krieg hatten die Siegermächte Frankreich, Belgien, Großbritannien und USA die linksrheinischen Gebiete sowie drei rechtsrheinische „Brückenköpfe“ mit einem Radius von je 30 Kilometern um Köln, Koblenz und Mainz besetzt. Die linksrheinischen Gebiete sowie alle rechtsrheinischen mit 50 km Abstand zum Rhein wurden zudem zu einer entmilitarisierten Zone für jegliche deutsche Streitkräfte erklärt. In diesem Gebiet, und damit auch in Koblenz, bestimmten die Besatzungsmächte mit zahlreichen Verboten und Beschränkungen das gesellschaftliche und politische Leben weitgehend mit.



Karte von der Besetzung des Rheinlandes nach dem I. Weltkrieg, von 1919 bis 1930.

Die Situation für Koblenz und Umgebung verschärfte sich noch, als wegen unzureichender deutscher Reparationszahlungen französische und belgische Truppen im Januar 1923 auch das Ruhrgebiet besetzten. Hiergegen leisteten die Rheinländer bis September 1923 passiven

Widerstand, Sabotage und Streiks. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft und die Bürger waren verheerend. Um den gegenüber den Siegermächten und den Bürgern bestehenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, brachte die Regierung mehr und mehr Geld in Umlauf, auch wenn es für die immer höhere Anzahl Banknoten keine materiellen Gegenwerte im Land gab. Die Folge war ein rasanter Niedergang der Währung, die Mark verlor immer mehr an Kaufkraft und Außenwert. Diese Entwicklung wurde durch den Ruhrkampf noch verschärft, die Inflation zur Hyperinflation. So kostete am 2. Dezember 1923 in Berlin: 1 Ei – 320 Milliarden Mark, 1 Liter Milch – 360 Milliarden Mark, 1 Kilo Kartoffeln – 90 Milliarden Mark, 1 Straßenbahnfahrt – 50 Milliarden Mark, 1 Dollar entsprach 4,21 Billionen Mark.

Die Geldscheine hatten immer höhere Nennwerte. Bezahlt wurde mit Geld, das man in Taschen und Koffern mit sich führte. Erst Ende 1923 und dann im Jahr 1924 gelang es der Regierung, mit der Rentenmark und dann mit der Reichsmark die Währung zu stabilisieren.

Gegen Ende dieses Krisen- und Schicksalsjahres 1923 gab es auch noch Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und linken Regierungen in Sachsen und Thüringen sowie der rechten Regierung in Bayern. Während die Reichsregierung die in Sachsen regierende Volksfront aus SPD und KPD mit einer Reichsexekution absetzte und in Sachsen und Thüringen die Reichswehr einmarschieren und für „Ruhe und Ordnung“ sorgen ließ, geschah gegenüber der rechten Regierung in Bayern nichts dergleichen. Das nutzte der Vorsitzende („Führer“) der NSDAP **Adolf Hitler (1889-1945)** aus und inszenierte in München am 9. November 1923 zusammen mit dem **Weltkriegsgeneral Ludendorff**<sup>210</sup> mit dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“ den Hitler-Ludendorff-Putsch. Zeitgleich schlossen sich mehrere separatistische Vereinigungen im Rheinland zusammen, besetzten teilweise unterstützt von den französischen Besatzungstruppen einige Stadt- und Gemeindeverwaltungen. Am 26. Oktober 1923 riefen die Separatisten in Koblenz die „unabhängige Rheinische Republik“ aus. Hier war dann auch der Regierungssitz dieser Bewegung, die sehr bald in sich zusammenbrach.



Separatisten der „Rheinischen Republik“ vor dem Koblenzer Schloss (22. November 1923),  
Bildmitte mit Baskenmütze: „Ministerpräsident“ Josef Friedrich Matthes.

<sup>210</sup> Vgl. zu Ludendorff bereits oben S. 64.

## 6. Die Koblenzer Ortsgruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten

Dieser besonderen Situation in den linksrheinischen Gebieten war es geschuldet, dass die Koblenzer Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten erst im Jahr 1923 gegründet wurde. Offenbar gelang es den Koblenzern, die Franzosen, die im Januar 1923 die Amerikaner als Besatzungsmacht abgelöst hatten, von der Ernsthaftigkeit und politischen Neutralität des Reichsbundes zu überzeugen. Dabei konnten sie auch auf das Interesse und Engagement an dem Thema auch in Koblenz verweisen. Denn schon im Jahr 1920 hatte man das Denkmal für die jüdischen Gefallenen des Krieges auf dem jüdischen Friedhof eingeweiht<sup>211</sup> und gerade der **Prediger Huhn** war es, der sich bei diesem Thema engagierte. So hielt er im Jahr 1920 in Koblenz einen Vortrag zum Thema „Die Juden im Heere“ und fand dabei so viele begeisterte Zuhörer, dass 20 Koblenzer dem C.V. beitraten.<sup>212</sup>

Zur gleichen Zeit erlaubten die Franzosen auch die Gründung des Landesverbandes Westdeutschland des RjF. In diesem Landesverband schloss sich die Koblenzer Gruppe mit mehr als 30 anderen Ortsgruppen zusammen, das waren insgesamt ca. 2.500 Mitglieder. Die Zulassung erfolgte als „politische Vereine mit unklarer Tendenz“. Sie mussten dann jede noch so kleine Versammlung der Besatzungsbehörde melden, damit diese sie kontrollieren und ggf. mit ihrem Veto verhindern konnte.<sup>213</sup> Später betonte der Reichsbund immer wieder, dass kein einziges ihrer Mitglieder und auch kein einziger Jude überhaupt in der Separatistenbewegung mitgearbeitet hatte.

Vorsitzender der Koblenzer Ortsgruppe war von Beginn an (bis 1936) **Milton Gottschalk (geb. 1891)**, dessen Eltern und nach dem Tod seines Vaters er mit seiner Mutter das Herrenbekleidungsgeschäft Am Plan 30 führte.<sup>214</sup> Die Gruppe und gerade ihr Vorsitzender waren im patriotischen, nationalen Sinne sehr aktiv. Bei dem Ausscheiden **Gottschalks** aus dem Reichsbund lobte der Landesvorsitzende ihn als einer der rührigsten Ortsgruppenleiter des gesamten Westens, der sowohl ideell als auch materiell jederzeit für die Ziele des Bundes eingetreten sei.<sup>215</sup> In dem in Bezirksgruppen organisierten Landesverband Westdeutschland gehörte die Koblenzer Gruppe zur Bezirksgruppe 7, bestehend aus den Ortsgruppen Bonn, Altenkirchen, Neuwied, Andernach und Koblenz; die Koblenzer stellten den 2. Vorsitzenden der Gruppe.

Auch sonst war die Koblenzer Gruppe über die Stadt hinaus aktiv.<sup>216</sup> So organisierte sie unter maßgeblicher Beteiligung der **Rechtsanwälte Dr. Isidor Treidel** und **Dr. Arthur Salomon** im Jahr 1930 die Gründung der RjF-Ortsgruppe „Kreis Mayen“, zu der Kameraden aus Mayen, Kruft, Niedermendig und Wehr gehörten. Daraufhin wurde im selben Jahr die bisherige Bezirksgruppe 7 aufgeteilt in eine Bonner und eine Koblenzer Bezirksgruppe. Zur Koblenzer Gruppe gehörten die Ortsgruppen Neuwied, Andernach, Dierdorf, Mayen und Koblenz. Vorsitzender wurde **Rechtsanwalt Dr. Arthur Salomon**. Die Gruppe traf sich wöchentlich im Hotel Continental am Hauptbahnhof und leistete Aufklärungsarbeit durch

---

<sup>211</sup> S. bereits oben S. 60.

<sup>212</sup> Vgl. „Im deutschen Reich“, Heft 6 von Juni 1920, S. 209.

<sup>213</sup> S. „Der Schild“ Nr. 19 vom 10. Mai 1929, Seite 158: „Der Landesverband Westdeutschland“.

<sup>214</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 43.

<sup>215</sup> Zit. nach „Der Schild“ Nr. 29 vom 17. Juli 1936, S. 4 „Aus unserer Frontsoldatenbewegung“.

<sup>216</sup> Vgl. Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 45ff.

Synagogenführungen für Nichtjuden. Auch veranstaltete sie Fahrten zu den Schlachtfeldern von Verdun und in den Argonnen.

## 7. Der Abwehrkampf gegen den Antisemitismus

Darüber hinaus wehrte sich der Reichsbund - wie der C.V. - mit Prozessen gegen antisemitische Diffamierungen. So engagiert das auch geschah, so mäßig war doch der Erfolg. Eine unheilvolle Rolle spielte dabei gerade das Reichsgericht, das höchste deutsche Gericht, das mit seiner Rechtsprechung für eine reichseinheitliche Rechtsprechung sorgen sollte und – zum Nachteil der Juden - auch sorgte.<sup>217</sup>

So sah das Reichsgericht in der Verhöhnung der ersten deutschen Republik als „*hühnereigelbe Judenrepublik*“ keine strafbare Handlung und sprach den dies verbreitenden Angeklagten frei. Das Gericht bot dabei seinen ganzen Scharfsinn auf, um festzustellen, dass die Bezeichnung „*Judenrepublik*“ nicht unbedingt eine Beschimpfung der Republik sein müsste. Gemeint sein könne vielmehr auch „*die übermäßige Macht und der übermäßige Einfluss, den die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleine Anzahl der Juden nach Ansicht weiter Volkskreise in Deutschland tatsächlich ausübt*“. Und „*hühnereigelb*“, auch in Verbindung mit „*Schwarz-Rot-Hühnereigelb*“ sei keine beschimpfende Bezeichnung für die Reichsfarben, denn das Wort „*hühnereigelb*“ sei „*an sich offenbar bedenkenfrei*“.

Auch Beschimpfungen der Juden als „*jüdische Schweinekerle*“, die „*getreu ihrem Religionsgesetzbuch nichtjüdische Frauen und Mädchen ... schändeten*“, wurden strafgerichtlich nicht geahndet. Das Reichsgericht sah darin keine Kollektivbeleidigung „der Juden“. Allerdings erkannte das Gericht – andere - Personenmehrheiten an, die beleidigungsfähig waren, so dass eine oder mehrere (bestimmte) Person(en) mit dem Kollektiv zugleich beleidigt werden und Ehrenschatz in Anspruch nehmen konnte(n). So waren unter einer Kollektivbezeichnung etwa folgende Personenmehrheiten beleidigungsfähig: der preußische Richterstand, Fürsten, Grafen, Schlossherren, Offiziere, christliche Geistliche und „die Großgrundbesitzer“ ---- „die Juden“ aber – so die Rechtsprechung – bildeten keine unter einer Kollektivbezeichnung beleidigungsfähige Personenmehrheit. Der einzelne Jude konnte deshalb gegen solche Kollektivbeleidigungen nicht vorgehen. Ebenso lehnte es die Rechtsprechung ab, Beschimpfungen der Juden als eine Diffamierung der jüdischen Religionsgemeinschaft oder einer Bevölkerungsklasse anzusehen - was strafbewehrt gewesen wäre. Vielmehr klassifizierte sie solche als Angriffe gegen die „jüdische Rasse“ – und diese war strafrechtlich nicht geschützt.

Zur damaligen Zeit gab es diese Hetze wohl nicht in Koblenz. Es ist nicht bekannt, dass Koblenzer Bürger oder Presseorgane solche Diffamierungen verbreitet oder Koblenzer Gerichte mit solcher Hetze befasst oder Koblenzer Anzeigen hiergegen erstattet hatten. Ein Grund war vor allem die besondere, durch die Besetzung der Rheinlande wie dann auch des Ruhrgebiets und den passiven Widerstand geprägte Situation. Dadurch waren - wie erwähnt<sup>218</sup> – politische Aktivitäten nur eingeschränkt möglich. So konnten sich – anders als im

---

<sup>217</sup> Vgl. dazu im Einzelnen: Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933, 1966, S. 263-273.

<sup>218</sup> Vgl. bereits oben S. 67f.

unbesetzten Teil - völkische und extrem nationalistische Bewegungen, wie etwa der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund<sup>219</sup>, der in der Frühphase der Weimarer Republik bis zu seinem Verbot nach der Ermordung **Rathenaus** radikal judenfeindlich war, hier nicht organisieren und agitieren.

Aber diese antisemitische und antidemokratische Hetze hatte natürlich auch Auswirkungen auf das Klima in Koblenz. Eine Folge war etwa der sog. Sommerfrischen-Antisemitismus oder Bäder-Antisemitismus. Überall im Deutschen Reich gab es Hotels und Pensionen, in denen Juden als Urlaubsgäste nicht willkommen waren.

Schlimm war es Anfang der 1920er Jahre etwa in Bayern. Die Zustände dort veranlassten den **Berliner Satiriker Kurt Tucholsky (1890-1935)** unter dem Pseudonym Ignatz Wrobel zu dem „Aufruf“ in der „Weltbühne“: „Reisende, meidet Bayern!“ Später spöttelte er: „Man reist selbst in Afrika bequemer und gefahrloser als in Bayern – ganz abgesehen von der dort herrschenden Zivilisation.“<sup>220</sup>

Besonders schlimm war der Bäder-Antisemitismus, in Badeorten an der Ostsee oder auf der Nordseeinsel Borkum. Weniger vermögende Adlige und Angehörige der bürgerlichen Mittelschichten, die bis dahin die Orte an der See mehr oder weniger für sich beansprucht und gewissermaßen als ihr Stammgast-Privileg betrachtet hatten, sahen sich in ihrem sozialen Status durch das Auftreten von Juden, insbesondere des verhassten „jüdischen Parvenüs“ bedroht. Allgemein war man der Ansicht, die Juden würden sich etwas anmaßen, was ihnen nicht zustünde.



Karikatur: „Juden sind hier unerwünscht“.

<sup>219</sup> Vgl. Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte, 2021, S. 190f.

<sup>220</sup> Zit. nach: Julius H. Schoeps: Düstere Vorahnungen. Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe, 2018, S. 70f.

Auf Borkum sang man das berühmte Borkumlied.<sup>221</sup>

„An Borkums Strand nur Deutschtum gilt,  
 nur deutsch ist das Panier,  
 :/: Wir halten rein den Ehrenschild Germanias für und für :/:  
 Doch wer dir naht mit platten Füßen,  
 mit Nasen krumm und Haaren kraus,  
 der soll nicht deinen Strand genießen,  
 der muss hinaus! Der muss hinaus! Hinaus!“



Ansichtskarte von Borkum, um 1900, mit dem Borkum-Lied und abgewiesenen jüdischen Urlaubsgästen (rechts oben).

Wie diese Ansichtspostkarte von der Jahrhundertwende zeigt, war der Bäder-Antisemitismus nicht neu, aber er nahm immer mehr überhand, zeigte sich unverfrorener und platzgreifender und wurde erlaubt bzw. geduldet. Zunehmend bekam er auch rassistische Züge wie im Zinnowitz-Lied, das man im Jahr 1927 im Ostseebad Zinnowitz kollektiv mit diesen Schlusszeilen sang:<sup>222</sup>

„Und wer da naht vom Stamme Manasse  
 ist nicht begehrt,  
 dem sei's verwehrt.  
 Wir mögen keine fremde Rasse!  
 Fern bleibt der Itz  
 von Zinnowitz.“

<sup>221</sup> Vgl. dazu und zur Rechtsprechung und Praxis: Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933, 1966, S. 269f.

<sup>222</sup> Zit. nach: Julius H. Schoeps: Düstere Vorahnungen. Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe, 2018, S. 69ff.

Da musste man auch als Koblenzer Familie den Urlaub schon gut planen und ein Ziel ohne Schilder wie „*Juden sind hier unerwünscht!*“ auswählen. Die Hetze gegen Juden war so schlimm und der Hinweis darauf so nötig, dass der C.V. reichsweit vor einzelnen Hotels, aber auch vor ganzen Ortschaften, die sich Judenfeindlichkeit zum Geschäftsprinzip gemacht hatten, warnte. Bald erschienen in der C.V.-Zeitung Listen mit Orten, von deren Besuch ausdrücklich abgeraten wurde.

Erschreckend war nicht nur dieser Hass, sondern auch seine große Verbreitung. Antisemitische Propaganda gab es in den frühen 1920er Jahren durch mehr als 700 Publikationen und Zeitschriften, unter ihnen die 1920 in deutscher Übersetzung erschienenen „Protokolle der Weisen von Zion“.<sup>223</sup> Bei den „Protokollen“ handelte es sich um die angebliche Rede eines jüdischen Führers vor einer Geheimversammlung der „Weisen von Zion“, der in allen verworrenen Einzelheiten den Plan für eine umfassende jüdische Verschwörung zur Erlangung der „Weltherrschaft“ enthüllte. Das war eine Fälschung ohne jeden dokumentarischen Bezug, die zudem zahlreiche Widersprüche und Sinnlosigkeiten enthielt. Zu keiner Zeit und nirgendwo erreichte dieses Lügenpamphlet eine größere Verbreitung als in der Weimarer Zeit. Viel gelesen wurde etwa auch **Artur Dinters (1876-1948)** rassistischer Schundroman „Die Sünde wider das Blut“; er hatte bis 1932 eine Auflage von über 300.000 Exemplaren.<sup>224</sup>

Radikalisiert wurde dieser Antisemitismus noch durch die Hetze gegen die Ostjuden. Nach dem Krieg, in den Jahren 1919 bis 1921, wurde Osteuropa von einer Pogromwelle überzogen. Viele Ostjuden flohen nach Deutschland und lösten hier große Befürchtungen vor einer „Überflutung“ durch „moralisch minderwertige Ostjuden“ aus.<sup>225</sup>



Antisemitische Postkarte mit der Darstellung einer gefesselten Germania.

<sup>223</sup> Vgl. dazu eingehend: Wolfgang Benz: Antisemitismus, 2013, S. 66-80.

<sup>224</sup> S. Avraham Barkai: Jüdisches Leben in seiner Umwelt, in: Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band IV: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945, 1997, S. 50-73 (52f.).

<sup>225</sup> Wie vor, S. 64-68.

## 8. Hoffnungsvolle Ansätze und Tendenzen

Es waren aber nicht diese und andere negative Tendenzen, die allein die Situation der Juden in der Weimarer Republik bestimmten. Vielmehr gab es auch positive und hoffnungsvolle Ansätze und Tendenzen. Zudem darf man die Weimarer Republik nicht nur von ihrem Ende, ihrem Scheitern aus beurteilen. Die Juden in ihrer Gesamtheit jedenfalls begrüßten die erste deutsche Demokratie aus ganzem Herzen, vor allem wegen des Versprechens der vollen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gleichstellung.

Und der Anfang war auch positiv und begann mit der fortschrittlich-liberalen Verfassung. In der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 hieß es in Art. 137 WRV:

*(1) Es besteht keine Staatskirche.*

*(2) Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluss von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen.*

*(3) Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.*

*(4) Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes.*

*(5) Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbands zusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.*

*(6) Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.*

*(7) Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.*

*(8) Soweit die Durchführung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ob.*

Normativer Dreh- und Angelpunkt für den Status der Religionsgemeinschaften war Art. 137 Absatz 5 WRV.<sup>226</sup> Er regelte deren öffentlich-rechtlichen Status und differenzierte zwischen altkorporierten (Satz 1) und neukorporierten (oder besser: neu zu korporierenden, Satz 2) Religionsgemeinschaften, also solchen, die bisher schon Körperschaften des öffentlichen Rechtes waren, und solchen, die es nach dem Recht der Weimarer Reichsverfassung werden wollten. Diese Neuregelung, so wichtig und grundlegend sie an sich für den Status jüdischer Organisationen auch war<sup>227</sup>, hatte für die Rechtsnatur der Koblenzer Synagogengemeinde, wie für alle preußischen Synagogengemeinden, gleichwohl keine Bedeutung.

---

<sup>226</sup> Vgl. dazu: Michael Demel: Gebrochene Normalität. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, 2011, S. 26.

<sup>227</sup> Auch heute, unter Geltung unseres Grundgesetzes (GG), ist diese Regelung mit dem Verweis des Art. 140 GG auf den inkorporierten Art. 137 WRV für das Staatskirchenrecht maßgeblich.

Der Grund dafür lag darin, dass die preußische Regierung Art. 137 Absatz 5 WRV nicht als unmittelbar geltendes Recht ansah, sondern vielmehr als eine reichsrechtliche „Handlungsanweisung“ für den Landesgesetzgeber, die also erst noch umgesetzt werden musste. Zur Begründung verwies sie dafür auf die Regelung in Art. 137 Abs. 8 WRV. Nach ganz überwiegender Meinung betraf diese Vorschrift aber eine andere Situation. Diese - zutreffende - Rechtsmeinung akzeptierte die preußische Regierung aber nicht und war für sie nicht maßgeblich. Da Preußen keine landesrechtliche Regelung traf, war demnach Art. 137 Abs. 5 WRV von vornherein bedeutungslos. Es blieb in Preußen also alles bei der bisherigen Handhabung des Staatskirchenrechts.<sup>228</sup>

Damit lief nicht nur die Regelung des Art. 137 Abs. 5 WRV leer. Weitere Folge war vielmehr auch, dass der Status der Synagogengemeinden in Preußen und damit auch der der Koblenzer Synagogengemeinde unverändert blieb. Dieser Status war indessen seit dem Gesetz von 1847 letztlich nicht geklärt. Jedenfalls waren die Synagogengemeinden in Preußen bisher nicht ausdrücklich als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt.<sup>229</sup> Von daher hatte der preußische Staat auch keinen Anlass, sie als altkorporierte Religionsgemeinschaften förmlich festzustellen.

Dieses Dilemma wäre nur zu lösen gewesen, wenn die Koblenzer Synagogengemeinde (oder andere Synagogengemeinden) einen Antrag auf Neukorporierung gemäß Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV gestellt hätte und – nach zu erwartender Ablehnung – in einem (Muster-)Prozess diesen Antrag weiterverfolgt hätte. Dann hätte von Gerichts wegen geklärt werden können, ob Art. 137 Abs. 5 WRV unmittelbar geltendes Recht war. Wenn das, wofür sehr vieles sprach, vom Gericht so geklärt worden wäre, wäre dann der Weg für die Prüfung einer Korporierung frei gewesen. Diese wäre sicherlich dann im Sinne der klagenden Synagogengemeinde(n) ausgefallen, da diese die materiellen Voraussetzungen für eine Anerkennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts erfüllt hatte/n.<sup>230</sup> Die klagende Synagogengemeinde hätte dann die Neukorporierung erstritten – sofern das Gericht nicht zu dem Ergebnis gekommen wäre, dass die preußische/n Gemeinde/n schon längst diese Voraussetzungen erfüllt hatte/n – und deshalb altkorporierte Körperschaft/en des öffentlichen Rechts war/en.

Dies sind alles nachträgliche staatskirchenrechtlich interessante Erwägungen, sie hatten damals in der Weimarer Republik aber keine Bedeutung. Denn weder die Koblenzer Synagogengemeinde noch eine andere Synagogengemeinde – und auch nicht einmal der neu gegründete Landesverband – stellten damals einen solchen Antrag auf Neukorporierung und damit auf verbindliche Klärung ihres Status. Ganz ersichtlich lebten die Gemeinden weiterhin ganz gut mit ihrem einer Körperschaft des öffentlichen Rechts angenäherten Status. Man sah die Klärung als nicht so wichtig an, konnte mit dem seit Jahrzehnten bestehenden Rechtszustand leben und arbeiten - und hatte andere Prioritäten.

---

<sup>228</sup> Vgl. dazu: Michael Demel: Gebrochene Normalität. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, 2011, S. 129.

<sup>229</sup> Vgl. dazu: Teil 1, S. 91 und oben S. 3.

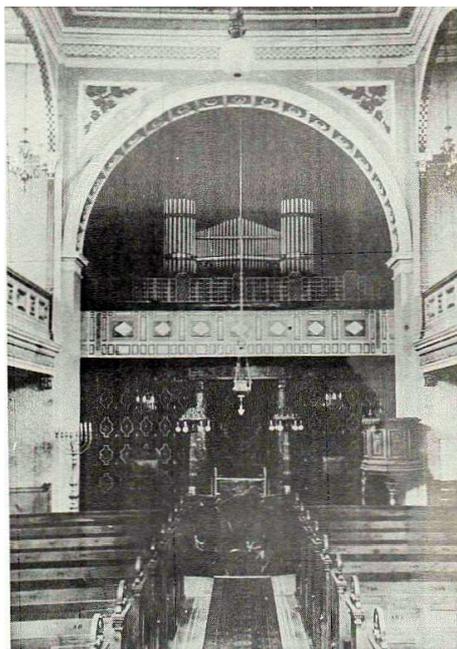
<sup>230</sup> Vgl. zu den Voraussetzungen: Michael Demel: Gebrochene Normalität. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, 2011, S. 43f.

## 9. Blüte des Gemeinde- und Religionslebens

Zu diesen Prioritäten gehörte etwa die Schaffung einer übergemeindlichen Organisation. Nach seiner religiösen Tradition hatte das Judentum bislang keine übergemeindliche Ebene geschaffen. Das änderte sich jetzt. Im Land Preußen entstand sie im Jahr 1922 – und das gleich zweimal. Es bildeten sich der „Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden“ und der „Preußische Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden“.<sup>231</sup> Der erstgenannte Verband war wohl eher reformerisch orientiert bzw. hinsichtlich der verschiedenen Richtungen im Judentum nicht eindeutig festgelegt; er war weitgehend mehrheitsfähig, gehörten ihm doch etwa 70 Prozent der in Preußen lebenden Juden an. Demgegenüber war der zweite Verband orthodox ausgerichtet, in ihm organisierten sich deutlich weniger Juden. Beide Landesverbände besaßen nach dem Verständnis der preußischen Regierung nicht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der wäre nach Art. 137 Abs. 5 Satz 3 WRV für einen Verband in Frage gekommen. Die Anerkennung scheiterte wiederum daran, dass Preußen Art. 137 Abs. 5 WRV nicht als unmittelbar geltendes Recht ansah und im Übrigen die Verbände auch keinen Antrag auf Neukorporierung stellten (was eine Klärung der Rechtslage hätte herbeiführen können).

Der Vollständigkeit halber soll noch erwähnt werden, ob und ggf. welchem der beiden neu gegründeten Verbände sich die Koblenzer Synagogengemeinde angeschlossen hat. Wenn sie – was anzunehmen ist – einem Verband beigetreten war, so dürfte das entsprechend ihrer Orientierung nicht der orthodox ausgerichtete Preußische Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden gewesen sein, sondern vielmehr der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden.

Wirklich wichtig war den Koblenzer Juden ihr Gemeinde- und Religionsleben. Das zeigte sich für jeden sichtbar beim Umbau der Synagoge „Bürresheimer Hof“ am Florinsmarkt.



Das Innere der Koblenzer Synagoge „Bürresheimer Hof“,  
vor dem Umbau 1923.

---

<sup>231</sup> Im Einzelnen, wie vor, S. 129f.



Die Koblenzer Synagoge „Bürresheimer Hof“ außen, vor der Pogromnacht 1938.

Die neugestaltete Synagoge beschreibt Hildburg-Helene Thill so:<sup>232</sup>

*„Durch ein großes Tor gelangte man vom Florinsmarkt aus direkt in den Synagogengarten, der den Blick auf die Mosel freigab. Im linken Anbau (heute Getränkelager) befanden sich die Unterrichtsräume der jüdischen Schule, in der an einigen Nachmittagen in der Woche durch den Prediger (**Huhn**, Erg. d. A.) Unterricht in hebräischer Sprache abgehalten wurde (...). Vom Synagogengarten aus gelangte man durch ein Tor, über dem zwei Bundestafeln zu sehen waren (heute ist das Tor zum Florinsmarkt hin angebracht, aber ohne Tafeln), in eine große Empfangshalle (...).*



Der Innenhof der Synagoge, vor der Pogromnacht 1938.

<sup>232</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 116f.



Das Tor im Innenhof zur Empfangshalle  
mit den beiden Bundestafeln im Giebel, vor der Pogromnacht 1938.

*Zwei große Säle, rechts und links der Empfangshalle, standen der Gemeinde für Veranstaltungen zur Verfügung. Von einem Balkon im Innenhof aus konnte man dem Treiben auf der Mosel zusehen. Eine Laube um Innenhof lud ebenfalls zum Verweilen ein. Im ersten Stock befand sich die Synagoge, daneben wohnte die Familie Huhn, auch das Gemeindebüro lag im ersten Stock.“*

Die Gemeinde war nicht offiziell reformiert, aber auch nicht orthodox. Mit den Religionsgesetzen nahm man es nicht allzu streng, so dass auch niemand Anstoß daran nahm, wenn jemand mit seinem Auto zum Gottesdienst kam. Der Gottesdienst in der neu gestalteten Synagoge fand in einem würdigen Rahmen statt. Zu den hohen Feiertagen im Herbst gastierten dort oftmals Sänger des Koblenzer Stadttheaters, die den ständigen Synagogenchor verstärkten. An jedem Sabbat spielte ein Organist des Koblenzer Musikinstituts, der Nicht-Jude war, auf der Orgel. Die Synagoge war der zentrale Treffpunkt – auch für die Jugend. Während der oft sehr langen Gottesdienste waren die Kinder und Jugendlichen meist auf der Empore, dem Balkon in der Synagoge) beim Chor und der Orgel. Ein beliebter Treffpunkt der Jugend außerhalb des Gottesdienstes war der direkt über der Mosel gelegene Garten. Die Synagoge und das Gemeindeleben waren das Zentrum der jüdischen Gemeinschaft und für viele ihrer Mitglieder ein Ausgleich für das, was sie im Alltag erlebten und dann später noch auf sie zukam.



Vier Freunde auf dem Balkon des Koblenzer Synagogeninnenhofs, 1934.  
Auf der Bank v.l.n.r.: Liesel Reiling, Anni Kirchheimer und Kurt Hermann, dahinter Leo Horn.

Über diese Zeit vermittelt sicherlich kein repräsentatives, aber doch ein Stimmungsbild der Bericht des 1907 in Koblenz geborenen und im Sommer 1937 noch rechtzeitig in die USA ausgewanderten **Fritz Kaufmann (geb. 1907)** in einem Brief von 1985:<sup>233</sup>

*„Bis zur Hitlerzeit wussten wir vom Judenhass persönlich nur vom Hörensagen. Wir beide (**Fritz** und der 1905 in Koblenz geborene **Bruder Erich**, Erg. d. A.) haben ihn nicht in der Schule, der Turngesellschaft, dem „Turnverein 1860“, dem „Fußballclub 1900“ und bei den Mitbürgern erlebt. Wir gingen bei unseren christlichen Freunden ein und aus. Wir waren mit unserer Heimatstadt genauso verbunden wie andere „Schängel“. Wir gehörten zur Schicksalsgemeinschaft Koblenz und zur Schicksalsgemeinschaft Deutschland, in guten wie auch schlechten Zeiten. Zu Beginn des 1. Weltkrieges feierten wir die vielen Siege. Da läuteten die Glocken, und es gab schulfrei. Unser Vater war wie die meisten Väter unserer Schulkameraden und Freunde an der Front. Später litten wir unter der Lebensmittelknappheit, den Brotkarten – auch Mazzot für Pessach gab es auf Brotkarten – dem verlorenen Krieg, der amerikanischen Besatzung, der Revolution, dem passiven Widerstand, den Unruhen wegen der versuchten Bildung der Rheinischen Republik, der Inflation, die alle arm machte, und nahmen auch, wie alle Bürger, nach dem Kriege an dem Wiederaufbau teil. (...)*

*Nach der Schulzeit (...) ging **mein Bruder Erich** ins Schuhhaus Gebr. Fischel-Cohn in die Lehre, wo er sehr schnell Geschäftsführer wurde. (Er war dann, Erg. d. A.) Direktor der „Schuh-Baum-AG“ und der „Süddeutschen Bottina-Schuhgesellschaft“, die in den größeren Städten Deutschlands eine Anzahl Filialen hatte. Ich erlernte das Bankfach bei der „Dresdner Bank“. Filiale Koblenz. (...) ich arbeitete dann aber in der Strickwarenindustrie.*

*(...Mein Vater, Erg. d. A.) fühlte sich in Koblenz zu Hause und sicher. Sein Standpunkt war: Als Frontkämpfer mit dem Eisernen Kreuz hätte er seine Pflicht fürs Vaterland getan. (...) Für unsere Familie hatte (...) der 1. Weltkrieg zwei Jahre „länger“ gedauert. Kurz vor dem Waffenstillstand, Ende Oktober 1918, feierte **mein Bruder Erich** seine Bar Mizwah. Unser Vater sollte dazu zu einem kurzfristigen Urlaub kommen. Am Morgen der Feier kam an seiner Stelle ein von uns an ihn gerichteter Brief mit der Bemerkung „vermisst“ zurück. In der Synagoge am Florinsmarkt hatten viele Gemeindeglieder, die an der Bar Mizwah-Feier*

<sup>233</sup> Zit. nach: Hildburg-Helene Thill: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987, S. 147ff. (147f).

teilnahmen, Tränen in den Augen. Die Nachbarn und Freunde waren genauso traurig. Einige Tage später berichtete ein Koblenzer Kompaniekamerad meines Vaters, **Unteroffizier Lautermann**, dass unser Vater wahrscheinlich mit vielen anderen Kameraden in Gefangenschaft geraten wäre, als der Bogen von St. Michel von den Amerikanern abgeschnitten wurde. So war es auch. Bis 1920 haben wir dann auf seine Rückkehr gewartet.“

## 10. Die Jahrtausendfeier der Rheinlande

Die jüdische Gemeinde zog sich aber auch keineswegs aus dem gesellschaftlichen Leben zurück. Vielmehr wollten die assimilierten Juden trotz aller Rückschläge Teil – und zwar geschätzter Teil – der Gesellschaft sein. Willkommener Anlass, um dies zu demonstrieren und um sich selbst darzustellen, war die Jahrtausendfeier der Rheinlande.

Den geschichtlichen Hintergrund für die Feier war die Herausbildung eines westfränkischen und eines ostfränkischen Königreichs und die Unterwerfung des lothringischen Herzogs dem ostfränkischen König im Jahr 925. Damit gehörten die „Rheinlande“ zum (deutschen) Ostreich, dem späteren Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Die Jahrtausendfeier war eine Demonstration der nationalen Gesinnung u.a. mit Ausstellungen, Festumzügen, Demonstrationen und Gottesdiensten. Die bedeutendste Veranstaltung war die Jahrtausendausstellung in Köln. Die Judenheit insgesamt und insbesondere die rheinische nutzte die sich bietende Chance. In einer besonderen Abteilung der Ausstellung stellten sie die Bedeutung des Judentums und seine Verbundenheit mit der deutschen und europäischen Kultur dar.

Einen Eindruck von diesem im Juni 1925 im ganzen Rheinland stattfindenden Großereignis vermittelt die Ausgabe der „C.V.-Zeitung“<sup>234</sup> Nr. 26 vom 26. Juni 1925, die als „Rheinland-Nummer“ dieses Ereignis ausführlich würdigte.



C.V.-Zeitung Nr. 26 vom 26. Juni 1925, die Rheinland-Nummer zur Jahrtausendfeier der Rheinlande.

<sup>234</sup> Sie erschien als Nachfolgerin der Zeitung „Im deutschen Reich“ seit 1922 als Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Der Leitartikel stammte von dem **Kölner Justizrat Bernhard Falk**, Mitglied des Landtages. Unter dem Titel „Der deutsche Jude auf rheinischer Erde“ schrieb er:

*„Aus der Kölner Jahrtausendausstellung spricht eine große und erhebende Vergangenheit zu uns. Sie zeigt die unlösliche Verflochtenheit des Rheinlandes mit Deutschland seit ungezählten Generationen, sie zeigt in ihren romanischen und gotischen Kunstschatzen, in ihren Urkunden und Bauten, in Schrift und Bild den bodenständigen, kerndeutschen Charakter rheinischer Kultur. An dieser Kulturarbeit haben wir deutschen Juden reichen Anteil. Sie ist auch unser Erbe, unser Besitz, unser Stolz und unsere Arbeit.“*

*Mit Bewunderung sieht der Nichtjude die Jüdische Abteilung der Ausstellung, die **Rabbiner Dr. Kober**<sup>235</sup> geschaffen hat. Was wir Juden längst gewusst haben, wird jetzt unseren christlichen Mitbürgern vor die Seele geführt werden. Das jahrhundertlange Ringen des rheinischen Juden um Teilnahme an Wissenschaft und Kunst, an der Gestaltung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens, an sozialer Arbeit und werktätiger Nächstenliebe und – sobald es uns gestattet war – an Staat und Volk.“*

Rabbiner **Dr. Adolf Kober** stellte diese Abteilung „Juden und Judentum im Rheinland“ kurz mit den Worten vor:<sup>236</sup>

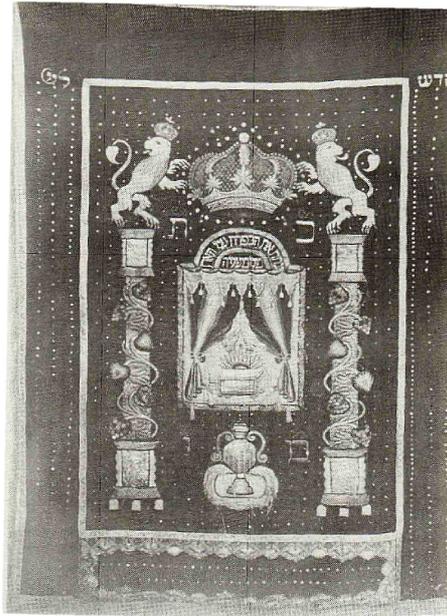
*„Die Abteilung ‚Juden und Judentum im Rheinland‘ (fügt) sich also organisch in das Ganze ein und (bringt) damit schon den Kulturzusammenhang zwischen Judentum und rheinischem Land und Volk zum Ausdruck. Die jüdische Abteilung dient der äußeren Geschichte, der Geistesgeschichte, des religiösen Lebens und der Synagoge im Laufe des letzten Jahrtausends. (...) Auch der Kampf um die Emanzipation im Rheinland hat seinen Niederschlag in Denkschriften und Bildern gefunden. Die jüdische Abteilung will aber auch die Geistesgeschichte der rheinischen Juden veranschaulichen, obwohl es an und für sich kaum möglich ist, das geistige Leben einer Epoche zum vollen Ausdruck zu bringen und zu zeigen, wie die jüdische Wissenschaft als Halacha, als Moralliteratur, als Mystik und Gebetsliteratur sich zuerst in Mainz im 10. Jahrhundert und von dort aus in Worms, Speyer, Köln und Bonn entfaltet hat. (...)“*

*Das religiöse Leben wird durch alle die Symbole festgehalten, die besonders charakteristisch für das Judentum sind; insbesondere atmet das Sederzimmer mit seinem Tafelschmuck und seinen Bildern die ganze Gemütswärme, die von diesem religiösen Leben ausgeht. Eine Zierde der Ausstellung der jüdischen Abteilung bilden ferner die kleine Synagoge, die den rheinischen Typus aus dem 17. und 18. Jahrhundert darstellt, zu deren Bestandteilen die alten Synagogen Zons, Ehrenbreitstein, Worms, Kleve, Heidelberg u.a. beigetragen haben, ferner die Thoravorhänge (auch den Thoravorhang aus der Synagoge in Koblenz, Erg. d. A.), das Thorasilber verschiedener Gemeinden, Haggadot und Negilott verschiedener Stilgattungen. (...) Aus ihr (der jüdischen Abteilung) rufen die Stimmen der Ahnen, die wir hören sollen, die Stimmen, die zum treuen Festhalten mahnen, zur opferbereiten Freude an dem von Vätern ererbten Gut und die aller Welt den innigen Zusammenhang von rheinischem Judentum und rheinischem Boden dartun.“*

---

<sup>235</sup> Dr. Adolf Kober (1879-1958). Vgl. zu dessen Biografie: <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/adolf-kober/-/DE-2086/lido/57c936666a8146.07984133> (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>236</sup> C.V.-Zeitung Nr. 26 vom 26. Juni 1925, S. 448.



Thoravorhang aus dem Thoraschrein der Koblenzer Synagoge,  
gezeigt während der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande in Köln 1925.

Die Freude über die Präsentation des rheinischen Judentums als Teil der Geschichte des Rheinlands war aber nicht ungeteilt. Immer wieder klang die Sorge wegen des stärker werdenden Judenhasses an. Mit dem Hinweis, dass die rheinische Bevölkerung eigentlich liberaler und offener gesonnen sei als die in anderen Landesteilen, beschwor man das Gemeinsame der Rheinländer, warnte vor dem Antisemitismus und rief zur Selbstbehauptung auf. So führte **Falk** in seinem Leitartikel weiter aus:

*„Allerdings ist auch der Antisemitismus in das Rheinland hineingetragen worden, aber er hat an den Ufern des deutschen Stromes niemals die Bedeutung erlangen können, die er im Norden und Osten gewonnen hat, also in den Gegenden, die nicht wie das Rheinland auf eine fast zweitausendjährige Kultur zurückblicken können und die sich nicht mit demselben Recht wie das Rheinland rühmen können, das Kernstück und der Ausgangspunkt deutschen Wesens und deutschen Wollens zu sein. (...)“*

*Freilich lässt sich nicht leugnen, dass wir Juden immer noch um unser Recht am deutschen Boden und am deutschen Volkstum kämpfen müssen. Wir haben ein Recht an diesem Boden und an diesem Volke, in dem wir wurzeln und dem wir dienen. Wir haben ein Recht, anerkannt zu werden als das, was wir sind und was wir sein wollen: gleichberechtigte, freie deutsche Bürger. Unser deutsches Vaterland, unsere Zugehörigkeit zum deutschen Volke lassen wir uns nicht aus dem Herzen reißen. Wie wir den angestammten Glauben als hohes Erbgut bewahren und unseren Kindern übermitteln wollen, so betrachten wir unser Deutschtum als Erbe der Väter, das wir rein und unverfälscht unseren Nachkommen erhalten wollen und werden. (...) Zusammen mit unseren Glaubensbrüdern im übrigen Deutschland werden wir beweisen, dass uns niemand im Dienst an Volk und Vaterland übertreffen kann.“*

Dieses Bekenntnis zu Vaterland und Deutschtum und zum Kampf dafür wiederholte sich bei der gleichzeitig stattgefundenen Tagung der westdeutschen Landesverbände des Central-Vereins. Auf der Kundgebung „Für Rheinland und Deutschtum“ verabschiedete die Versammlung in einmütiger Zustimmung eine EntschlieÙung, in der es u.a. hieß:

*„Wir deutschen Juden, fest mit dem deutschen Heimatboden verwurzelt, fühlen uns allezeit, in frohen und in traurigen Zeiten, heute und in alle Zukunft, unlösbar mit dem deutschen“*

*Vaterland verbunden, und im heiligen Dienst am deutschen Volk und deutschen Boden werden wir auch in alle Zukunft, in Willens- und Schicksalsgemeinschaft, in sittlicher, geistiger und materieller Förderung heimatlich deutscher Erde uns von niemand übertreffen lassen.“*

## 11. Der aufkommende Nationalsozialismus in Koblenz

Mit dieser auch von den Juden wiedergewonnenen nationalen Hochstimmung hatte die Weimarer Republik schon fast die Hälfte der ihr vergönnten Zeit erreicht. Deren Geschichte wird allgemein in drei Phasen unterteilt: die erste war die Findungsphase nach der sog. Novemberrevolution bis hin zur Überwindung der Existenzkrise im Jahr 1923, die zweite Phase waren die mittleren Jahre von 1924 bis 1929 als Periode der relativen Stabilität und die dritte Phase dann die des Überlebenskampfes und des Untergangs.

Bei genauer Betrachtung waren die „ruhigen Jahre“, die man vor allem mit Blick auf Berlin auch als die „jüdische Renaissance“ nannte, in Koblenz nicht ganz so ruhig und schon phasenweise getrübt. Denn – wenn auch mit Verspätung im Vergleich zu anderen Regionen – machte sich sehr bald der Nationalsozialismus und damit auch dessen Kern-Ideologie der Antisemitismus breit und bemerkbar. Das, was bei der Jahrtausendfeier von jüdischer Seite mahrend und warnend beschrieben wurde, war inzwischen im Rheinland und auch in Koblenz und Umgebung angekommen.

Die Anfänge der am 24. Februar 1920 im Münchner Hofbräuhaus erstmals in Erscheinung getretenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), deren Vorsitzender seit 1921 **Adolf Hitler** war – gab es hier wohl bereits im Jahr 1922. Nach der eigenen Legendenbildung der NSDAP<sup>237</sup> hatte sich in jenem Jahr eine Ortsgruppe der NSDAP in dem damals noch selbständigen rechtsrheinischen Ort Arenberg (heute: Koblenz-Arenberg) gebildet. Über deren Wirken ist selbst in der Propaganda der Nazis nichts bekannt. Angeblich fanden sich dort einige junge Arenberger unter ihrem Anführer **Georg Schmidt** „zum Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde unseres Volkes (zusammen)“. Sie waren – wie es weiter hieß – „auf sich selbst gestellt, ohne Erfahrung, ohne Geldmittel. Nur der fanatische Wille beseelte sie, zu kämpfen für Deutschlands Größe und Freiheit.“ Sie galten den Nazis als „Keimzelle des Nationalsozialismus am Mittelrhein“, als „Bahnbrecher und Wegbereiter des Nationalsozialismus in unserem Gau“.

Viel kann das nicht gewesen sein. Denn nach der Ermordung **Walter Rathenaus** im Juni 1922 hatte Preußen auf der Grundlage des Republikenschutzgesetzes mit Wirkung vom 18. November 1922 die NSDAP verboten. Daran schloss sich nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch am 23. November 1923 ein reichsweites Verbot der NSDAP an, das galt dann bis zum 27. Februar 1925. „Erst“ dann, nach der vorzeitigen Entlassung **Hitlers** aus der nach seinem Putsch verfügten Festungshaft, wurde dieses Verbot mit der Neugründung der NSDAP obsolet. Die jungen Arenberger waren deshalb wohl eher eine informelle Gruppe. Erst später, am 1. Mai 1925 fand sie sich „offiziell“ zur NSDAP-Ortsgruppe Arenberg zusammen.<sup>238</sup> Diese und die nachfolgend beschriebenen Aktivitäten der Nazis fielen übrigens zeitlich genau mit der Jahrtausendfeier der Rheinlande im Juni 1925 zusammen.

Im späten Frühjahr bzw. Sommer 1925, das genaue Datum ist nicht bekannt, wurde auch die

---

<sup>237</sup> Koblenzer Nationalblatt vom 1. Juli 1933: „Arenberg, die älteste Ortsgruppe des Gaues“.

<sup>238</sup> So auch die spätere Darstellung im Koblenzer Nationalblatt vom 27./28. April 1940 „Ortsgruppe Arenberg – Urzelle der Bewegung im Westmarkgau, Ortsgruppenleiter war Georg Schmidt, seit 1931 Leiter des Nationalverlags“.

Ortsgruppe Koblenz gegründet. Beide Ortsgruppen, die Arenberger und die Koblenzer, gehörten zu dem am 1. Juni 1925 neu entstandenen NS-Gau Rheinland-Süd (ab 1926 nur noch Gau Rheinland genannt). In ihm organisierten sich zunächst im Norden die Regierungsbezirke Köln und Aachen sowie Teile des Regierungsbezirkes Düsseldorf und im Süden die Regierungsbezirke Koblenz und Trier sowie das oldenburgische Land Birkenfeld und ein Teil der Provinz Hessen-Nassau.<sup>239</sup> Gauleiter war von Anfang an **Dr. Robert Ley (1890-1945)**<sup>240</sup> Ley, Chemiker bei dem Chemieunternehmen Bayer in Wiesdorf bei Köln (heute: ein Stadtteil von Leverkusen) und seit 1923 Parteimitglied, hatte sich schon früh in Koblenz entsprechend eingeführt, als er auf einer Versammlung den ermordeten **Außenminister Rathenau** beleidigte. Das daraufhin gegen ihn im Oktober 1925 wegen Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz eingeleitete Verfahren stellte der Oberstaatsanwalt in Koblenz mangels Beweises ein.<sup>241</sup>

Wenig erfolgreich waren auch andere Ermittlungsverfahren gegen die Nationalsozialisten und deren Aktivitäten. Das galt etwa für die von der NSDAP in Köln gedruckte und im Gau Rheinland verbreitete Zeitung „Westdeutscher Beobachter“ (WB). Sie wurde in Koblenz im Straßenverkauf angeboten, Verkäufer priesen sie mit dem Ausrufen der Schmähartikel an. Dagegen schritt die Koblenzer Polizei mit einem Verfahren wegen groben Unfugs ein. Auf den Einspruch der Zeitung hin sprach das Amtsgericht Koblenz diese mit der Begründung frei, dass das Ausrufen der Artikel, die in fettgedruckter Überschrift besonders hervorgehoben seien, nicht verboten werden könne, da die Pressefreiheit die Herausgabe zulasse. Die erste öffentliche Versammlung hielt die Koblenzer Ortsgruppe am 29. August 1925 ab – im Evangelischen Gemeindesaal am Altlöhrtor.<sup>242</sup> Größere Aufmerksamkeit in der örtlichen Presse fand dann die Veranstaltung mit dem **NSDAP-Reichstagsabgeordneten Gottfried Feder (1883-1941)** in der städtischen Festhalle – dies vor allem deshalb, weil es dabei zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten kam, denen erst ein 70-köpfiges Polizeiaufgebot Einhalt gebieten konnte.

Ab dem Winter 1926/27 verstärkten die Nationalsozialisten ihre Aktivitäten in Koblenz und Umgebung. Inzwischen war die alliierte Besatzung im Rheinland milder geworden. Die Briten hatten nach den Sicherheitsverträgen von Locarno die fünfjährige Besatzungszone im Umkreis von Köln im Januar 1926 vollständig geräumt und auch die Franzosen hatten ihre Besatzung gelockert, Teile des von ihnen besetzten Gebietes freigegeben und in anderen Teilen Erleichterungen für die Bevölkerung geschaffen. Dadurch entstanden gewisse Freiräume im Politischen, die die Nationalsozialisten zu ihrer Agitation und insbesondere zu Werbeaktionen nutzten. Dies wiederum veranlasste Juden, insbesondere den C.V., zu Gegenaktionen. Es kam zu einem Hin und Her von Aktion und Reaktion. Die Bewegungen wurden dann noch unterbrochen bzw. gesteigert durch die in dieser Phase der Weimarer Republik immer häufiger stattgefunden Wahlen sowie von zahlreichen öffentlichen Beleidigungen von Juden und den sich daran anschließenden Strafverfahren gegen Nazis.

---

<sup>239</sup> Vgl. dazu und zum folgenden die NS-Propagandaschrift: Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers – Zehn Jahre Gauleiter, 1941, S. 26ff.

<sup>240</sup> Vgl. zu dessen Biografie etwa: Joachim Hennig: Dr. Robert Ley (1890-1945), Vortrag gehalten bei der VHS Koblenz, WS 2008/09, nachzulesen hier auf der Homepage: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/die-taeter/775-008-dr-robert-ley-1890-1945>

<sup>241</sup> Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Karl Russell vom 12. Oktober 1928 an den Preußischen Ministers des Innern, Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 403, Nr. 1643, Bl. 673-697, gekürzt abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 1 S. 2-7 (4).

<sup>242</sup> Vgl. zu den Anfängen der Koblenzer NSDAP: Petra Weiß: Die Stadtverwaltung Koblenz im Nationalsozialismus, Diss., Hagen 2011, S. 26ff, abrufbar hier: [https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir\\_derivate\\_00000164/Diss\\_Weiss\\_Koblenz\\_2011.pdf](https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir_derivate_00000164/Diss_Weiss_Koblenz_2011.pdf) (Zugriff: 25. April 2023).

## 12. Kampagnen der Nationalsozialisten und Gegenkampagnen

Diese Phase begann mit Werbewochen der Nazis im Winter 1926/27. Vor Weihnachten 1926 riefen die Koblenzer Nationalsozialisten zum Boykott jüdischer Geschäfte auf, vor allem jüdischer Warenhäuser, wie des Koblenzer Warenhauses Leonhard Tietz. Dafür wählten sie einen originellen Rahmen - einen ganz anders geplanten Werbeumzug. Über die Aktion hieß es in dem bereits erwähnten Bericht des **Oberbürgermeisters Dr. Karl Russell (1870-1950)** vom 12. Oktober 1928:<sup>243</sup>

*„Im Dezember 1926 fand ein vom städtischen Verkehrsamt veranstalteter Werbeumzug der Gewerbetreibenden statt. Am Schlusse dieses Zuges ließen die Nationalsozialisten einen nicht zugelassenen Wagen mitlaufen, der die Aufschrift trug: ‚Deutsche macht Eure Weihnachtseinkäufe nicht bei Juden‘, ‚Deutsche kauft nur bei Christen‘, ‚Meidet den Warenhausjuden‘, ‚Lest alle den Westdeutschen Beobachter‘. (...) Für den nächsten Sonntag wollte dann die Ortsgruppe Koblenz der NSDAP zum Hohne ein Schild mit der Aufschrift: ‚Deutsche kauft n u r bei Juden‘ in der Stadt umhertragen. Diese Demonstration wurde (...) verboten.“*

Diese – wie es hieß<sup>244</sup> – *„Verschärfung der bis jetzt niedergehaltenen nationalsozialistisch-antisemitischen Bewegung“* zwang den C.V. , *„wie es in den anderen Teilen Deutschlands inzwischen der Fall war, zu einer lebhaften Entfaltung (der) C.V.-Tätigkeit“*. Und weiter: *„In machtvoller Weise, die unsere Glaubensbrüder und Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland aufhorchen lässt, wird sich in der nächsten Zeit im ganzen Rheinland, eine C.V.-Woche abwickeln, die vom Niederrhein bis zur Pfalz, in Eifel, Westerwald, und Hunsrück, am Rhein, der Mosel und der Nahe die jüdische Bevölkerung aufrütteln soll und sie, soweit sie noch fernsteht, für die Ziele des C.V. erfassen soll.“*

Den Auftakt bildete – wie es in dem genannten Bericht weiter hieß - eine *„imposante“* Veranstaltung am 6. Januar 1927. *„In einer Zahl wie selten war die jüdische Bevölkerung aus Koblenz und der Umgebung zusammengeströmt, die Versammlungsräume konnten die Zahl der Erschienenen kaum fassen, die den drei Rednern des Abends (...) begeistert zustimmten.* Einer der drei war der Koblenzer **Rechtsanwalt Dr. Isidor Treidel**, der zum Thema *„Wie schützen wir uns gegen Angriffe der völkischen Presse?“* sprach. An praktischen Beispielen zeigte er, wie sich jeder einzelne bei Beleidigungen zu verhalten habe. Die Versammlung klang mit einem Treuegelöbnis für Deutschland und für das Judentum aus und war – wie es hieß – *„ein schöner und begeisterter Auftakt für die C.V.-Woche.“*

Unterdessen machten die Nationalsozialisten mit ihrer Werbekampagne weiter. Dazu planten sie Ende Februar 1927 im Taunusstädtchen Nastätten eine Kundgebung. Dank der Initiative zweier jüdischer Bürger und des Bürgermeisters des Ortes konnte sie verhindert werden.

---

<sup>243</sup> Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Karl Russell vom 12. Oktober 1928 an den Preußischen Ministers des Innern, Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 403, Nr. 1643, Bl. 673-697, gekürzt abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 1 S. 5.

<sup>244</sup> C.V.-Zeitung Nr. 2 vom 14. Januar 1927, S. 17 „Der C.V. im Rheinland voran!“

### 13. Der „Schwarze Sonntag von Nastätten“

Im Gegenzug lud einer der beiden Juden für den 6. März 1927 zu einer öffentlichen Versammlung in den Saal eines dortigen Hotels ein.<sup>245</sup> Zum Thema „Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus“ wollten vier Geistliche, der **Rabbiner Dr. Levy**, der evangelische Ortspfarrer und zwei katholische Pfarrer, die Bürger aufklären, um dem immer wütender geschürten Rassenhass gegen die jüdischen Mitbürger entgegenzutreten. **Gauleiter Ley** erfuhr davon und karrte mit zwei Lkws etwa 150 Nationalsozialisten aus den Ortsgruppen Köln, Wiesbaden, Neuwied und Koblenz nach Nastätten. Dort angekommen, marschierten sie, zum Teil mit Stöcken und Schlagringen bewaffnet, durch den Ort, brüllten SA-Parolen, griffen Juden aus der Umgebung an und verteilten Propagandamaterial.

Als sich **Ley** auf die Ladefläche eines Lkw schwang und eine Propagandarede hielt, geriet die Szene außer Kontrolle. Die Nazis stürmten den Versammlungsraum im Hotel, der mit ca. 700 Leuten total überfüllt *raus!*“ und *„Wir wollen die Juden abschmieren!“*. Dabei gerieten die Polizisten, die mitwar, unter Rufen wie *„Juden vier Mann schon zahlenmäßig der Situation nicht gewachsen waren, in Bedrängnis*. Einer von ihnen gab einen Schuss ab, der einen jungen Mann aus dem Nachbarort Singhofen namens **Wilhelm Wilhelmi**, tödlich traf. Daraufhin bekam **Ley** seine Leute wieder unter Kontrolle. Die Nazis brachten **Wilhelmi** zur Leichenhalle und bestiegen ihre Lkws. Am Ausgang des Städtchens drohten sie noch einer jüdisch aussehenden Frau, die mit ihren Kindern am Fenster stand, mit den Fäusten und riefen ihr zu: *„Wir kommen wieder und schneiden den Juden die Hälse ab!“*

Auf der Rückfahrt nach Koblenz ließ der Polizeidezernent **Dr. Ernst Biesten (1884-1953)**<sup>246</sup> die dort ankommenden 69 Nazis samt ihres **Gauleiters Ley** festnehmen und für einige Tage ins Koblenzer Gefängnis einsperren. Im Strafverfahren gegen 17 Nationalsozialisten wegen des „Schwarzen Sonntag von Nastätten“ verurteilte das Amtsgericht – Schöffengericht – Wiesbaden nach der Vernehmung von 135 Zeugen zehn Angeklagte wegen schweren Auftritts in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch. Die Strafe fiel wegen mildernder Umstände mit der Mindeststrafe von sechs Monate äußerst gering aus, Aber selbst die brauchten sie nicht zu verbüßen. Denn die Straftaten unterfielen einer allgemeinen Amnestie, so dass das Strafverfahren letztlich mit einer Einstellung aufgrund des Amnestiegesetzes endeten.

Eine weitere Folge des „Schwarzen Sonntag von Nastätten“ war u.a. das Verbot der Ortsgruppe Koblenz vom 7. April 1927 und auch des „Westdeutschen Beobachters“, letzteres für ca. drei Monate. Was dann folgte, war abzusehen: **Ley** und der **Chefredakteur des „Westdeutschen Beobachters“ Josef Grohé (1902-1987)**<sup>247</sup> gaben keine Ruhe, sondern hetzten gegen alle, die sich ihnen in den Weg gestellt hatten.

Am 3. Juli 1927 erschien der „Westdeutsche Beobachter“ wieder mit der Nummer 14<sup>248</sup> und gab sich kämpferisch mit der Schlagzeile: *„Trotz Verbot nicht tot!“* – eine von **Joseph**

<sup>245</sup> Vgl. Vgl. zum „Schwarzen Sonntag von Nastätten“ und den Folgen: Joachim Hennig: Dr. Ernst Biesten (1884-1953). Demokrat in vier Epochen, 1996, S. 100 ff, nachzulesen auf dieser Homepage unter: [https://mahnmarkoblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_1996\\_Hennig\\_Biesten.pdf](https://mahnmarkoblenz.de/PDF_AUF/Print_1996_Hennig_Biesten.pdf), s. auch: „Der Schild“ Nr. 12 vom 28. März 1927, S. 91 „Propaganda der Tat“.

<sup>246</sup> Vgl. zu dessen Biografie: Joachim Hennig, wie vor, passim.

<sup>247</sup> Vgl. zu dessen Biografie: Joachim Hennig: Josef Grohé (1902-1987), Vortrag gehalten bei der VHS Koblenz, WS 2009/10; nachzulesen hier auf dieser Homepage: <https://mahnmarkoblenz.de/index.php/die-taeter/780-011-josef-grohe-1902-1987>

<sup>248</sup> Vgl. dazu: Joachim Hennig: Dr. Ernst Biesten (1884-1953). Demokrat in vier Epochen, 1996, S. 104f. nachzulesen auf dieser Homepage unter:[https://mahnmarkoblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_1996\\_Hennig\\_Biesten.pdf](https://mahnmarkoblenz.de/PDF_AUF/Print_1996_Hennig_Biesten.pdf)

**Goebbels (1897-1945)** propagierte Parole, nachdem zur selben Zeit in Berlin die NSDAP mit sämtlichen Unterorganisationen verboten worden war.<sup>249</sup>

Betroffen war von dem Rachefeldzug auch die Koblenzer Polizei. Unmittelbares Opfer dieser Kampagne war der verantwortliche Leiter der Koblenzer Kriminalpolizei, **Kriminaloberinspektor Albert Lehnhoff**, aber auch der **Koblenzer Polizeidezernent Dr. Biesten**. Dabei richteten sich die Angriffe – wie von **Grohé** beabsichtigt – immer mehr gegen **Biesten**. Mit System wollten das Naziblatt und sein **Chefredakteur Grohé Biesten** in die Klemme bringen. Unter der Überschrift „Ei, ei, **Herr Dr. Biesten**“ wandte man sich nun ihm zu und diffamierte ihn auch noch mit der Rassenideologie der Nazis:

„Wir glauben vorläufig nicht an die von einem Parteifreunde ausgesprochene Vermutung, dass **Herr Dr. Biesten** Jude sein könne (gemeint ist natürlich Rassejude), aber immerhin ist sein Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten bisher so gewesen, dass eine jüdische Gesinnung daraus gelesen werden könnte.“



Titelblatt des am 3. Juli 1927 (Nr. 14) wiederschiedenen „Westdeutscher Beobachters“.

<sup>249</sup> Vgl. Gerhard Paul/Michael Wildt: Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte, 2022, S. 30f.

## 14. Strafprozesse wegen Beleidigungen

Diese Diffamierungskampagnen liefen immer nach dem gleichen Muster ab. Zunächst wurde eine haltlose, beleidigende Behauptung gegen (bisweilen auch jüdische) Personen des öffentlichen Lebens in die Welt gesetzt. Dann folgte das erwartete Gerichtsverfahren und mit diesem eine gesteigerte Publizität. Das Gerichtsverfahren wurde sogar zur Tribüne der Agitation, da die Richter nicht willens oder in der Lage waren, die Tiraden der angeklagten Nazis zu unterbinden. Der Ausgang eines solchen Prozesses war dann schon nebensächlich, zumal nur geringfügige Geldstrafen zu befürchten waren. Wichtig war aber, dass die Nazis wieder einmal mit ihren Schmähungen in aller Munde waren.

Ein halbes Jahr vor der Kampagne gegen **Biesten** und **Lehnhoff** stand **Grohé** vor Gericht, weil er im „Westdeutschen Beobachter“ einen führenden Koblenzer Sozialdemokraten beschuldigt hatte, bestochen worden zu sein. Das Verfahren nahm **Grohé** zum Anlass, einen Kaufmann jüdischen Glaubens namens **Faber** und den **Koblenzer Oberbürgermeister Russell** zu diffamieren.<sup>250</sup> Den als Zeugen vernommenen **Faber** stellte **Grohé** als völlig ungläubwürdig hin und erklärte:<sup>251</sup>

*„Was **Faber** angeht, so halte ich es hier mit **Martin Luther**, der gesagt hat: ‚Trau keinem Fuchs auf grüner Heid‘, Trau keinem Jud‘ bei seinem Eid.‘ (...)*

*Von mir weiß **Faber**, dass ich als antisemitischer Deutscher sein Todfeind bin, zwischen ihm und mir – das weiß er – gibt es keine Verständigungsmöglichkeit.“*

Der **Angeklagte Grohe** griff auch **Oberbürgermeister Russell**, der ebenfalls als Zeuge in dem Prozess aussagte, ungestraft wie folgt an:<sup>252</sup>

*„Es wird notwendig sein, darauf hinzuweisen, dass **Russell** in der politischen Richtung, die ich hier vertrete, seinen Gegner sieht. Wir haben seine Absetzung gefordert und geben diese Forderung nicht auf, bis sie erfüllt ist, weil wir zu der Überzeugung gekommen sind, dass er seine Pflicht als Oberbürgermeister von Koblenz nicht in dem Maße erfüllt, wie es im Interesse der Koblenzer Bürgerschaft notwendig ist. Erkundigen Sie sich bitte nach der Lage der kleinen Geschäftsleute in Koblenz, und Sie werden feststellen, dass der größte Teil vor dem Konkurs steht, während dauernd neue jüdische Großwarenhäuser entstehen. Die Warenhausbesitzer sind zum Teil Leute, die erst während oder nach dem Kriege aus Ostgalizien nach Deutschland einwanderten, in der Inflation den arbeitsamen Deutschen das Vermögen stahlen und damit die Großwarenhäuser schufen oder wenigstens erheblich ausdehnten.*

*Mit allen möglichen Tricks holen sie heute der Masse des deutschen Volkes das Geld aus der Tasche, während die Reklame für die weniger kapitalkräftige nichtjüdische Geschäftswelt von Seiten der Koblenzer Stadtverwaltung verboten wird. Unter der Koblenzer Beamtschaft befinden sich Leute, deren Entfernung im Interesse der Gesamtheit und insonderheit auch im Interesse des noch rein gebliebenen Beamtentums längst zur Notwendigkeit geworden ist. Aber **Oberbürgermeister Russell** tut so, als höre und sehe er nichts davon und deckt hinterher noch alle Polizeimaßnahmen, die in ihrer Wirkung den Ruin weiterer deutscher Volkskreise nach sich ziehen müssen. (...)*

---

<sup>250</sup> Über diesen Prozess wurde mit der Rede des Angeklagten Grohé „genüsslich“ berichtet in der Propagandaschrift: Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers – Zehn Jahre Gauleiter, 1941, S. 101ff („Der Angeklagte Grohé hat das Wort“).

<sup>251</sup> Wie vor, S. 104

<sup>252</sup> Wie vor, S. 104f.

*Der Herr **Oberbürgermeister Russell** hat darüber gejammert, dass wir mit dem Westdeutschen Beobachter eine so große ‚Unruhe‘ nach Koblenz gebracht hätten. Ich will ihm sagen, dass wir uns mit einer Kirchhofsruhe, die naturnotwendig den Tod unseres Volkes bedeutet, nicht abfinden.*

*Wir werden nicht aufhören, bis ganz Deutschland zu einem einzigen Unruheherd geworden ist, aus dem das Volk aufsteht und mit eisernem Besen all den Schwindel und all die Korruption ausfegt, die ihm die Kirchhofsruhe beschert hat. Und dann erst, meine Herren, wird die Voraussetzung geschaffen sein für das Leben eines Volkes in ehrlicher Arbeit.“*

Nach dieser Pressekampagne und den Diffamierungen im Prozess (die allesamt straflos blieben) wurde **Grohé** vom erweiterten Schöffengericht in Köln wegen der grundlosen Verleumdung des sozialdemokratischen Beamten als korrupt zu einer Geldstrafe von 200.- Reichsmark verurteilt. Für die Auflage des „Westdeutschen Beobachters“ war eine solche Berichterstattung sehr vorteilhaft. Derartige Angriffe kamen, wie **Oberbürgermeister Russell** in seinem Bericht vom 12. Oktober 1928 feststellte, gut an. Darin schrieb er u.a.:<sup>253</sup>

*„Die Zeitung wird umso mehr beachtet, als Koblenz eine Mittelstadt ist, in der derartige Sensationsblätter naturgemäß größeres Aufsehen hervorrufen als in einer Großstadt. Hinzu kommt, dass hier weite Kreise der Bevölkerung, die vor dem Kriege wohlhabende Rentner waren, verarmt und unzufrieden sind, und dass zahlreiche Gewerbetreibende, die vor dem Krieg durch die starke deutsche Garnison und die große Zahl der Rentner reichliche Einnahmequellen hatten, schwer mit ihrer Existenz zu ringen haben und verärgert sind. Diese Stimmung nutzt der Westdeutsche Beobachter geschickt aus und schürt die Unzufriedenheit in jeder Weise. So kommt es, dass das Blatt von gewissen Kreisen der Gewerbetreibenden, die gegen die jüdischen Geschäfte eingestellt sind und sich nicht zuletzt durch die gewaltige Ausdehnung des Warenhauses Tietz bedroht fühlen, noch unterstützt, und dass von vielen mit Gier nach diesem Blatt gegriffen wird.“*

Diese Methode **Grohés** und des „Westdeutschen Beobachters“ war so erfolgreich, dass die von ihnen Diffamierten zu resignieren begannen und auch resignierten. **Oberbürgermeister Russell** stellte dazu in dem Bericht vom 12. Oktober 1928 fest:<sup>254</sup>

*Nach den Erfahrungen, die in den bisherigen Beleidigungsverfahren gemacht worden sind, muss man jedoch wohl oder übel auf dem Standpunkt stehen, in Zukunft von Strafanträgen abzusehen. Jeder Strafantrag führt zu neuen Verleumdungen und Beleidigungen, jede Verhandlung und Verurteilung ist der willkommene Anlass für weitere Hetz- und Schmähartikel. (...) Es fehlt ein ausreichender gesetzlicher Schutz gegen eine solche Presse, die systematisch durch Lüge, Verleumdung und Ehrabschneidung ihre Ziele, wie sie auch geartet sein mögen, verfolgt. (...) In allen ordentlich gesinnten Kreisen herrscht seit etwa zwei Jahren einhellige Empörung über die Rechtlosigkeit, der Beamte und Bürger ausgesetzt sind. Die Beamtenschaft und Bürgerschaft würden aufatmen, wenn das Treiben der Partei und der Zeitung (gemeint sind die NSDAP und der Westdeutsche Beobachter, Erg. d. A.) unter der sie die ganze Zeit leiden, beendet würde. Die verheerenden Wirkungen derartiger Schmähartikel – das möchte ich nochmals betonen – dürfen nicht mit dem Maßstab einer Großstadt, sondern nach den engen Verhältnissen einer Mittelstadt beurteilt werden.*

---

<sup>253</sup> Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Karl Russell vom 12. Oktober 1928 an den Preußischen Ministers des Innern, Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 403, Nr. 1643, Bl. 673-697, gekürzt abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 1 S. 3.

<sup>254</sup> Wie vor, S. 7; Anfang nicht abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 1.

## 15. Querelen und erste Erfolge der Koblenzer Nationalsozialisten

Unterdessen gab es innerhalb der Ortsgruppe Koblenz erhebliche Querelen. Offenbar rivalisierten zwei Strömungen miteinander, eine radikalere, die in der Hauptsache geführt und beeinflusst wurde vom Kölner Gauvorstand, und eine gemäßigtere, die sich zum Teil aus älteren Bürgern der Stadt zusammensetzte.<sup>255</sup> Um was es da genau hing, wurde nicht bekannt. Dabei muss es aber „drunter und drüber“ gegangen sein, denn es gab Vorwürfe wegen der Unterschlagung von Parteigeldern.<sup>256</sup> Die Folge war ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen führende Koblenzer Nazis. Dazu konnte es damals nur kommen, wenn „Insider“ aus eigener – tatsächlicher oder behaupteter – Kenntnis so etwas anzeigten. Sicherlich waren solche Behauptungen Folge eines internen Streits und befeuerten diesen weiter.

Dessen ungeachtet arbeitete die Ortsgruppe illegal weiter, war sie doch noch bis zum 8. April 1928 verboten. Das daraufhin sofort eingeleitete Strafverfahren und die Durchsuchung der Wohnung eines Verdächtigen und der Geschäftsstelle des Westdeutschen Beobachters sowie 30 polizeiliche Vernehmungen brachten belastendes Material zu Tage, aber keine Anklage oder gar Verurteilung.<sup>257</sup> Vielmehr stellte der Oberstaatsanwalt dieses Verfahren ebenso ein wie ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz gegen einen Koblenzer Nazi, der in einer Versammlung der DNVP die republikanische Staatsform beleidigt hatte.<sup>258</sup>

All dies tat der „Hitler-Bewegung“, wie die NSDAP damals noch genannt wurde, beim Wahlvolk keinen Abbruch. Praktisch aus dem Stand und beim ersten Mal, bei dem sie sich als eigenständige Partei zur Wahl stellte,<sup>259</sup> gaben ihr bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 2.700 Koblenzer ihre Stimme, das waren 10,4 Prozent der abgegebenen Stimmen.<sup>260</sup> Das klingt auf den ersten Blick nicht so bedeutend, war aber auf den zweiten doch schon ein deutliches Signal. Denn noch waren die Weltwirtschaftskrise (ab Ende 1929) und das Ende der Weimarer Republik in recht weiter Ferne. Auch blieb die NSDAP im gesamten Reich mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und insgesamt 12 Reichstagsmandaten eine Splitterpartei. Ursachen für das Koblenzer Ergebnis mögen u.a. auch die nicht so starke Bindung der ganz überwiegend katholischen Bevölkerung an das Zentrum, an die Partei des politischen Katholizismus, gewesen sein<sup>261</sup> oder auch erste Erfolge des zunächst noch in der Umgebung von Koblenz für die Nazis werbenden **Gustav Simon (1900-1945)**.<sup>262</sup>

---

<sup>255</sup> Vgl. den Bericht der Polizeiverwaltung Koblenz vom 25. März 1929 ab den Regierungspräsidenten von Koblenz, abgedruckt in: wie vor, Dok. 3, S. 9-12 (10).

<sup>256</sup> Bericht Oberbürgermeisters Russell vom 12. Oktober 1928 an den Preußischen Ministers des Innern, Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 403, Nr. 1643, Bl. 673-697, gekürzt abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 1, S. 6f.

<sup>257</sup> Wie vor, S. 6.

<sup>258</sup> Wie vor,

<sup>259</sup> Bei der vorherigen Reichstagswahl am 4. Mai 1924 konnte sie wegen des NSDAP-Verbots nicht als solche auftreten. Nur einige Nazis kandidierten auf der Liste des „Völkisch-Sozialen Blocks“ und der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“, diese Parteien erhielten aber nur wenige Wahlerstimmen.

<sup>260</sup> Vgl. zu diesem und den folgenden Wahlergebnissen die Übersicht bei: Brunhilde Mohr-Severin: Zur Arbeiterbewegung im Raum Koblenz-Mayen-Andernach 1919-1933 und ihren sozialökonomischen Voraussetzungen, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 10. Jg. (1984), S. 215-250 (245).

<sup>261</sup> Vgl. Petra Weiß: Die Stadtverwaltung Koblenz im Nationalsozialismus, Diss., Hagen 2011, S. 24, abrufbar hier:

[https://ubdeposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir\\_derivate\\_00000164/Diss\\_Weiss\\_Koblenz\\_2011.pdf](https://ubdeposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir_derivate_00000164/Diss_Weiss_Koblenz_2011.pdf) (Zugriff: 25. April 2023).

<sup>262</sup> Vgl. zu dessen Biografie: Gustav Simon (1900-1945). Vortrag gehalten bei der VHS Koblenz, WS 2007/08; nachzulesen hier auf dieser Homepage: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/die-taeter/770-004-gustav-simon-1900-1945>

**Simon** war nach Abbruch seines rechtswissenschaftlichen Studiums als Diplom-Handelslehrers nach Hermeskeil im Hochwald zurückgekehrt und hatte auf dem Hunsrück mehrere Ortsgruppen der NSDAP gegründet. Von dort aus agierte er viel an der Mittelmosel und fand bei den Winzern offene Ohren für seine Propaganda. Schon seit einigen Jahren, nach der Währungsreform 1923/24, hatte sich die wirtschaftliche Situation der Moselwinzer verschlechtert, im Februar 1926 war es sogar zum „Winzersturm von Bernkastel“ gekommen, als Winzer des Moselortes das dortige Finanzamt stürmten.<sup>263</sup> Das blieb in dieser Form zwar eine Einzelaktion, war aber Ausdruck einer allgemeinen Stimmung. Diese verschlechterte sich dann noch infolge der Agrarkrise im Jahr 1928, der Protest weitete sich die Mosel hinunter bis nach Winnigen vor den Toren von Koblenz aus.<sup>264</sup> In Winnigen erreichte die Hitler-Bewegung bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 mit 128 Stimmen von insgesamt 1.265 Stimmen ebenfalls mehr als 10 Prozent. Sie war damit bei ihrem ersten Auftreten auch dort neben der Christlichen Bauernpartei und der Volksrechtspartei die große Gewinnerin der Wahl.

Mag sein, dass die Stimmung der Winzer an der Mosel und die Agitation **Simons** auch das Wahlergebnis in Koblenz beeinflusste. Die SPD-nahe „Rheinische Warte“ geißelte den Wahlerfolg der NSDAP in Koblenz jedenfalls als eine „Schmach“ und rechnete in einer vierteiligen Artikelserie mit dem Titel „Die Schmach von Koblenz“ mit der „*Hitler-Bande*“ ab.<sup>265</sup>

Natürlich war der **Gauleiter Ley** auf **Simon** aufmerksam geworden, angeblich hatte **Simon** auf dessen Wunsch hin seine Ausbildung als Lehrer abgebrochen und sich ganz der Parteiarbeit gewidmet. **Ley** förderte ihn weiter und machte ihn im Jahr 1928 zum Leiter des NSDAP-Bezirks Trier-Birkenfeld.

Eine weitere Reaktion auf diese Entwicklung waren neuerlichen Aktivitäten des Central-Vereins. Vom 18. bis 25. November 1928 hielt er zur Mobilisierung der jüdischen Bevölkerung u.a. Veranstaltungen in Neuwied, Bonn, Koblenz und Kreuznach ab.<sup>266</sup> Höhepunkt der Woche war die Tagung in Kreuznach für die Bezirke Mittelrhein, Nahe, Hunsrück und die nähere Umgebung der Gebiete Hessen und Pfalz. Dort kamen trotz schlechten Wetters ungefähr 600 Menschen zusammen. Der Syndikus des Central-Vereins sprach über Friedhofsschändungen, von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Boykott und wies zum Schluss darauf hin, „*dass völkische Gesinnung die letzte wäre, der die seit über einem Jahrtausend am Rhein beheimatete jüdische Bevölkerung den Platz räumen würde: Kampf allen denen, die unsere Toten in ihrer heiligen Ruhe störten! Kampf allen denen die unser Judentum und seine Lehren verleumdeten, unsere Treue zum deutschen Vaterland verketzerten!*“

Einige Tage später, in der Adventszeit 1928, wollten die Nazis den Werbeumzug, den sie schon im letzten Jahr veranstaltet hatten, wiederholen und ausweiten.

Dazu kündigten sie im „Westdeutschen Beobachter“ für zwei Adventssonntage eine Reklamefahrt der Zeitung und eine Propaganda für die deutsche Geschäftswelt an. Beide

<sup>263</sup> Vgl. dazu: Joachim Hennig: Die Zeit des Nationalsozialismus, in: Frank Hoffbauer/Walter Rummel: Winnigen – „ein fein wolgezogene gemain“ – Beiträge zur Ortsgeschichte von den Ursprüngen bis zur Gegenwart, 2007, S. 115-196 (122), nachzulesen auf dieser Homepage:

[https://mahnmal Koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_Winnigen%20%E2%80%93%20ein%20feine%20wolgezogene%20gemain.pdf](https://mahnmal Koblenz.de/PDF_AUF/Print_Winnigen%20%E2%80%93%20ein%20feine%20wolgezogene%20gemain.pdf)

<sup>264</sup> Wie vor, S. 119

<sup>265</sup> „Rheinische Warte“ vom 23., 24., 25. und 26./27. Mai 1928.

<sup>266</sup> Vgl. dazu: „C.V.-Zeitung“ Nr. 48 vom 30. November 1928, S. 672 „Unsere Arbeit im Rheinlande“.

Kundgebungen wurden aber verboten, u.a. wegen zu erwartender Gegendemonstrationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.<sup>267</sup>

Schon bald erweiterte **Simon** seinen Aktionsradius beträchtlich und wandte sich Koblenz zu. Hier war die Parteiorganisation wiederholt zusammengebrochen und durch internen Streit gelähmt. Auf Bitten **Leys** ging er nach Koblenz, um die rivalisierenden Gruppen in der NSDAP zu befrieden. Am 23. und 24. März 1929 hielten die Nationalsozialisten des Rheinlandes in Koblenz den „Deutschen Freiheitstag“ ab. Dabei kam es zur offiziellen Neugründung der Koblenzer Ortsgruppe, über die die Polizeiverwaltung Koblenz wie folgt berichtete:<sup>268</sup>

*„Am 24. März 1929 fand im Restaurant Löbbermann in der Münzstraße eine Mitgliederversammlung der Nationalsozialisten statt. Anwesend waren ca. 150 Personen. Aufgabe dieser Versammlung war es, die vor mehreren Monaten infolge innerer Zwistigkeiten aufgelassene Ortsgruppe Koblenz der NSDAP neu zu gründen. Innerhalb der Koblenzer Anhänger der NSDAP bestehen zwei Strömungen, eine radikalere, die in der Hauptsache geführt und beeinflusst wird vom Kölner Gauvorstand, und eine gemäßigtere, die sich zum Teil aus älteren Bürgern der Stadt Koblenz zusammensetzt. Die Gegensätzlichkeiten der beiden Strömungen kamen in der geschlossenen Mitgliederversammlung wieder scharf zum Ausdruck, so dass es vorläufig nicht gelang, einen neuen Vorstand für die Ortsgruppe Koblenz zu bilden. Die Ortsgruppe an sich wurde wieder ins Leben gerufen. An die Spitze dieser Ortsgruppe wurde der aus Hermeskeil nach hier zugezogene **Gewerbelehrer Simon** (...) gestellt.“*

## 16. Weitere Erfolge der Nazis an Mosel und Rhein

Wenige Tage später ernannte **Gauleiter Ley Simon** auch zum Leiter des NSDAP-Bezirks Koblenz.<sup>269</sup> Schon bald ging **Simons** Saat im Hochwald und vor allem an der Mosel weiter auf. Im Mai 1929 hieß es, dass die Nationalsozialisten seit einigen Wochen im Hochwald und anschließend im Moselgebiet von Zell bis Bernkastel mit Einschluss von Traben-Trarbach eine umfangreiche Propaganda betrieben, durch die eine starke Unruhe in diese Gegend gekommen sei. Die C.V.-Zeitung meinte dazu, die Werbetätigkeit der Nazis sei sicherlich für die auch vom Fremdenverkehr lebende Region schädlich, würden die nicht wenigen jüdischen Touristen doch das liebliche Moseltal eher meiden, „*schließlich schmeckt auch der Rheinwein gut*“.<sup>270</sup>

Die raue Wirklichkeit holte diese humorige Bemerkung aber schnell ein. Die Judenhetze machte nämlich am Zusammenfluss von Mosel und Rhein nicht halt, sondern ergoss sich schon bald auch am Mittelrhein und dessen Umgebung. So zitierte „Der Schild“ in seinem

---

<sup>267</sup> Bericht Oberbürgermeisters Russell vom 12. Oktober 1928 an den Preußischen Ministers des Innern, Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 403, Nr. 1643, Bl. 673-697, gekürzt abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 1, S. 5.

<sup>268</sup> Bericht vom 25. März 1929 an den Regierungspräsidenten von Koblenz, abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 3, S. 10.

<sup>269</sup> Vgl. zur Entwicklung der NSDAP näher: Petra Weiß: Die Stadtverwaltung Koblenz im Nationalsozialismus, Diss., Hagen 2011, S. 32ff, abrufbar hier:

[https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir\\_derivate\\_00000164/Diss\\_Weiss\\_Koblenz\\_2011.pdf](https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir_derivate_00000164/Diss_Weiss_Koblenz_2011.pdf)

<sup>270</sup> „C.V.-Zeitung“ Nr. 22 vom 31. Mai 1929, S. 288 „Nationalsozialistische Propaganda an der Mosel und im Hochwald“.

Heft 40 vom 11. Oktober 1929 unter der Überschrift „Völkische Agitation im Rheinland“ einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung“, in dem es hieß:

„Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Koblenz, dass die Nationalsozialisten am Mittelrhein und an der Mosel, im Taunus und im Westerwald und an der Lahn seit Monaten eine äußerst rege Werbetätigkeit entfalten. Die Anhänger Hitlers wittern in den bisher besetzten Gebieten, in denen in denen sich die wirtschaftliche Notlage besonders stark auswirkt, Morgenluft. Die Agitation ist in der Hauptsache antisemitisch eingestellt, es wird gegen die „Judenrepublik“ geschimpft. Ein Teil der Bevölkerung erwartet von der Hitlerbewegung die Befreiung von Steuern, Beseitigung der Warenhäuser usw. In der Hoffnung auf die Erfüllung dieser Wünsche greifen die Geschäftsleute tief in die Taschen, so dass die Bewegung über reiche Geldmittel verfügt und die Stoßtrupps, die meist aus Erwerbslosen bestehen, nichts zu tun haben, als ins Land zu fahren und zu agitieren. Vor 14 Tagen wurde in dem bekannten Weinort Cröv (Kröv, Erg. d. A.) an der Mosel der nationalsozialistische Führer im Rheinland, **Landtagsabgeordneter Dr. Ley-Köln**, von einem jüdischen Metzger und Viehhändler, den er in einer Versammlung schwer beleidigte, so gezüchtigt, dass er eine Zeitlang daran denken wird. Die ganze Gemeinde stand zum Schutze ihres geachteten jüdischen Mitbürgers gegen die nationalsozialistischen Rowdys zusammen, so dass diese den Ort fluchtartig verlassen mussten.“

Der Vorfall in Kröv, der Mut machen sollte, blieb sicherlich ein Einzelfall. **Simon** agitierte weiter in Koblenz und Umgebung und hatte dabei großen Erfolg.<sup>271</sup> Schon wenige Wochen später, bei den Kommunalwahlen am 17. November 1929, konnte die NSDAP weitere Wähler gewinnen. Nur 1 ½ Jahre nach der Reichstagswahl von Mai 1928 gaben ihr 1.557 Koblenzer mehr ihre Stimme als zuvor (4.257 gegenüber zuvor 2.700). Damit wurde die Hitler-Bewegung ganz klar zweitstärkste Partei (nach dem Zentrum) und zog mit acht Stadtverordneten in den 44 Sitze umfassenden Koblenzer Stadtrat ein.

Diesen Trend konnte die NSDAP innerhalb kurzer Zeit weiter ausbauen. Bei den nächsten Reichstagswahlen am 14. September 1930 gaben 9.043 Koblenzer den Nazis ihre Stimme und damit mehr als dreimal so viele wie noch bei den Reichstagswahlen 2 ¼ Jahren zuvor und im Vergleich zu den Kommunalwahlen ¾ Jahr zuvor waren es mehr als doppelt so viele.

Getreu dem von **Goebbels** vorgegebenen Motto „Wir prügeln uns groß“ suchten die Nazis immer wieder die gewalttätige Konfrontation, vor allem mit den Kommunisten. Aber auch ganz unbeteiligte Bürger bezogen von ihnen Prügel. So bei der „Blutkirmes von Horchheim“.<sup>272</sup> Dazu kam es, als SA-Leute und andere Rabauken von ihrer Sonnenwendfeier am 21./22. Juni 1930 von der Schmittenhöhe ins Rheintal zurückkehrten. Dort trafen sie auf Horchheimer Bürger, die ihre Kirmes vorbereiteten. Im Hochgefühl ihrer Stärke und Macht sowie nach offensichtlich erheblichem Alkoholenuss provozierten sie die Leute, begannen eine Schlägerei, randalierten im Dorf und schrien Parolen wie „Wir stecken das ganze Nest in Brand“.

---

<sup>271</sup> Vgl. zur Stimmung der Winzer im Moseltal im April 1930 auch den Polizeibericht aufgrund einer zu diesem Zweck durchgeführten Bereisung des Moseltales durch einen Kölner Kriminalkommissar für den Oberpräsidenten in Koblenz von 7., 9. und 12. April 1930, abgedruckt in: Franz-Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, 1985, Dok. 12, S. 21-29.

<sup>272</sup> Vgl. dazu eingehend: Joachim Hennig: Dr. Ernst Biesten (1884-1953). Demokrat in vier Epochen, 1996, S. 128-130; nachzulesen auf dieser Homepage unter: [https://mahnmal Koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_1996\\_Hennig\\_Biesten.pdf](https://mahnmal Koblenz.de/PDF_AUF/Print_1996_Hennig_Biesten.pdf)

# 17. Die Befreiung der Rheinlande

Diese und andere „Ausfälle“ der SA-Rabauken ließ den ganz überwiegenden Teil der Koblenzer Bevölkerung aber in seinem patriotisch-nationalen Fühlen und Denken unberührt. Das galt auch für sehr viele Juden, die immer wieder ihre Treue zu Volk und Vaterland beteuert hatten und weiterhin beteuerten.

Anlass dazu gab es schon einen Monat später bei der zentralen Befreiungsfeier in Koblenz, deren Anlass war die Räumung auch der letzten beiden Besatzungszonen von den Alliierten. Wie erwähnt, hatten die Briten im Januar 1926 die auf fünf Jahre angelegte Besatzungszone im Umkreis von Köln verlassen<sup>273</sup>, zum 30. November 1929 räumten dann die Franzosen die zehnjährige Besatzungszone im Umkreis von Koblenz und schließlich zum 30. Juni 1930 auch die fünfzehnjährige Besatzungszone im Umkreis von Mainz. Gefeierte wurde dies bei der zentralen Veranstaltung am 22. Juli 1930 in Koblenz. Schon im Vorfeld herrschte großer Jubel. Als die französischen Truppen am 30. November 1929 von Koblenz abzogen, titelte die „Koblenzer Volkszeitung“ „Heute schlägt die Befreiungstunde!“ und nachts am Deutschen Eck gab es eine große Feier, von der es hieß: „Wohl niemand dürfte ohne tiefe Bewegung von dieser Weihstunde heimgekehrt sein.“<sup>274</sup>

Dabei standen auch die rheinischen Juden nicht abseits. **Justizrat Falk** schrieb unter der Überschrift „Frei ist der Rhein!“<sup>275</sup>



### Frei ist der Rhein!

Von Justizrat Benhard Falk, Köln, R. d. L.

Wenn am 1. Juli die Sonne aufgeht, so grüßen ihre Strahlen segnend ein befreites Land. Der letzte fremde Soldat verläßt am 30. Juni die rheinische Erde. (...) Ganz Deutschland nimmt frohen und dankbaren Anteil an der Befreiung der Rheinlande. In diesem Geiste will die

### Der Judenpogrom in Berlin?

Zur letzten Nummer des „Angriff“ hatte eine bemerkenswerte „gründliche“ Aufklärung über den Judenpogrom in Berlin... (The text continues with a detailed account of the pogrom and the author's commentary on the actions of the SA and the press.)

Titelblatt der C.V.-Zeitung Nr. 26 vom 27. Juni 1930 zur „Befreiung der Rheinlande“.

*Wenn am 1. Juli die Sonne aufgeht, so grüßen ihre Strahlen segnend ein befreites Land. Der letzte fremde Soldat verläßt am 30. Juni die rheinische Erde. (...) Ganz Deutschland nimmt frohen und dankbaren Anteil an der Befreiung der Rheinlande. In diesem Geiste will die*

<sup>273</sup> Vgl. oben S. 84

<sup>274</sup> Vgl. Anton Golecki: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, 1993, 119-169 (159ff).

<sup>275</sup> C.V.-Zeitung Heft 26 vom 27. Juni 1930.

*„C.V.-Zeitung“ nicht die letzte sein. Nicht, als ob hier irgendeine besondere jüdische Note mitschwingen könnte. Es handelt sich um die entscheidende deutsche Schicksalsfrage. Da hat alles zurückzutreten, was trennen und hemmen könnte. Heute erfüllt uns über Stände und Berufe, über Parteien und Bekenntnisse, über die Gegensätze in Weltanschauung und Staatsauffassung hinweg nur der eine große Gedanke: Wie dienen wir dem deutschen Volke? (...) Sollte sich das flammende Feuer der vaterländischen Begeisterung, das damals (gemeint ist der „Ruhrkampf“ 1923, Erg. d. A.) das ganze Rheinland durchlohte, nicht auch heute zu neuer Glut entfachen können?*

Am 22. Juli 1930 selbst, einem Feiertag, waren die Straßen und Häuser der Koblenzer Innenstadt mit Fahnen und Girlanden geschmückt. Unter Glockengeläut hieß die Bevölkerung in „vaterländischer Begeisterung“ den „**Nationalheros Hindenburg**“ (gemeint ist **Reichspräsident Paul von Hindenburg**<sup>276</sup>) willkommen, der im Festakt in der Stadthalle den Rhein hochstilisierte „zum Schicksalsstrom Deutschlands und zum nationalen Symbol. (...) Die harten Jahre der Not, die heute hinter uns liegen, haben diesem Symbol neuen Inhalt gegeben: der Rhein ist noch mehr als je zum Wahrzeichen der deutschen staatlichen Einheit und unseres Willens zur Selbstbehauptung geworden.“<sup>277</sup>

Und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten war mit den anderen Ortsvereinen von Koblenz mitten im Geschehen und im Jubel, wie „Der Schild“ berichtete:<sup>278</sup>

*Die aktiven Mitglieder unserer Ortsgruppe beteiligten sich vollzählig an der Spalierbildung der hiesigen Ortsvereine zu Ehren der Anwesenheit des Herrn Reichspräsidenten. Nachdem vormittags die Befreiungsfeier der preußischen Staatsregierung in der Rheinischen Festhalle stattgefunden hatte, unternahm der Reichspräsident am Nachmittag mit seinem Gefolge eine Rundfahrt durch die Straßen der Stadt. Erfreulicherweise hatten die Ortsgruppen Andernach, Dierdorf und Neuwied der Einladung, an unserer Kundgebung teilzunehmen, mit einer stattlichen Anzahl von Kameraden Folge geleistet.“*



Bei der Befreiungsfeier am 22. Juli 1930 am Deutschen Eck: Reichspräsident von Hindenburg (Mitte) mit Oberbürgermeister Karl Russell (links) und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (rechts).

<sup>276</sup> Vgl. zu ihm bereits oben S. 61.

<sup>277</sup> So: Anton Golecki: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, 1993, 161f.

<sup>278</sup> „Der Schild“ Nr. 15 vom 14. August 1930, S.- 119 „Landesverband Westdeutschland – Koblenz“.

## 18. Die Weimarer Republik vor ihrem Ende

Acht Wochen später fand wieder eine Reichstagswahl statt. Es war die „Erdrutschwahl“ vom 14. September 1930, sie endete mit der größten Überraschung in der Geschichte der parlamentarischen Wahlen in Deutschland. Die NSDAP konnte dabei nicht nur ihren positiven Trend fortsetzen, sondern ihr Ergebnis exorbitant steigern. Die Hitler-Bewegung erhielt reichsweit 6.401.210 Stimmen. Damit erhöhte sie innerhalb von etwas mehr als zwei Jahren (seit der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928) ihre Reichstagsmandate um das Neunfache, von 18 auf 107. In Koblenz wählten sie nach 2.700 Koblenzern am 20. Mai 1928 nun 9.043. Die NSDAP war hier mit ganz deutlichem Abstand zweitstärkste Partei und der führenden Zentrumspartei recht nah auf den Fersen – sicherlich auch ein Ergebnis nicht nur der Aktivitäten **Simons**, sondern auch der patriotischen und nationalen Begeisterung anlässlich der Befreiung der Rheinlande.

Es waren in Koblenz nur wenige, die sich von dieser nationalen, nationalistischen Welle nicht mitreißen ließen. Unter den auch wenigen Juden waren es wohl vor allem junge Burschen, die dagegen angingen. Einer von ihnen war **Friedrich Jordan (geb. 1914)**. Später, nachdem er vor dem Holocaust noch rechtzeitig aus Hitler-Deutschland hatte fliehen können, berichtete er über eine Parteiversammlung am 8. Mai 1931, an der er anwesend war, obwohl die Nazis bei solchen Veranstaltungen Juden den Zutritt verboten hatten:<sup>279</sup>

„1931 sprengten wir eine Naziversammlung in der Rheinhalle zu Koblenz. Es sprach der damalige **Hauptmann Göring (1893-1946)**, Erg. d. A.), Flieger der Richthofenstaffel (nach einer anderen Darstellung war es der erste Nazi-Minister, der **thüringische Minister Dr. Wilhelm Frick [1877-1946]**, Erg. d. A.) Ich war damals 17 Jahre alt, als ich die Nazifahne von der Tribüne riss. Mit zerbrochenem Nasenbein und verletzter Scheidewand wurde ich in das Krankenhaus der ‚Barmherzigen Brüder‘ eingeliefert. Um ein Haar wäre ich von der damaligen ‚deutschen Republik‘ wegen ‚Landfriedensbruch‘ verklagt worden.“

**Fritz Jordan** war „Wiederholungstäter“. Schon im Jahr 1928 hatte er bei einem Aufenthalt in der Jugendherberge auf der Burg Stahleck bei Bacharach die Auseinandersetzung mit Nazis gesucht. Er schrieb dazu:<sup>280</sup>

„Ich erinnere mich in dem Moment, wo ich mit meiner ‚Kameraden‘-Gruppe im Jahre 1928 auf einer Sonnenwendfeier auf der Burg Stahleck bei Bacharach am Rhein einer ‚Adler und Falken‘-Gruppe die erste Hakenkreuzfahne entriss und ins Lagerfeuer warf. Einige von unserer ‚Kameraden‘-Gruppe bekamen Stichwunden, da die ‚Adler und Falken‘ die Nazifahne mit Fahrtenmesser verteidigten. Damals wurden wir bestraft wegen Störung des ‚Burgfriedens‘ in einer deutschen Jugendherberge. Damals war ich 14 Jahre alt, als ich die Nazifahne verbrannte.“

Die Nazis eroberten auch in Koblenz immer mehr den öffentlichen Raum, zeigten Präsenz und zettelten Schlägereien an. Von einem solchen Zusammentreffen berichtete später ein anderer jüdischer Junge, **Kurt Hermann**, der ebenfalls noch rechtzeitig aus Koblenz und aus Deutschland hatte fliehen können.<sup>281</sup>

---

<sup>279</sup> Vgl. zu ihm und seiner Schilderung: Kurt Hermann/Benjamin Bar Jehuda: „All das war doch so schön – aber aus meinen Lieben wurden Seifen und Lampenschirme gemacht.“ – Jüdische Koblenzer erinnern sich an Kindheit und Jugend“, abrufbar hier: [http://www.mahnmalkoblenz.de/PDF\\_AUF/Kurt\\_Hermann.pdf](http://www.mahnmalkoblenz.de/PDF_AUF/Kurt_Hermann.pdf) (S. 99-102.)

<sup>280</sup> Wie vor.

<sup>281</sup> Vgl. wie vor, S. 40.

*„Dann kam der für mich ein unvergesslicher Tag. An diesem ging ich wieder einmal vom Gymnasium nicht nach Hause, sondern zum Geschäft (meiner Mutter, Erg. d. A.). Dabei wählte ich aber nicht den kurzen Weg über die Casinostraße, Balduinstraße und Görgengasse, sondern den über die Löhrstraße – warum weiß ich nicht. Jedenfalls kam mir im Marschschritt eine Kolonne SA entgegen. Die Männer waren mit Gewehren bewaffnet (...) und grölten: ‚Erst wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's uns wieder gut.<sup>282</sup> - Wohlbemerkt, es war noch vor dem berühmten Machtwechsel, also vor dem 30. Januar 1933. Meine Eltern erzählten mir später, dass ich kreidebleich ins Geschäft gestürzt gekommen war, im Kontor meine Schultasche hingeworfen und dann am Schreibtisch mit dem Kopf auf den Armen hemmungslos geschluchzt hätte. Es dauerte dann, bis es meinen Eltern gelang, mich zum Reden zu bringen. Dabei hätte ich wirr durcheinander von der Begegnung erzählt, immer wiederholend: ‚Das ist das Todesurteil! Nur weg von hier. Nie mehr in die Schule!‘“*

Im Jahr 1932 gab es nicht weniger als fünf wichtige Wahlen: Am 13. März 1932 die Wahl zum Reichspräsidenten. Nachdem es im 1. Wahlgang für keinen Kandidaten eine absolute Mehrheit gegeben hatte (Ergebnis im gesamten Reich: **Hindenburg** 49,6 %, **Hitler** 30,1 %, **Thälmann** 13,2 % und **Duesterberg** 6,8 %), kam es am 10. April 1932 zum 2. Wahlgang. Der bisherige Reichspräsident **von Hindenburg** wurde mit dem reichsweiten Ergebnis von 53,0 % erneut zum Reichspräsidenten gewählt, **Hitler** erhielt 36,8 %.

Zwei Wochen später, bei der Wahl zum preußischen Landtag am 24. April 1932, gaben die Koblenzer zum ersten Mal der NSDAP die meisten Stimmen. Sie erhielt 13.903 Stimmen und damit mehr als 2.000 mehr als das Zentrum (11.740), abgeschlagen war die SPD mit 3.499, die Kommunisten kamen auf 2.658.

Im Wesentlichen das gleiche Bild ergab sich bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932, mit denen die Hitler-Bewegung erstmals im ganzen Reich mit 13,8 Millionen Stimmen oder 37,4 % die meisten Stimmen erhielt und mit 230 Mandaten die stärkste Fraktion im Reichstag wurde. Die NSDAP wählten 13.319 Koblenzer, das Zentrum 12.556, die SPD 3.983 und die KPD 3.114. Als danach im Reich eine Regierungsbildung mit der NSDAP nicht gelang, gab es für die Nationalsozialisten bei der nächsten Reichstagswahl drei Monate später, am 6. November 1932, einen Dämpfer. In Koblenz verlor sie viele Stimmen und kam mit 600 Stimmen weniger als das Zentrum „nur“ auf das zweitbeste Ergebnis (NSDAP: 11.336, Zentrum: 11.930, SPD: 3.870 und KPD: 3.811).

Während dieses Wahlmarathons, bei dem die Nationalsozialisten immer wieder ihr Ergebnis deutlich steigern konnten (mit dem Dämpfer bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932), meldeten sich noch einmal – und zum letzten Mal – die im Rheinland organisierten Juden im Rheinland. Das war im Mai 1932 und diesmal mit einer Aufklärungskampagne des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, mit der er vor allem Nichtjuden erreichen wollten. „Der Schild“ berichtete darüber in seiner Nummer 10 vom 26. Mai 1932 im Leitartikel unter der Überschrift „Unsere Aufklärungserfolge! Kameraden, arbeitet überall in diesem Sinne!“:

*„In diesen Tagen fanden in Castellaun (Kastellaun, Hunsrück), in Neuwied und Koblenz Aufklärungsveranstaltungen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten statt. Kamerad Dr. Ludwig Freund-Berlin sprach in Castellaun und Neuwied über das Thema ‚Der Jude in der deutschen Kultur und im deutschen Volksleben‘. (Die SPD-nahe „Rheinische Warte“ zitierend*

---

<sup>282</sup> Gemeint ist das sog. Sturmsoldatenlied, eine Umdichtung des „Heckerliedes“ durch Rechtsradikale: „Wenn der Sturmsoldat ins Feuer geht, ei, dann hat er großen Mut/ und wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut.“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Heckerlied> (Zugriff: 25. April 2023).

hieß es weiter) „Sofern Antisemiten Zuhörer des Vortrages waren, werden sie beschämt den Saal verlassen haben, wenn sie einen Vergleich über den Vortrag dieses Juden Dr. Freund über die Geschichte der Juden mit der widerlichen Hetze angestellt haben, mit der fanatische Parteigänger das Judentum zu behandeln pflegen. Schon um dieser Tatsache willen war der Vortrag ein willkommener Beitrag zur politischen Erziehungsarbeit. (...) Als Weg zur Lösung der Judenfrage bezeichnete der Redner die Hineinführung der Juden in alle Zweige des staatlichen und volklichen Lebens.“ (...) Die Vorträge in allen drei Orten war in der Mehrzahl von rechtsgerichteten Kreisen besucht. (...) Die Versammlung in Koblenz war von mehr als 500 Personen besucht. Hier wie in Neuwied und Castellaun fand der Redner den ungeteilten Beifall der Anwesenden.“



Titelseite des „Schild“ Nr. 11 vom 26. Mai 1932: „Unsere Aufklärungserfolge!“

Was dann folgte, war das Ende der Weimarer Republik: der „Reinenschlag“ am 20. Juli 1932, mit dem in einem „Staatsstreich von oben“ Reichskanzler Franz von Papen das „rote Bollwerk“ Preußen mit seiner SPD-Regierung entmachtete, dann die beiden bereits

erwähnten, für die Nationalsozialisten sehr günstigen Reichstagswahlen von Juli und November 1932, dann die Agonie der ersten deutschen Republik – und das Schweigen, die Betroffenheit, das Abwarten und auch die Gleichgültigkeit der deutschen Juden.

Wie hatten doch viele Deutsche die „Hitler-Bewegung“ falsch eingeschätzt. Das taten auch sehr viele Juden. „Ein Brief von der Mosel“, der anlässlich der Befreiungsfeiern im Juli 1930 von einer Moselfahrt und Aktivitäten der Nazis dort berichtete, endete noch mit einem hoffnungsvollen Blick auf Koblenz und die Mosel:<sup>283</sup>

*„Koblenz, das rheinische Koburg, soll nach dem Willen der Nationalsozialisten zum Mittelpunkt neuländischen Besitzes **Hitlers** an der Mosel werden. Die gutmütige Bevölkerung dieser Gegend hat sich seit Jahrhunderten um ihre Weinberge und nicht um Politik gekümmert. In diesen ‚Primitiven‘, wie sie der Nationalsozialist nennt, kann man auf die Dauer Gehässigkeiten nicht heimisch machen. **Herr Hitler** wird es bald erkennen: Wer an der Mosel maßlos mit Hass regiert, verliert.“*

Verloren wurde. Verlierer war aber nicht „Herr Hitler“ mit seiner „Bewegung“. Verlierer waren die erste deutsche Demokratie, Hitlers Gegner, die Demokraten und auch sehr viele Juden, sie verloren sogar ihr Leben.

### **Fortsetzung in Teil 3:**

[https://mahnmal Koblenz.de/PDF\\_AUFAus%20der%20Geschichte%20der%20Juden%20in%20Koblenz\\_Teil3.pdf](https://mahnmal Koblenz.de/PDF_AUFAus%20der%20Geschichte%20der%20Juden%20in%20Koblenz_Teil3.pdf)

---

<sup>283</sup> C.V.-Zeitung Heft 28 vom 11. Juli 1930 S. 371 „Ein Brief von der Mosel. Hakenkreuz stört Befreiungsfeier“.

# Anhang A

## Benutzte Literatur

50 Jahre Leonhard Tietz 1879/1929, 1929.

Die jüdischen Gefallenen der deutschen Heere, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch. 1932 erschienen im Verlag „Der Schild“. Bundesorgan des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten. Nachdruck 1979.

Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers – Zehn Jahre Gauleiter, 1941.

Barkai, Avraham: Jüdisches Leben in seiner Umwelt, in: Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band IV: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945, 1997, S. 50-73.

Benz, Wolfgang: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. 2015.

Berger, Michael: Sei stark und tapfer! Juden in Deutschen und Österreich-Ungarischen Armeen im Ersten Weltkrieg. Jüdische Frontkämpferbünde in der Weimarer und der Republik Deutschösterreichs, 2016.

Busch-Petersen, Nils: Leonhard Tietz. Fuhrmannssohn und Warenhauskönig von der Warthe an den Rhein“. 2014.

Demel, Michael: Gebrochene Normalität. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, 2011,

Elon, Amos: Zu einer anderen Zeit. Porträt der jüdisch-deutschen Epoche (1743-1933), 2003.

Esperstedt, Joachim/Werner Knopp/Kurt Watschke/Kristine Werner (Bearb.): Die Juden in ihrem gemeindlichen und öffentlichen Leben Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, Band 3, 1972.

Golecki, Anton: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, 1993, 119-169

Grevelhörster, Ludger: Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreichs. Geschichte und Wirkung, 2. Aufl., 2005.

Haffner, Sebastian: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, 1987.

Hannover, Heinrich/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933, 1966, S. 263-273.

Hecker, Gerhard: Walther Rathenau und sein Verhältnis zum Militär, eine Skizze, in: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 3. Aufl., 1987, S. 231-244.

Hennig, Joachim: Dr. Ernst Biesten (1884-1953). Demokrat in vier Epochen, 1996. Nachzulesen auf dieser Homepage unter:  
[https://mahnmal Koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_1996\\_Hennig\\_Biesten.pdf](https://mahnmal Koblenz.de/PDF_AUF/Print_1996_Hennig_Biesten.pdf)

Hennig, Joachim: Die jüdische Juristenfamilie Brasch, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 34. Jg., 2008, S. S. 525-545; nachzulesen auf dieser Webseite:  
[https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_WDL\\_Brasch\\_2008.pdf](https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF_AUF/Print_WDL_Brasch_2008.pdf)

Hennig, Joachim: Die Zeit des Nationalsozialismus, in: Frank Hoffbauer/Walter Rummel (Hg.): Winnigen – „ein fein wolgezogene gemain“ – Beiträge zur Ortsgeschichte von den Ursprüngen bis zur Gegenwart, 2007, S. 115-196. Nachzulesen auf dieser Homepage:  
[https://mahnmal Koblenz.de/PDF\\_AUF/Print\\_Winnigen%20%E2%80%93%20ein%20feine%20wolgezogene%20gemain.pdf](https://mahnmal Koblenz.de/PDF_AUF/Print_Winnigen%20%E2%80%93%20ein%20feine%20wolgezogene%20gemain.pdf)

Herres, Jürgen: Das preußische Koblenz, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Zeit bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, 1993, S. 49-118.

Heyen, Franz-Josef: Nationalsozialismus im Alltag, 1985.

Leonhard, Jörn: Exklusion und Gewalt. Deutsche Juden im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland, 2022, S. 93- 104.

Loch, Thorsten: Doderer Schmul – ein napoleonischer Soldat aus Niederzissen. Zum Soldatenbild eines Eifler Landjuden von 1807, in; Michael Berger/Gideon Römer-Hillebrecht (Hg.): Jüdische Soldaten – Jüdischer Widerstand. In Deutschland und Frankreich, 2012, S. 73-88 sowie Anhang „Brief des Doderer Schmul (Schmuel ben Mosche) aus Niederzissen“, S. 507-509.

Longerich, Peter: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. 2012.

Lowenstein, Steven M.: Ideologie und Identität, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 278-301.

Lowenstein, Steven M.: Das religiöse Leben, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flor/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band III, Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 101-122.

Messerschmidt, Manfred: Juden im preußisch-deutschen Heer, in: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Im Auftrage des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 3. Aufl., 1987.

Mohr-Severin, Brunhilde: Zur Arbeiterbewegung im Raum Koblenz-Mayen-Andernach 1919-1933 und ihren sozialökonomischen Voraussetzungen, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 10. Jg. (1984), S. 215-250.

Offerhaus, Ulrich: Familie und Bankhaus Seligmann in Koblenz und Köln, 2016.

Offerhaus, Ulrich: Gustav Seligmann (1849-1920). Mitbegründer und Schatzmeister des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: Rheinische Heimatpflege, 55. Jg. 2018, S. 269-278.

Pulzer, Peter: Der Erste Weltkrieg in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 356-380.

Pulzer, Peter: Die Wiederkehr des alten Hasses, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 193-248..

Pulzer, Peter: Die Reaktion auf den Antisemitismus, in: Steven M. Lowenstein/Paul Mendes-Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band III. Umstrittene Integration 1871-1918, 1997, S. 249-277.

Rieker, Yvonne/Michael Zimmermann: Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid, in: Michael Zimmermann (Hg.): Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen, 1998, S. 141-259.

Schoeps, Julius H.: Düstere Vorahnungen. Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe, 2018.

Schwalbach-Kulla, Edith: Die jüdische Gemeinde, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Band 2: Von der französischen Zeit bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, 1993, S. 302-318.

Sievers, Leo: Juden in Deutschland. Die Geschichte einer 2000jährigen Tragödie,

Thill, Hildburg-Helene: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987.

Wein, Susanne: Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, 2014.

Weiß, Petra: Die Stadtverwaltung Koblenz im Nationalsozialismus, Diss., Hagen 2011.

Werner, Kristine: Einleitung zu: Teil 1: Organisation und Rechtsstellung der jüdischen Gemeinden, in: Joachim Esperstedt/Werner Knopp/Kurt Watschke/Kristine Werner (Bearb.): Die Juden in ihrem gemeindlichen und öffentlichen Leben Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, 1972, Band 3, S. 3-25.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, 2006.

Zolling, Peter: Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart. Wie Deutschland wurde, wie es ist. 2005.

## **Anhang B**

### **Bildnachweise**

#### **Titelbild:**

Großes Bild:

Die Koblenzer Synagoge „Bürresheimer Hof“ außen, vor der Pogromnacht 1938:  
Förderverein Mahnmal

Kleine Bilder (von links nach rechts):

Titelblatt des Statuts der Synagogengemeinde Koblenz von 1894 :  
LHAKo, Best. 441 Nr. 25273 Bl. 1

Louis Schloß, der langjährige Leiter der Koblenzer Warenhauses Tietz:  
Busch-Petersen, Nils: Leonhard Tietz: Fuhrmannssohn und Warenhauskönig von der Warthe  
an den Rhein, 2014: S. 30 unten

Hermann Scheye, Karnevalsprinz der Vallendarer „Bemoosten“, 1902:  
Förderverein Mahnmal Koblenz

Hermann Schönwald (rechts) mit Kameraden unter dem Weihnachtsbaum:  
Thill, Hildburg Helene: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987

Das Innere der Koblenzer Synagoge „Bürresheimer Hof“, vor dem Umbau 1923:  
Förderverein Mahnmal Koblenz

#### **Abbildungen von:**

Förderverein Mahnmal Koblenz: Titelseite, 14, 24 rechts, 37, 39, 53, 54, 55 oben, 55 unten,  
56, 78, 80, 81

Friedrich Wolf-Gesellschaft, Lehnitz: Seite 54 unten

Stadtarchiv Koblenz: S. 30 oben, 76 unten

#### **Reproduktionen aus:**

Thill, Hildburg Helene: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, 1987: 15, 24  
links, 35, 56, 76 oben,

LHA Ko, Best. 441 Nr. 25273 Bl. 1: S. 20

Busch-Petersen, Nils: Leonhard Tietz: Fuhrmannssohn und Warenhauskönig von der Warthe  
an den Rhein, 2014: S. 30 unten

Rheinisches Eisenkunstguss-Museum (Hg.): Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, 2008: S. 33, 34

### **Internet-Seiten CC:**

Seite 4:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Reichsgr%C3%BCndung#/media/Datei:A\\_v\\_Werner\\_-\\_Kaiserproklamation\\_am\\_18\\_Januar\\_1871\\_\(3.\\_Fassung\\_1885\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Reichsgr%C3%BCndung#/media/Datei:A_v_Werner_-_Kaiserproklamation_am_18_Januar_1871_(3._Fassung_1885).jpg)

Seite 5:

<https://www.theatermuseum.at/online-sammlung/detail/605661/?offset=0&lv=&cHash=c32bb10a252fd1d31a1abd5093c3e549>

Seite 6:

[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9b/Adolf\\_Stoecker\\_reitet\\_das\\_orientalische\\_W%C3%BCstenross%2C\\_1884.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9b/Adolf_Stoecker_reitet_das_orientalische_W%C3%BCstenross%2C_1884.jpg)

Seite 7:

[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Bookcover-1880-Marr-German\\_uber\\_Juden.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Bookcover-1880-Marr-German_uber_Juden.jpg)

Seite 8

[https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/chamberlain\\_grundlagen02\\_1899?p=10](https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/chamberlain_grundlagen02_1899?p=10)

Seite 9:

[https://books.google.de/books/about/Wenn\\_ich\\_der\\_Kaiser\\_w%C3%A4r.html?id=521HA-QAAMAAJ&redir\\_esc=y](https://books.google.de/books/about/Wenn_ich_der_Kaiser_w%C3%A4r.html?id=521HA-QAAMAAJ&redir_esc=y)

Seite 11:

<https://bistummainz.de/kunst-gebaeude-geschichte/geschichte/ketteler/aktuell/bilder/>

Seite 18:

<https://westfalen.museum-digital.de/object/19051>

Seite 36:

<https://www.freimaurer-koblenz.de/joomlafm/unsere-loge>

Seite 37 unten:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav\\_Seligmann#/media/Datei:Gustav\\_Seligmann.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Seligmann#/media/Datei:Gustav_Seligmann.jpg)

Seite 41 oben:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Kaiserin-Augusta-Denkmal\\_%28Koblenz%29#/media/Datei:Koblenz,\\_Kaiserin-Augusta-Denkmal\\_\(2016-05-23\\_Sp\).JPG](https://de.wikipedia.org/wiki/Kaiserin-Augusta-Denkmal_%28Koblenz%29#/media/Datei:Koblenz,_Kaiserin-Augusta-Denkmal_(2016-05-23_Sp).JPG)

Seite 41 unten:

[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Koblenz,\\_Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmal\\_--\\_2015\\_--\\_7637.jpg](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Koblenz,_Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmal_--_2015_--_7637.jpg)

Seite 42:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Walther\\_Rathenau#/media/Datei:Rathenau\\_sergeant.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Rathenau#/media/Datei:Rathenau_sergeant.jpg)

Seite 44:

<http://www.judentum-projekt.de/geschichte/ostjudentum/klesmer/index.html>

Seite 46:

[https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdisches\\_Leben\\_in\\_Wien#/media/Datei:Orthodox\\_Jews\\_in\\_Leopoldstadt\\_1915.JPG](https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdisches_Leben_in_Wien#/media/Datei:Orthodox_Jews_in_Leopoldstadt_1915.JPG)

Seite 48

<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/freimann/content/pageview/207437>

Seite 49

[https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Herzl](https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Herzl)

Seite 51:

<https://www.spiegel.de/geschichte/juedische-soldaten-im-ersten-weltkrieg-a-975473.html#fotostrecke-ee80ecd6-0001-0002-0000-000000115741>

Seite 61:

[https://www.wikiwand.com/de/J%C3%BCdischer\\_Friedhof\\_%28Koblenz%29](https://www.wikiwand.com/de/J%C3%BCdischer_Friedhof_%28Koblenz%29)

Seite 64 oben:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Rat\\_der\\_Volksbeauftragten#/media/Datei:Rat\\_der\\_Volksbeauftragten.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_der_Volksbeauftragten#/media/Datei:Rat_der_Volksbeauftragten.jpg)

Seite 64 unten:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Walther\\_Rathenau#/media/Datei:Walther\\_Rathenau.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Rathenau#/media/Datei:Walther_Rathenau.jpg)

Seite 66 oben:

<https://www.annefrank.org/de/timeline/193/die-dolchstolegende/>

Seite 66 unten:

[https://unterrichten.zum.de/wiki/Datei:Stab-in-the-back\\_postcard.jpg#/media/File:Stab-in-the-back\\_postcard.jpg](https://unterrichten.zum.de/wiki/Datei:Stab-in-the-back_postcard.jpg#/media/File:Stab-in-the-back_postcard.jpg)

Seite 68:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:1920\\_poster\\_12000\\_Jewish\\_soldiers\\_KIA\\_for\\_the\\_fatherland.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:1920_poster_12000_Jewish_soldiers_KIA_for_the_fatherland.jpg)

Seite 69:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Alliierte\\_Rheinlandbesetzung#/media/Datei:Occupation\\_of\\_the\\_Rhineland.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Alliierte_Rheinlandbesetzung#/media/Datei:Occupation_of_the_Rhineland.png)

Seite 70:

<https://www.fes.de/news-detailansicht-1/das-rheinland-strebt-los-von-berlin>

Seite 73:

<https://segu-geschichte.de/antisemitismus-quellen/>

Seite 74:

<https://segu-geschichte.de/antisemitismus-quellen/>

Seite 75:

<https://encyclopedia.ushmm.org/search?query=juden+unerw%C3%BCnscht&languages%5B%5D=de>

Seite 79 oben und unten:

[https://www.alemannia-judaica.de/koblenz\\_synagoge.htm](https://www.alemannia-judaica.de/koblenz_synagoge.htm)

Seite 82:

<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2277595>

Seite 89:

<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2277702>

Seite 96:

[https://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/aufsaeetze/thielen-rheinlandbesetzung/feeds/fotostrecke/tt\\_content\\_79671/0.html](https://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/aufsaeetze/thielen-rheinlandbesetzung/feeds/fotostrecke/tt_content_79671/0.html)

Seite 100:

<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/5449273>